Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 88 | Herbst 2010 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Neonazis in Osteuropa

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 88 3 · 2010

Rubriken

3 Editorial

4 Kurzmeldungen

56 Rezensionen

Titel

6 Mittelosteuropa rückt nach rechts
Gastbeitrag von Carsten Hübner

8 Zur Situation in Ungarn
Karl Pfeifer im Interview

10 Geschichtsrevisionismus in Estland

12 »Autonome Nationalisten« in der Ukraine

14 Tschechien
Ein Interview mit der Antifacistická Akce (AFA) aus Tschechien

16 Mobilisierung gegen Minderheiten
Die extreme Rechte in Polen

18 Neonazi-Gewalt in Kroatien

20 Stolz & Vaterland
Zur politischen Situation in Serbien

22 »Nationale Revolution« in Russland

NS-Szene

24 Völkische Brückenbauer
Die Russlanddeutschen, die NPD und »Eurasien«

26 Brennpunkt Tostedt

28 »free-gender«
Die Neonazi-Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen«

Antifa

30 1.000 Kreuze für das Leben?
Christlich-fundamentalistische Aufmärsche und der Protest dagegen

Rassismus

32 Normalitäten durchbrechen!
Die Arbeit der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

Gesellschaft

34 Tödliche Schüsse
Der Tod von Dennis J.

36 Faschismus als Extremismus der Mitte
Das Mittelschichtstheorem des Soziologen Seymour Martin Lipset

Braunzone

40 Vom Gegner lernen
Die Junge Freiheit setzt verstärkt auf Anti-Antifaschismus

Geschichte

42 Das Attentat auf Rudi Dutschke
Thomas von Heymann im Interview

Repression

46 Statistische Mogelpackung
Das Innenministerium und seine Statistik über politisch motivierte Straftaten

International

50 »Blood & Honour«-Sektion Spanien vor dem Aus | Spanien

52 Die »Dänische Volkspartei« | Dänemark

Blood & Honour Hungaria

8

Landgericht Neuruppin

Nicht Freund und Helfer sondern RICHTER und HENKER! 8 Kugeln sind keine Notwehr!

30

34

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
www.nadir.org/nadir/periodika/aib/pgp.asc
PGP-Fingerprint:
C144 9F95 4A9E DB0A 5243 180F 850F D010

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Wir freuen uns, in so vielen Ländern aus Osteuropa Antifaschist_innen gefunden zu haben, die bereit waren, uns für diese Ausgabe über die politische Situation zu berichten, in der sie leben. In vielen Städten und Regionen gibt es zum Glück antifaschistische Szenen, in denen antirassistische Fussballfans, Umweltschützer_innen, Squatter_innen oder klassische Antifas zusammenkommen.

Wir sind uns bewußt, dass ihre Situation mit der unseren – auch wenn sich einige Phänomene ähneln – nicht zu vergleichen ist. Das betrifft insbesondere die massive potenziell tödliche Gewalt, der unsere Mitstreiter_innen ausgesetzt sind, als auch der hohe staatliche Druck, der teilweise auf ihnen lastet.

Noch während wir die ersten Artikel einplanten, sagten einige unserer russischen Autor_innen ab. Sie müssten sich um verschwundene und verhaftete Freunde kümmern, Zeit zum Artikel schreiben bliebe ihnen nicht. Hintergrund ist der Protest gegen die Abholzung eines Waldes in der Nähe der Moskauer Nachbarstadt Chimki. Die Baufirmen setzten lokale Neonazi-Schläger und die extrem rechte Hooligan-Gruppe »Gladiators« (Moskau) gegen die Aktivist_innen ein.

Nachdem es am 28. Juli 2010 zu Protesten in Chimki gekommen war, wurden die russlandweit bekannten Aktivisten Alexey Gaskarov und Maxim Solopov in Untersuchungshaft genommen. Nicht weil sie vor Ort angetroffen wurden, sondern weil die beiden zu den wenigen Sprecher_innen der antifaschistischen und antiautoritären linken Bewegungen in Moskau und in Russland gehören, die in der Öffentlichkeit auftreten. Beide stehen seit langem an der Spitze neonazistischer Tötungslisten im Internet.

Noch bis in die Endredaktion hinein erreichten uns neue und schockierende Berichte. Hier einige Beispiele: In der russischen Stadt Pushkin wurden am 14. August die als Antifas bekannten Unterstützer_innen des FC Karelien Discovery von ca. 100 neonazistischen Hooligans angegriffen. »Die Nazis kamen nicht, um sich zu prügeln, sondern um zu töten«, berichtete ein Antifaschist. Auf Fotos und Videos im Internet ist der Angriff mit Messern, Handäxten und Schusswaffen gut dokumentiert. Zu sehen ist, dass die anwesende Polizei nichts unternimmt und die Antifaschist_innen minutenlang um ihr Leben kämpfen mussten.

Ein ähnlicher Vorfall aus der Ukraine einen Tag später: Am 15. August 2010 griffen nach dem Spiel von Arsenal Kiew gegen Volyn Lutsk Neonazis die antirassistisch orientierten Fußballfans von Arsenal an. Letztere hatten während des Spiels Banner entrollt, die sich mit den inhaftierten russischen Antifas Alexej und Maxim solidarisierten. Direkt nach dem Schlusspfiff wurden sie von 50 Neonazis angegriffen. Auch hier waren die Angreifer mit Messern und Schlagringen bewaffnet, ein bewusstlos auf dem Boden liegender Antifaschist erhielt erst Messerstiche in den Brustkorb und dann in den Rücken.

Bei beiden Vorfällen ist es äußerst unwahrscheinlich, dass sich einer der Angreifer je vor Gericht verantworten muß. Unsere Solidarität wird hier allemal benötigt und wir hoffen, dass unser Schwerpunkt Osteuropa nur der Beginn eines kontinuierlichen Austausches ist.

Von Jock Palfreeman, einem Antifaschisten, der in Bulgarien im Gefängnis sitzt, weil er angegriffenen Sinti und Roma zur Hilfe kam (AIB #87), erhielten wir einen Brief aus dem Gefängnis. Er berichtete aus der jüngsten Vergangenheit von häufigen tödlichen Angriffen auf Roma, Molotow-Cocktail-Attacken auf Gaypride-Marches und von einer niedergebrannten Synagoge. Die abschließenden Worte in Jocks Brief mögen für uns pathetisch klingen, doch bringen sie den inneren Antrieb vieler politischer Aktivist_innen (nicht nur) aus Osteuropa auf den Punkt – seien es Umwelt- oder Schwulen- und Lesbenaktivist_innen, Antifas oder bürgerliche Menschenrechtler_innen: »My loss is my loss – their victory is a loss for all«

Einigen Abonnent_innen haben wir diesmal eine Ausgabe unserer Schwesterzeitschift »Lotta« aus NRW als Appetizer beigelegt.

Ausdrücklich empfehlend weisen wir noch auf die Konferenz »Antifaschistisches Familientreffen Manometer« hin, die vom 1. bis 3. Oktober in Kassel stattfindet. Infos und Anmeldung unter: www.manometer-familientreffen.org

Aus der Redaktion

Das AIB verwendet einen Unterstrich »_« zwischen männlicher und weiblicher Form eines Wortes als geschlechtsneutrale Schreibweise. Also z.B. »Leser_innen«. Damit wollen wir deutlich machen, dass neben männlichem und weiblichem Geschlecht noch andere Geschlechtsidentitäten existieren und diese ebenfalls in unseren Texten sprachlich darstellen. Ausgenommen sind hiervon Gruppen und Personen, die aufgrund ihrer Ideologie explizit für eine strikt zweigeschlechtliche Gesellschaft – bis hin zum Vernichtungwillen Personen uneindeutigen Geschlechts gegenüber, eintreten. Gastbeiträge können von dieser Konvention abweichen.

Sammelklage gegen das NS-Internetprojekt »Altermedia Deutschland«

[1] Axel Möller (2 v.r.) bei einem Neonaziaufmarsch am 14. Juni 1998 in Anklam.

Für die Betreiber der Neonazi-Seite »Altermedia Deutschland« könnte es eng werden. Die Staatsanwaltschaft Rostock trägt derzeit Material für ein Sammelverfahren gegen zwei Neonazis aus Stralsund zusammen. Ein Termin für den Prozess steht noch nicht fest, da zunächst eine Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Stralsund entschieden werden soll, wie die antifaschistische Internet-Seite NPD-BLOG.INFO berichtete. In Stralsund war Axel Möller als redaktionell Verantwortlicher vom Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro verurteilt worden. In der Urteilsbegründung heißt es, »sämtliche Artikel (auf den Internetplattformen stoertebeker.net und altermedia.info) [wurden] über den Rechner des Angeklagten M. mit seiner IP-Nummer veröffentlicht und bearbeitet«, so dass dieser die Artikel selbst veröffentlicht haben müsse, er zumindest aber die redaktionelle Verantwortung getragen habe. Die Erkenntnisse stammen aus einer Überwachung des Telekommunikationsverkehrs bei Möller. Der Neonazi versuchte vergeblich, die Verantwortung auf den im Jahre 2008 verstorbenen »Kurt Ströming« abzuwälzen. Für das Gericht wirkte es jedoch unglaubwürdig, dass Ströming ohne Kenntnis des Angeklagten über einen langen Zeitraum hinweg ungehindert Zugang zu dessen Rechner gehabt haben soll. Möller gilt bereits seit Jahren als Betreiber von stoertebeker.net bzw. Altermedia (vgl. AIB #85). Die Staatsanwaltschaft will zudem auch Robert R. anklagen. Im Gegensatz zu Möller tauchte Robert R. kaum in den Berichten des Verfassungsschutzes auf. Nur im Jahr 2005 deutete der VS in Mecklenburg-Vorpommern auf Robert R. hin, als er schrieb: »Der in jüngster Zeit mehrheitlich der NPD beigetretenen Kameradschaft Stralsund bzw. dem überwiegend identischen „Freundeskreis avanti« um einen bekannten Neonazi der Hansestadt, von dem auch die neonazistische Schülerzeitung 'avanti' herausgegeben wird, werden ungefähr 10 Personen zugerechnet, darunter auch der mutmaßliche Betreiber des rechtsextremistischen 'Störtebekernetzes'«. Bereits 2002 brüstete sich Robert R. öffentlich bei der Teilnahme an der Shell-Jugendstudie mit dem Störtebeker-Netz. Robert R., 21 Jahre, engagierte sich für »eine nationale Wende, unter anderem im Störtebeker-Netz«, heisst es auf S. 332 der Studie lapidar. Robert R. kommt hier auch direkt zu Wort: »Im Prinzip ist das Störtebeker-Netz die einzige politische Aktivität, die wirklich Sinn macht. [...]«.[1] ■

1| Vgl. »blick nach rechts«, Mai 2003

M-V: Anschläge mit Kampagnencharakter

Durch eine Serie von Anschlägen und Gewalttaten macht die Neonazi-Szene in Mecklenburg-Vorpommern seit Beginn dieses Jahres auf sich aufmerksam. Was in dem Nachrichten-Magazin »Report Mainz« als »Frühform des Terrors« beschrieben wird, ist eine Welle von Farb- und Stein-Angriffen auf Parteibüros, die den Charakter einer dezentralen Kampagne besitzen.

Das Phänomen der Neonaziangriffe auf Gebäude anderer Parteien ist jedoch ein älteres. Auch in den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu ganzen Serien von Angriffen. Neu ist jedoch die Intensität der Vorfälle und ihre mediale Aufbereitung.

Während in den Vorjahren lediglich sporadische Anschläge auf Büros der Parteien Die.Linke oder der SPD stattfanden, die eher einen unkoordinierten Eindruck machten und in der Regel keine mediale Beachtung fanden, besitzt die Anschlagsserie seit Anfang des Jahres 2010 eine veränderte Dynamik. Schwerpunkte waren hierbei Städte mit einer relativ losen und aktionsorientierten Neonaziszene, wie etwa Rostock oder Güstrow.

Seither ist eine deutliche Häufung der Anschläge zu verzeichnen, worüber Neonazi-Internetseiten aus M-V, wie z. B. »Altermedia« oder »MUPinfo«, aber auch Lokalzeitungen regelmäßig berichten. Im Vorfeld der NPD-Demonstration am 1. Mai 2010 in Rostock kam es zu einer erneuten Welle von Anschlägen, bei denen die Ziele mit dem bundesweiten Aktionsmotto »Freiheit statt BRD« markiert wurden und so zur Mobilisierung beitragen konnten.

Der Charakter einer »Mitmach-Kampagne« basiert insbesondere auf einer Initiative des Neonazi-Internetportals »MUPinfo«. Die vom stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden David Petereit betriebene Website veröffentlichte einen Beitrag mit dem Titel »Demokraten gibt es auch in deiner Stadt«, in dem nicht nur eine lange Liste von Parteibüros aufgelistet und so als Ziel deklariert wurde, sondern auch eine positive Bezugnahme auf die Welle von Angriffen als Ganzes veröffentlicht wurde.[1] Während Lokalzeitungen die Anschläge als rechte Angriffe benennen, liefert das NPD-nahe Portal ausführliche Interpretationen der jeweiligen Angriffe. So wird auf die von den Anschlägen Betroffenen und deren parteipolitische Aktivitäten Bezug genommen. Dezentrale, koordinierte nächtiche Kleinst-Attacken mit Kampagnencharakter fanden jedoch in jüngster Vergangenheit auch in anderen Bundesländern und bundesweit statt - wie jüngst in Berlin zum Todestag von Rudolf Hess in der Nacht vom 17. zum 18. August 2010. ■

1| Im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen gab es Durchsuchungen der Wohnung und der Arbeitsstelle David Petereits und eines NPD-Bürgerbüros wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten.

Hamburg: Bürgermeister und Innensenator mit schlagender Verbindung

Der mit Stimmen von CDU und Grünen (GAL) neugewählte Hamburger Bürgermeister Christoph Ahlhaus (CDU) war Verbandsbruder einer schlagenden Verbindung. Um die Koalition nicht zu gefährden, trat Ahlhaus aus seinem Heidelberger Lebensbund, der Turnerschaft Ghibellina Heidelberg, einer Verbindung aus dem pflichtschlagenden Coburger Convent, (CC) kurz vor der Wahl aus.

Die Verbindungen des CC nach Rechts sind fließend, eine ehrliche Abgrenzung kaum vorhanden. Mitglieder der Turnerschaft nahmen 2003 an einem »Heldengedenken« der extrem rechten »Burschenschaft Normannia« in Heidelberg teil. Ahlhaus hatte sich in seiner Zeit als Heidelberger Lokalpolitiker schützend vor die anachronistischen Männerbünde gestellt.

So erklärte er im April 2001 als Heidelberger CDU-Vorsitzender: »Die CDU stellt sich ausdrücklich an die Seite der Heidelberger Studentenverbindungen...« Diese Erklärung bezog sich auf Proteste gegen das so genannte Maiensingen, an dem nicht nur Korporationen aus Heidelberg, sondern auch Neonazis teilnahmen.

Im gleichen Jahr schickte die CDU Ahlhaus nach Hamburg, um dort als Landesgeschäftsführer den Wahlkampf zu leiten. Einen Wahlkampf, in dem die Christdemokraten die rechtspopulistische Schillpartei unterstützten, um mit ihnen als Koalitionspartner den Machtwechsel zu ermöglichen. Nachdem der koksende »Richter Gnadenlos« Ronald Schill 2003 ausgedient hatte, erklärte Ahlhaus, künftig selbst entsprechende Politik machen zu wollen: »Der Beitrag der Hamburger CDU zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist, dass wir uns innenpolitisch so aufstellen, dass rechts von der CDU kein Bedürfnis für eine weitere Gruppierung ist.«

Unter der schwarz-schillernden Koalition wurde 2002 der CDU-Politiker Heino Vahldieck Chef des Verfassungsschutzes in Hamburg, obwohl selbst die Springerpresse bemängelte, dass dabei nur das Parteibuch gezählt habe und nicht unbedingt seine Kompetenz. Unter Vahldiecks Ägide wurde prompt die Berichterstattung des VS über Studentenverbindungen eingestellt. Welch Wunder, waren doch einige Funktionäre, ein Abgeordneter und ein Senator der Schillpartei »Alte Herren« von schlagenden Verbindungen.

[1] Der ehemalige Verbandsbruder Christoph Ahlhaus (links).

Foto: Udo Grimberg

Stattdessen hielt der frischgebackene Geheimdienstchef Vahldieck am 20. November 2003 einen Antrittsvortrag beim schlagenden »Corps Irminsul«, das Mitglied im »Hamburger Waffenring«, dem Zusammenschluss der schlagenden Verbindungen, ist. 2005 veranstaltete man mit den anderen Korporationen des »Hamburger Waffenringes« (siehe AIB #65) einen Königsberg-Kommers, der aufgrund von gebiets- und geschichtsrevisionistischen Inhalten Gegenstand einer Kleinen Anfrage in der Bürgerschaft wurde. Darüber hinaus zeigen die Aktivitäten des »Corps« und insbesondere eines ihrer aktivsten »Alten Herren«, Roger Zörb (CDU), immer wieder Verbindungen in die extrem rechte Szene auf. Im Juni 2005 veranstaltete das Corps Irminsul anlässlich seines 125jährigen Bestehens einen so genannten Festkommers im Hamburger Rathaus. Als Festredner war Konrad Löw mit dem Thema »Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte« eingeladen. Als kritisch über den geplanten Kommers berichtet wurde, drohte wahlweise eine Ausladung Löws oder der Rausschmiss des gesamten Corps Irminsul durch das Bürgerschaftspräsidium. »Die Würde des Rathauses muss gewahrt bleiben« befand der SPD-Abgeordnete Andreas Dressel und sein grüner Kollege Christian Maaß hielt »extremistische Töne im Rathaus, selbst im Keller, für nicht akzeptabel.«

Dass der Vortrag wie angekündigt stattfand, lag an dem Persilschein, den VS-Chef Heino Vahldieck dem antisemitischen Redner erteilte: »Hierzu wird mitgeteilt, dass nach Auskunft des Amtsleiters Verfassungsschutz, Herrn Heino Vahldiek, vom gestrigen Tage keinerlei Erkenntnisse über Herrn Prof. Löw vorliegen, die ein solches Verhalten rechtfertigen.« So hatte der oberste Geheimdienstler seinem CDU-Kollegen und dessen Waffenbrüdern gerade noch einmal die Jubiläumsfeier gerettet.

Unverständlich ist hierbei, dass weder Ahlhaus noch Vahldieck sich inhaltlich von ihren schlagenden Kontakten distanzierten und die Grünen sie trotzdem zum Bürgermeister und Innensenator gewählt haben. ■

Felix Krebs

Mittelosteuropa rückt nach rechts

Parteien und Bewegungen des rechten Lagers haben in Mittelosteuropa in den vergangenen Jahren zunehmend an Einfluss gewonnen. Ihre nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Parolen spiegeln sich längst im politischen Mainstream wieder. Nun greifen sie nach der Macht.

Carsten Hübner

Carsten Hübner lebt und arbeitet als Journalist in Berlin. Er betreibt das Watchblog www.eurorex.info, das sich mit der extremen Rechten in Europa und ihren Netzwerken befasst.

Die ungarischen Parlamentswahlen im April 2010 haben international für Aufsehen gesorgt. Nach einem vor allem mit erzreaktionären, antikommunistischen und chauvinistischen Parolen geführten Wahlkampf konnte der nationalkonservative »Ungarische Bürgerbund« (Fidesz) von Victor Orbán mit 52,73 Prozent die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen und die sozialdemokratisch geführte Regierung ablösen. Aufgrund von Besonderheiten des ungarischen Wahlrechts reichte das Ergebnis für 262 der insgesamt 386 Abgeordnetenmandate und damit zu einer verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit.

Eine wenig später an alle staatlichen Stellen versandte »Erklärung über die Nationale Kooperation« lässt das Demokratieverständnis des Fidesz erahnen. Dort ist unter anderem von einer »Revolution in der Wahlkabine« die Rede: »Die Ungarn haben mit dem Umsturz des alten Systems und mit der Gründung eines neuen Systems einen Sieg errungen.«

Der 25 Zeilen lange Text, in dem auffallend oft die Wörter Kampf, Sieg und Volkswille vorkommen, ist auf einer Art Urkunde gedruckt, die samt Passepartout in einem 50 mal 70 Zentimeter großen Rahmen zur Schau gestellt wird. Sie muss laut Beschluss der Orbán-Regierung in allen öffentlichen Gebäuden wie Ministerien oder Schulen an einem würdigen Platz ausgestellt werden.

Ebenfalls in den ersten Regierungswochen wurde der 4. Juni zum »Tag der nationalen Einheit« erklärt, an dem »alle Landsleute in der Region an die größte Tragödie Ungarns im 20. Jahrhundert« erinnert werden sollen. Er markiert den Tag, an dem 1920 die ungarische Delegation ihre Unterschrift unter den »Diktatfrieden von Trianon«, so die heutige offizielle Sprachregelung beim Fidesz, gesetzt hat. Als Teil der kriegsverursachenden Mittelmächte des 1. Weltkriegs, Deutschland und Österreich-Ungarn, musste Ungarn nach der Kapitulation 1918 rund Zweidrittel seines bisherigen Territoriums abtreten. Aus Sicht des Fidesz resultieren daraus bis heute Gebietsansprüche an die Nachbarländer. Der im Ausland lebenden ungarischen Minderheit hat die neue Regierung deshalb als ersten Schritt die ungarische Staatsbürgerschaft angeboten.

Insbesondere in der Slowakei, wo die ultranationalistische »Slowakische Nationalpartei« (SNS) bis zu den Wahlen im Juni dieses Jahres in eine Koalition unter Führung der sozialdemokratischen Partei SMER eingebunden war, hat diese Maßnahme für Empörung und wiederum nationalistische Aufwallungen gesorgt. Wer das Angebot annehme, so die offizielle Reaktion, verliere die slowakische

Foto: Sergei Stepanov

Staatsbürgerschaft und könne nicht mehr im Staatsdienst arbeiten.

Starkes rechtes Lager auch in Bulgarien und Polen

Ungarn ist nicht das einzige mittelosteuropäische Land mit einer Rechtsregierung. Seit den Parlamentswahlen in Bulgarien im Juli 2009, aus denen die rechtspopulistische Partei »Bürger für ein europäisches Bulgarien« (GERB) mit 39,7 Prozent als Sieger hervorging, wird die daraufhin konstituierte Minderheitsregierung unter Führung von Premierminister Bojko Borissow von der offen rassistischen und antisemitischen Partei »Ataka« geduldet.

Der Journalist und Bulgarien-Kenner Michael Müller nannte Borissow, ein ehemaliger Karate-Kämpfer, Personenschützer, hoher Offizier im bulgarischen Innenministerium und zuletzt Bürgermeister der Hauptstadt Sofia, unlängst in der Tageszeitung »Neues Deutschland« einen »skandalös-muskulösen Mix aus Italiens Berlusconi und dem kalifornischen Gouverneur Schwarzenegger«. Insbesondere der von ihm proklamierte Kampf gegen Kriminalität und Korruption sorgt bei der linken und liberalen Opposition wie bei Bürgerrechtlern für Verunsicherung. Sie sei, so zeigt sich etwa der Europaabgeordnete Kristian Vigenin überzeugt, nur ein Vorwand, um sich unliebsame politische Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Gegenüber der bulgarischen Nachrichtenagentur Focus sagte er, besonders in der Art, wie gegen das Verbrechen vorgegangen werde, sei zumindest ein zweites, »sehr offensichtliches Ziel« zu erkennen – »zu verängstigen und die Opposition zu blockieren«.

Traditionell stark verankert ist das rechte Lager zudem in Polen. Bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 20. Juni dieses Jahres unterlag der Kandidat der nationalkonservativen Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS), Jaroslaw Kaczynski, mit 47 Prozent der Stimmen nur knapp in der Stichwahl seinem christdemokratischen Konkurrenten Bronislaw Komorowski. Mit 166 Parlamentssitzen (32 %) ist die PiS derzeit die mit Abstand stärkste Oppositionspartei des Landes.

Rechter Mainstream

Die Schnittmengen zwischen dem etablierten rechten Lager Mittelosteuropas und den Formationen der extremen Rechten sind vielfältig. Antiziganismus, Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und ein virulenter Antikommunismus sind tragende Säulen ihrer Programmatik und Ideologie, allerdings mit unterschiedlichem Gewicht und in unterschiedlich deutlicher Diktion. Gleichzeitig bilden sie weit verbreitete gesellschaftliche Vorurteile und Ressentiments ab.

Regelmäßig versammelt sich zu nationalen Gedenktagen, bei Protesten gegen Paraden von Schwulen und Lesben oder auf revisionistischen Veranstaltungen ein dementsprechend breites Spektrum, das von nationalkonservativ bis neonazistisch reicht. Berührungsängste sind hier weitaus geringer ausgeprägt als es, zumindest in der Öffentlichkeit, in den meisten westeuropäischen Ländern üblich ist. Damit einher geht eine vergleichsweise hohe Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung selbst für militante Aktionen der neonazistischen Szene, etwa im Jahre 2008 gegen Roma in der nordtschechischen Stadt Litvinov oder bei Aufmärschen der paramilitärischen »Ungarischen Garde«.

Gleichwohl ist es den Parteien der extremen Rechten in Mittelosteuropa bisher nicht gelungen, eine spürbar größere Klientel zu erreichen als ihre westeuropäischen Kameraden, zum Beispiel in Österreich (FPÖ: 17,5 %, BZÖ: 10,7 %), Italien (Lega Nord: 8,3 %), den Niederlanden (PVV: 15,5 %), Dänemark (DF: 13,9 %) oder Belgien (VB: 7,8 %). In Tschechien oder Polen etwa spielt die parteiförmige extreme Rechte bei Wahlen gar keine Rolle. In der Slowakei (SNS: 5,1 %), Bulgarien (Ataka: 9,4 %), Rumänien (PRM: 5,6 %) oder Slowenien (SNS: 5,4 %) liegen die Ergebnisse etwa im europäischen Mittel. Auch offen neonazistische Parteien und Gruppierungen wie der »Bulgarische Nationalbund« (BNS), der sogenannte »Nationale Widerstand« in Tschechien oder die polnische NOP haben, von ihren zum Teil erheblichen Gewalttaten gegenüber dem politischen Gegner und Minderheiten einmal abgesehen, gesamtgesellschaftlich gesehen nur marginale Bedeutung.

Einzige Ausnahme in diesem Spektrum ist derzeit die ungarische Partei »Jobbik«, die trotz ihres unverhohlenen Antisemitismus und ihrer romafeindlichen Miliz »Ungarische Garde« bei den Parlamentswahlen im April dieses Jahres mit 16,7 Prozent zur drittstärksten Partei des Landes wurde. Für das extrem rechte und neonazistische Lager in Europa proklamiert sie dementsprechend eine Art Vorreiterrolle, was nicht zuletzt in verstärkten Bündnisbestrebungen zum Ausdruck kommt. ■

Zur Situation in Ungarn

Karl Pfeifer im Interview

Karl Pfeifer, geb. am 22. August 1928 in Baden bei Wien, ist ein österreichischer Journalist. Seit Anfang der 1990er Jahre arbeitet er als Wiener Korrespondent des israelischen Radios, als freier Journalist des monatlich erscheinenden antifaschistischen Londoner Magazins »Searchlight« und der Budapester Wochenzeitung »Hetek«. Pfeifer gehört auch dem Kuratorium des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes an.

Im Jahr 2008 produzierte Mary Kreutzer für die »Gesellschaft für kritische Antisemitismusforschung« einen Dokumentarfilm über sein Leben: »Zwischen allen Stühlen. Lebenswege des Journalisten Karl Pfeifer«.

Welche rechten bzw. extrem rechten Parteien gibt es im ungarischen Parlament? Wie haben sich diese entwickelt und welche Auswirkungen hat dies auf das Parteienspektrum?

Es gibt eine völkische Partei die jetzt Regierungspartei ist – FIDESZ-KDNP. Diese gründete sich kurz vor der Wende, also vor 1990, als eine linksliberale und antiklerikale Partei. Sie hat sich im Laufe der Zeit gewandelt und wurde zu einer pro-Klerikalen und völkischen Partei. Nun muss man unterscheiden. Nicht alle FIDESZ-Anhänger und -Politiker sind völkisch, aber die Ideologie ist es und so haben viele keine Berührungsängste mit den Rechtsextremen, so lange diese sie nicht gefährden. Dadurch entsteht ein eigenartiges Verhältnis z.B. zu der rechtsextremen »Jobbik«. Deren Gründer, Gabor Vona, war in einem von FIDESZ gegründeten sogenannten »bürgerlichen Kreis« aktiv und hat sich dort entschlossen, seine eigene Partei zu gründen. Dies ist ihm zusammen mit weiteren Intellektuellen 2003 gelungen. »Jobbik« ist nationalsozialistisch und versucht mit allen modernen Mitteln, hauptsächlich, aber nicht nur, die Jugend zu erreichen. Im Moment hat die FIDESZ eine 2/3-Mehrheit im ungarischen Parlament und »Jobbik« ist mit 17 Prozent vertreten. D.h. insgeamt sind 80 Prozent des Parlaments von völkischen oder nationalsozialistischen Politikern besetzt.

Gibt es thematische Schwerpunkte die sich auch anhand von Strategien und Aktionsformen äußern? Zum Beispiel hat in Deutschland die Gründung der »Magyar Gárda« (Ungarische Garde) kurzzeitig für Aufsehen gesorgt.

Die »Ungarische Garde« ist eine paramilitärische Organisation, die 2007 von Gabor Vona gegründet wurde. Damals wurden die ersten Mitglieder vor dem Palast des Präsidenten der Republik vereidigt. Der ehemalige Verteidigungsminister, Lajos Für, hat diesen Eid abgenommen und die drei historischen Kirchen, die katholische, die calvinistisch-reformierte sowie die evangelische waren durch ihre Geistlichen, die die Fahne der »Ungarischen Garde« geweiht haben, vertreten. Als Viktor Orbán noch in der Opposition war, meinte er in einem internen Kreis, er würde der »Ungarischen Garde« zwei Ohrfeigen geben und dann würden sie nicht mehr existieren. Die Garde wurde zwar vom Gericht verboten, aber sie funktioniert weiter. Sie gibt sich immer wieder mal einen neuen Namen und wird eher stärker. Die paramilitärischen Garden sind existent.

In Ungarn versucht die Rechte immer einen Bezugspunkt in der Geschichte des Landes herzustellen. Und für die FIDESZ ist dieser historische Bezugspunkt das Horthy-System. Dies war kein faschistisches System, Sozialdemokraten, antifaschistische Klein-Parteien und Gewerkschaften waren, bis zum Tag der Besatzung durch die deutsche Wehrmacht, legal. Es war aber keine Demokratie, sondern vielmehr ein autokratisches, halbfeudales System. Auf diese Vergangenheit bezieht sich FIDESZ.

Die »Ungarische Garde« und auch »Jobbik« funktionieren mit »antikapitalistischer« Agitation. In Unterscheidung zum »raffenden« und »schaffenden« Kapital, wobei das »raffende, internationale Finanzkapital« natürlich in »jüdischen Händen« ist. Da wird eine ironische Bemerkung des israelischen Staatspräsidenten Peres, der vor drei Jahren auf einer Tagung von Immobilienhändlern in Tel Aviv auf hebräisch eine Rede hielt und lächelnd gesagt hat, »wir kaufen Mannhattan auf, wir kaufen Polen auf, wir kaufen Rumänien auf und wir kaufen Ungarn auf«, für diese Agitation benutzt. Es gab keinen Aufschrei, weder in Manhattan, noch in Rumänien oder in Polen – dafür aber in Ungarn. Die Aussage wurde ins englische übersetzt, auf der Internetvideoplattform »YouTube« veröffentlicht und die Empörung reichte bis in die Mitte der Gesellschaft.

Ungarn ist aber nicht antisemitischer als andere Länder, wie Meinungsforschungsumfragen belegen. Aber was in Ungarn, im Unterschied zu anderen Ländern, auffällt, ist der Umstand, dass die Gesellschaft viel mehr dazu schweigt. Die ungarische Gesellschaft wurde während des Kádár-Regimes erzogen und dazu angehalten, den Mund nicht öffentlich aufzumachen. Die Leute haben sich daran gewöhnt, keine Stellung beziehen zu müssen. Von der liberalen Partei SDSZ, die nach der Wende sehr stark war, hieß es eben auch, dass es in Ungarn genauso Freiheit für Nazi-Diskurse geben muss. Diese Freiheit ist mittlerweile erreicht. Somit spielen der antisemitische und auch der antiziganistische Diskurs eine große Rolle.

In den Jahren 2008/2009 wurden acht »cigány« (dieser Begriff steht für »Zigeuner« und ist in Ungarn von der »cigány«-Minderheit akzeptiert und wird weitgehend benutzt) ermordet. Vier Männer wurden daraufhin voriges Jahr festgenommen und sind noch immer in Haft. Die verdächtigen Täter leugnen natürlich jede Teilnahme. Einer dieser Festgenommenen hat als 15-

jähriger Skinhead die Synagoge in Debreczen geschändet. Die Polizei hat ihn daraufhin festgenommen, verhört und dann festgestellt, dass diese Tat keinen rechtsextremen Hintergrund hat und der Täter lediglich betrunken war. Das ist leider ein typischer Umgang mit solchen Fällen in Ungarn. Und hier gibt es durchaus noch eine Reihe an Beispielen.

Bleiben wir beim Antiziganismus. Es gibt natürlich gesellschaftliche Probleme. Und es ist klar, die »cigány« werden und wurden diskriminiert, auch während der Kádár-Zeit. Offiziell herrschte zwar Gleichberechtigung, doch in der Praxis gab es häufig Apartheid. In einigen Ortschaften wurden »cigány« separat angesiedelt und durften z.B. manche Lokale nicht betreten und bekamen harte und schlecht bezahlte Arbeit. Mit der Wende kam das neue System und es wurde deutlich, dass der Großteil der ungarischen Industrie nicht mit der westlichen konkurrieren konnte. Das Resultat war, dass die ersten, die auf der Straße landeten, die »cigány« waren. Wenn ein wenig Land vorhanden ist, kann dies bewirtschaftet werden, anders ist für viele ein Überleben aber auch nicht möglich. Ich sehe das als komplexes, gesellschaftliches Problem, das nicht gelöst wurde – vielleicht auch im Moment gar nicht lösbar ist. Man müsste mit humanen Investitionen erreichen, dass allen die Möglichkeit zur Schulbildung offen steht und eine Grundversorgung gewährleistet ist. Es gibt in Ungarn immer noch hungernde Kinder und große soziale Probleme. Selbstverständlich sind »Jobbik« und andere Rechte daran interessiert, diese Probleme und die real vorhandenen Spannungen für sich nutzbar zu machen.

Gibt es einen rechten Einfluss in kirchlichen bzw. religiösen Zusammenhängen?

Und wie! Gerade die katholische, aber insbesondere die calvinistisch-reformierte Kirche treten hierbei in Erscheinung. Letztere duldet z.B. den Pfarrer Lóránt Hegedüs Jr., der sich ganz offen antisemitisch äußert und auch schon den Holocaust-Leugner David Irving zu einer Buchvorstellung in seine Kirche eingeladen hat. Auf Demonstrationen tritt er mit antisemitischen Parolen auf. Hegedüs Jr. propagiert die Grenzen »Groß-Ungarns« und die Kirche kann fast nichts dagegen machen, weil ein großer Teil ihrer Gläubigen so gesinnt ist. Das Gleiche gilt im übrigen auch für die katholische Kirche. Beide grenzen sich in keiner Weise von den Rechten ab, die z.B. behaupten Jesus sei kein Jude gewesen oder sich auf einen alten ungarischen Glauben beziehen, der in Ungarn vor dem Christentum praktiziert wurde. Und obwohl dies ja ihrer eigentlichen Praxis widerspricht, verhalten sich die Kirchen dazu nicht. Die katholische Kirche hielt in der Basilika in Budapest einen Gedenkgottesdienst für Trianon ab, an dem alle rechten Parlamentarier teilnahmen. Dort ließen sie auch den Präsidenten der jüdischen Gemeinde sprechen. Als dieser anfing auf hebräisch zu beten, verließen die Rechten die Kirche und davor kam es zu antisemitischen Sprechchören. Das ist Ungarn. Darüber hinaus sind sie enorm beleidigt, wenn die ausländische Presse ihnen das entgegen hält.

Hat die Hauptbetroffenengruppe überhaupt eine gesellschaftliche Lobby?

Die Hauptbetroffenen sind die »cigány« und deren Lobby ist in Ungarn sehr klein. Es gibt einige wenige, aber eine große und vor allem einflussreiche Lobby ist nicht da. Für die wenigen Engagierten ist die Unterstützung der »cigány« nicht ungefährlich. Und es ist auch nicht absehbar, wie sich diese spannungsgeladene Situation weiter entwickeln wird.

Gibt es Kontakte zu deutschen Neonazis?

Es kommen viele deutsche Neonazis nach Ungarn. In Budapest findet jedes Jahr am zweiten Samstag im Februar der »Tag der Ehre« statt. Dort hat schon der NPD-Vorsitzende Udo Voigt gesprochen, aber es kommen auch englische sowie andere Neonazis und marschieren dort gemeinsam auf. An diesem Tag wird der Waffen-SS und ihrer ungarischen Satelliten gedacht, die aus der Budapester Burg im Februar 1945 ausgebrochen sind. Die meisten wurden dabei von der Roten Armee erschossen. An diese »Helden der Waffen-SS« soll gemeinsam gedacht werden.

Würdest du einen Blick in die Zukunft wagen?

Nein, das wage ich nicht. Ich bin davon überzeugt, dass niemand aus dem Ausland oder der EU nach Ungarn kommen könnte, um deren Probleme zu lösen. Das geht nicht. Jede Gesellschaft muss ihre eigenen Probleme lösen. Und eines der Hauptprobleme ist, dass die ungarische Elite es noch nicht begreift, dass diese rassistische und antisemitische Atmosphäre, nicht nur von Linken, sondern ebenso von bürgerlichen Kräften im Westen nicht gerne gesehen wird. Vielmehr glauben die meisten immer noch, dass sie genauso weitermachen können wie bisher.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Die ungekürzte Version des Interviews findet sich auf: www.antifainfoblatt.de

Aktuelles zur extremen Rechten in Ungarn unter: http://pusztaranger.wordpress.com/

Geschichtsrevisionismus in Estland

Der Autor ist freier Journalist und betreibt die Internetseite: www.kloty.blogspot.com

[1] Der lettische Neonazi-Funktionär Igors Siskins posiert öffentlich mit Hakenkreuz bei der SS-Glorifizierung in Estland.

Am 31. Juli 2010 war es wieder soweit. Wie jedes Jahr trafen sich im Örtchen Vaivara bei Sinimäe im Nord-Osten Estlands die Veteranen der 20. Grenadier- Division der Waffen-SS, um an die Kämpfe im Jahre 1944 gegen die Rote Armee zu erinnern. Diese Treffen finden seit der Unabhängigkeit Estlands, also seit nunmehr zwanzig Jahren, statt. Doch anstatt kleiner zu werden, da die Veteranen langsam aussterben, nehmen immer mehr junge Sympathisanten nicht nur aus Estland, sondern auch aus dem Ausland daran teil. Organisiert wird die Veranstaltung vom »Verein der Freunde der Estnischen Legion«, der in seiner Satzung unter anderem die »würdige Anerkennung« des Kampfes der Veteranen der Waffen-SS (Estnische Legion) gegen die »sowjetische Besatzung« sowie »ihre Unterstützung mit Worten und Taten« als Ziele benennt. Die »würdige Anerkennung« meint dabei die Forderung, die Kämpfer der Estnischen Legion auf Staatsebene als Freiheitskämpfer anzuerkennen und sie mit den höchsten Staatsabzeichen auszuzeichnen. Die »Unterstützung mit Worten und Taten« soll durch die Teilnahme an deren Veranstaltungen, die Unterrichtung der Jugend über diesen Teil der Geschichte Estlands sowie den Besuch von historischen Orten und der alten Kriegshelden gewährleistet werden.

Foto: Sergei Stepanov

An den Treffen der Veteranen der Waffen-SS nehmen regelmäßig Mitglieder des estnischen Parlaments teil. Noch bis vor einigen Jahren ließ der Verteidigungsminister an die Veteranen ein Grußwort richten. Auch wird der »Verein der Freunde der estnischen Legion« aus dem Etat des Verteidigungsministeriums finanziell unterstützt. Die Veteranen gelten als Kämpfer für die Freiheit Estlands. Die Kriegsverbrechen, die von ihnen nachweislich verübt wurden, werden in der offiziellen Geschichtsschreibung vollständig übergangen. So wird Geschichtsverfälschung und ein Verschließen der Augen vor rechten Stimmungen in der Gesellschaft bis in die höchsten Staatskreise befördert.

Seit einiger Zeit werden die Treffen von Protesten seitens der antifaschistischen Kräfte begleitet. Die estnische Polizei und der Verfassungsschutz KAPO versuchen, den Protestierenden möglichst viele Unannehmlichkeiten zu bereiten. So wurde der Bus mit Antifas aus Lettland und Litauen wegen angeblicher technischer Defekte an der estnischen Grenze gestoppt und mehreren Mitgliedern des ›Lettischen Antifaschistischen Komitees‹ wurde die Einreise untersagt. Ebenso durften die Mitglieder des ›Finnischen Antifaschistischen Komitees‹ nicht einreisen.

Ein weiterer Grund für die Hoffähigkeit der rechten Stimmungen ist die breit problematisierte Anwesenheit der russischsprachigen Minderheit in Estland, die bis zu 30 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Einige sind Nachkommen von Russen, die schon immer in Estland lebten, doch die Mehrheit kam als Arbeiter, als Estland noch Teil der Sowjetunion war. Viele von ihnen sind staatenlos oder besitzen die russische Staatsbürgerschaft. Der Großteil konnte sich nicht in den neuen Staat integrieren, so dass Estland zwei Parallelgesellschaften aufweist. Dies macht die Ausgrenzung sehr einfach. Die Russen und ihre Nachkommen, manche schon in der dritten Generation, werden immer noch als Fremde und als »Okkupanten« beschimpft und diskriminiert. Die Sprachkommission überprüft regelmäßig die estnischen Sprachkenntnisse, nicht nur bei Staatsbediensteten, sondern auch bei Verkäufern und Taxifahrern und kann sogar Firmenbesitzer anweisen, Mitarbeiter mit schlechten Sprachkenntnissen nicht weiter zu beschäftigen. Russische Schulen werden vermehrt geschlossen. Vor allem eine höhere Weiterbildung bleibt den Absolventen dieser Schulen in Estland häufig versperrt. Die russischsprachige Minderheit weist alle Anzeichen

der Diskriminierung auf. Ihre Verdienstmöglichkeiten sind wesentlich geringer und auch die Arbeitslosigkeit unter ihnen ist höher als unter den Esten. Kein höherer Regierungsposten wird von einem Vertreter der Minderheit besetzt.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit hat sich in Estland eine konservativ-neoliberale Wirtschafts- und Sozialordnung etabliert, deren Ideen quer durch alle politischen Parteien proklamiert werden, so dass keine Alternativen aufgezeigt werden können. Es gibt keine linke Kraft, die im Parlament oder in der außerparlamentarischen Opposition aktiv ist. Alle Versuche, eine solche Partei zu etablieren, werden als »Hand Moskaus« diffamiert, von der KAPO erfolgreich unterwandert und die fehlenden finanziellen Mittel machen einen erfolgreichen Wahlkampf unmöglich. Zudem werden die linksgerichteten Organisationen häufig von Mitgliedern der russischsprachigen Gemeinde gegründet, welche die estnische Wählerschaft nicht erreicht. Bei Parlamentswahlen sind hingegen nur estnische Staatsbürger wahlberechtigt. Daneben gibt es rechtspopulistische Parteien wie die IRL (Isamaa/Res Publica – Heimat/Republik) als Junior-Koalitionspartner (19 von 101 Parlamentssitzen) in der Regierung. Der Vorsitzende der Partei, der ehemalige Ministerpräsident und Historiker Mart Laar hat vieles zum heutigen Geschichtsverständnis der Esten beigetragen. Sein Buch »Die estnische Legion in Wort und Bild« wurde letztes Jahr von der deutschen Polizei bei dem finnischen Neonazi Risto Tejnonnen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen §86a StGB als nazistisches Propagandamaterial beschlagnahmt.

Ein Schlüsselereignis in der Beziehung der beiden Gemeinden fand im April 2007 statt. In der sogenannten ›Bronzenen Nacht‹ wurde ein Denkmal des sowjetischen Soldaten aus dem Zentrum von Tallinn auf einen Militärfriedhof verlegt. Die russischsprachige Gemeinde war kategorisch dagegen, da an diesem Denkmal immer die Feiern zum 9. Mai stattfanden. Eine organisierte Protestaktion wurde nicht genehmigt, die unorganisierte Demonstration wuchs nach massiver Gewaltanwendung durch die Polizei zu Krawallen an, was für estnische Verhältnisse ein Novum darstellte. Im Zuge dieser Auseinandersetzung wurden viele Protestierende in eine Lagerhalle verbracht, wo sie teilweise schwer misshandelt wurden. In der ersten Nacht gab es einen Toten, den russischen Staatsbürger Dimitrij Ganin, wahrscheinlich von estnischen Neonazis ermordet. Die Ermittlungen der Polizei waren eher halbherzig, sodass die Mörder nie angeklagt wurden. Obwohl diese Ereignisse drei Jahre zurückliegen, stellen sie immer noch eine klaffende Wunde in den Beziehungen zwischen Russen und Esten dar.

Doch gibt es auch positive Nachrichten für Estland. Gegen das Veteranentreffen gab es dieses Jahr zahlreiche Proteste aus dem Ausland. Antifaschistische und jüdische Organisationen in Russland, USA, Holland, Finnland, Israel und anderen Ländern haben ihren Protest gegen die Veranstaltung laut verkündet. Die Gegendemonstration war gut organisiert, zahlreich besucht und verlief trotz der Störungen durch die Polizei erfolgreich. Bereits das hat Wirkung gezeigt. Nahmen in den letzten Jahren noch Menschen aus Belgien, Dänemark und Holland am Veteranentreffen teil, so kamen die einzigen ausländischen Besucher in diesem Jahr aus Lettland. Es bleibt die Hoffnung, dass in den nächsten Jahren durch massiven Druck von außen und eine sich entwickelnde politische Kultur im Inneren, linke Ideen und antifaschistische Bewegungen in Estland Fuß fassen werden. ■

Foto: Sergei Stepanov

[1]

Foto: Sergei Stepanov

Hitler Kaput!

Hitler Kaput!

Foto: Sergei Stepanov

»Autonome Nationalisten« in der Ukraine

[1] Oleh Tjahnybok war Kandidat der ukrainischen Präsidentschaftswahlen. Seine Partei »Swoboda« hält enge Kontakte zu den ukrainischen »Autonomen Nationalisten«.

Seit Anfang 2009 haben »Autonome Nationalisten« (AN) Konjunktur in der ukrainischen Neonaziszene. In dem neuen Netzwerk treten im Gegensatz zu anderen Teilen der Szene (ukrainische) Sprache und Religion als identitätsstiftende Bezugspunkte in den Hintergrund. Stattdessen stehen nationalrevolutionärer Populismus, rassistische Hetze gegen Immigrant_innen und der Kampf gegen Linke auf der Agenda. Es gibt keinen offiziellen Dachverband der Bewegung, als Plattform dient vor allem die Website »reactor«.

Die Gründe für das Entstehen und Erstarken der »Autonomen Nationalisten« (AN) sind darin zu sehen, dass die jungen Neonazi-Aktivisten europäischen Vorbildern nacheifern und ein moderneres Image suchen. Glücklicherweise ist es den AN seit über einem Jahr nicht gelungen, ihre Basis zu verbreitern. Die neue ideologische Breite erlaubt es ihnen aber, verschiedene Fußballfangruppen/Hooligans, andere Neonazis bis hin zu traditionellen Nationalisten zu vereinen. Die neue Ausrichtung der Faschisten wurde durch den Zusammenbruch der »Ukrajins'ka Nacional-Trudova Partija« (Ukrainische Nationale Arbeiterpartei, UNTP) möglich, die vor allem ein Sammelbecken für auf der Straße aktive Neonazis dargestellt hatte, gleichzeitig aber auch Einfluss auf die offizielle Politik nehmen wollte. Aufgrund ihrer organisatorischen und finanziellen Schwäche hatte die UNTP nie den Status einer Partei erlangt, wurde offiziell aber auch nicht als extremistische Organisation gelistet. Ehemalige Führungspersonen der UNTP finden sich heute in den Reihen der AN.

Die proklamierte »Autonomie« ist reine Augenwischerei: Die AN arbeiten sehr eng mit extrem rechten Parteien zusammen wie »Social-Patriotyäna Asambleja Slov'jan« (Sozial-Patriotische Versammlung der Slawen) des Oles' Vahnij, mit »Bratstvo«-(Bruderschaft), der Organisation des Dmytro Koräyns'kyj, der über gute Kontakte zu einflussreichen Politikern verfügt, vor allem aber mit der Partei »Swoboda« (Freiheit) des Oleh Tjahnybok.

Einer der Geldgeber der Neonazis ist Serhiy Kyryäenko, Mitglied im Stadtrat von Cherson. Er führt eine lokale Organisation namens »Bürgerkontrolle« und die lokale Gewerkschaft »Volkskontrolle« an. Am 1. Mai 2010 zahlte er die Reisekosten für die Fahrt etwa 50 extrem rechter Fans des FC Krystal nach Kiew, um an der Demonstration des »autonomen Widerstands« »gegen Kapitalismus« teilzunehmen.

Ideologie

Die Ideologie der ukrainischen AN ist sehr breit angelegt und anpassungsfähig. Sie basiert auf Rassismus, Antisemitismus, Militarismus und Demokratiefeindschaft, verknüpft mit Sozialdemagogie. Grundlegend ist der Bezug auf Dmytro Dontsovs ukrainischen ganzheitlichen Nationalismus und den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera.

Die Ideologie der AN hat auch Bezugspunkte, die der klassischen Querfrontstrategie folgen. Diese Ideen

[1]

Foto: Vasyl Babych

überfordern die Basis zum Teil, dementsprechend sind auf den Theorieseminaren der AN selten mehr als ein Dutzend Leute anwesend.

Ein weiterer ideologischer Bezugspunkt ist der sozial- und ethno-rassistische Kampf für die »Gesundheit der Nation«. Sie fordern die Sterilisierung von »Familien mit defektem Erbgut«.

Faschistische Symbolik, Ästhetik und Musikkultur

Die AN distanzieren sich stärker vom Nazi-Faschismus als andere faschistische Organisationen in der Ukraine. Viele ihrer Anhänger verhehlen jedoch auch bei öffentlichen Auftritten ihre Sympathie für den klassischen Nationalsozialismus nicht.

In Kiew rufen allerdings Neonazi-Führer mittlerweile dazu auf, wegen der anwesenden Presse während öffentlicher Aktionen nicht mehr den »Hitler-Gruß« zu verwenden. Traditionelle, in den Augen der AN eher mode-

rate ukrainische Nationalisten, die meist älter sind, werfen den jungen Neonazis vor, durch den Hitler-Gruß die nationale Bewegung insgesamt zu diskreditieren.

Eine bemerkenswerte Neuerung des Images der Faschisten ist das Kopieren linker Taktiken wie z.B. des Schwarzen Blocks. Neonazis treten vermehrt in schwarz und vermummt auf. Trotz ihres aggressiven Habitus halten sich die »Autonomen Nationalisten« bei ihren Demonstrationen an die Anweisungen der Polizei: Der Black Block ist ein rein ästhetisches Mittel.

Insgesamt verändert sich das Outfit in Richtung »autonomer Style«: Fast niemand kleidet sich mehr wie ein klassischer Neonazi-Skinhead. Auch der Kampf gegen »ideologisch feindliche« Subkulturen scheint nicht mehr aktuell, so dass sich Neonazis mittlerweile unter Punks, Rappern und Hardcore-Anhängern finden lassen.

Als neuester kultureller Trend bei den AN muss man die gestiegene Popularität der Hardcore-Musik, von ihnen selbst als »Hatecore« bezeichnet, erwähnen. Auch diesen Trend übernahmen die AN von ihren »westlichen Kameraden«. Zudem gibt es die Tendenz in der Bewegung, »Straight Edge«-Prinzipien und teilweise Vegetarismus zu propagieren. Da es insgesamt noch nicht viele dieser Bands gibt, kommen sie für Konzerte oft aus dem Ausland. Im Jahr 2010 wurde eine Reihe von Konzerten mit Bands wie »Antisystem« (Russland), »Brigade M« (Niederlande), »Moshpit« (Deutschland) und »Project Vandal« (Slowakei) organisiert. Im Rahmen der AN sind die Gruppen »9th Val« (Donezk-Region) und »White Lions« (Sevastopol) entstanden. Trotzdem sich »9th Val« als konzeptionell neue rechte Formation begreift – sie selbst bezeichnet ihre Musik als »NS-Crust« – sind ihre Texte voller klassischer Nazi-Klischee.

Ähnlich sieht es mit Bands aus, die »sozialrevolutionäre« Liedertexte verwenden. Vermutlich war das einer der Gründe, die White Power-Rock-Band »Faustrecht« (Deutschland) zu einem Konzert am 1. Mai 2010 in Kiew im Zusammenhang mit einem geplanten Aufmarsch einzuladen. Im Interview mit dem ukrainischen NS-Magazin »Strayk« vom Dezember 2009, sagte der Musiker Norbert »Nogge« Lecheler, dass sie seit längerer Zeit »linke Nationalsozialisten« sind und die Idee des Klassenkampfes befürworten.

Aktivitäten

Aktionsformen der ukrainischen AN sind meist Farbangriffe auf sowjetische Denkmäler, Brandanschläge auf das Eigentum von Migrant_innen und brutale Angriffe auf Antifaschist_innen. Das Mobilisierungspotenzial der AN kann bis zu 2000 Menschen betragen, wenn politische Parteien sie dabei finanziell unterstützen. Die Zentren der AN-Tätigkeiten sind vor allem große Städte wie Kiew, Odessa und L'viv, wo sie Unterstützung durch lokale Behörden erhalten. In der Westukraine ist Swoboda stark in den Stadträten vertreten, in Ternopil/ Westukraine erhielten sie 2009 bei den Regionalwahlen sogar 34 Prozent. In vielen Städten gibt es inzwischen sogenannte »autonome Zellen« der AN, deren Stärke zwischen fünf bis fünfzig Personen liegt.

Mit Aktionen wie die Reinigung von Parks oder (nationalistischer) historischer Denkmäler versuchen sie sich als gesellschaftlich verantwortliche Kraft darzustellen, die aber bei Bedarf zu weitergehenden Mitteln greift. Der »linke Flügel« der ANs in Kiew bekannte sich z.B. zu einer Tierrechtsaktion, bei der sie ein Pelzgeschäft mit Farbe und Feuerwerk angriffen. Diese Aktion kritisierten die meisten AN aber als zu »linkslastig«.

Seit April 2010 agitieren die AN gegen die Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes.

Bei den Aktivitäten der AN ist die intensive Zusammenarbeit mit Swoboda von großer Bedeutung. Fast alle landesweiten gesellschaftspolitischen Kampagnen der AN haben einen Vorläufer in Aktionen von Swoboda. Eine zentrale Rolle nimmt die Geschichtspolitik ein. Ständig wiederkehrende Anlässe für gemeinsame öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen sind nationalistische Gedenktage.

Die Zusammenarbeit mit den »älteren Kameraden« an diesen Veranstaltungen ist für die AN auch eine Möglichkeit, ihre regionalen Aktivitäten zu finanzieren.

Konfliktpunkte sind beispielsweise 1. Mai Demonstrationen, bei denen sich die Versatzstücke »linker« Rhetorik der AN deutlich mit dem rechtskonservativen bis faschistischen Inhalt von Swoboda beißen.

Die für den Herbst 2010 anstehenden Regionalwahlen lassen befürchten, dass der insbesondere in der Westukraine zu erwartende Wahlerfolg von Swoboda auch zu einem weiteren Erstarken der AN führen wird. ■

Foto: Vasyl Babych [2]

[3]

[2] Kundgebung von »Swoboda«-Anhängern am 9. Juni 2009 in Kiew.

[3] Ein ukrainischer »Autonomer Nationalist« am 5. Mai 2009 vor der russischen Botschaft 2009 in Kiew.

Tschechien

Ein Interview mit der Antifacistická Akce (AFA) aus Tschechien

Kontakt: www.antifa.cz

Gibt es rechte oder neonazistische Parteien im tschechischen Parlament?

Im Moment nicht. In den Jahren 1992 bis 1998 war die extrem rechte Partei »Republikáni« (Partei der Republikaner) im Parlament, die von den deutschen »Republikanern« inspiriert war. Bei den Wahlen erwarb sie damals bis zu 8 Prozent. Es gibt sie heute noch, aber sie spielt nur noch eine geringe Rolle. Ab 2000 entstanden mehrere extrem rechts orientierte Parteien. Seit dem Jahr 2007 wuchs die Bedeutung der »Delnická strana« (Arbeiterpartei), da sie in dieser Zeit anfing mit den Neonazis zu kooperieren. Sie zog den anderen extrem rechten Parteien die meisten Wählerstimmen ab, die sich insgesamt um die 1% bewegen. Dies reichte jedoch nicht für einen Sitz im Parlament aus. 2010 wurde sie verboten. Sie war somit die erste Partei, die in der Tschechischen Republik nach der Wende 1989 einem staatlichen Verbot unterlag. Das hatte jedoch wenig Erfolg, sie ist weiterhin unter dem Namen »Delnická strana sociální spravedlnosti« (die Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit) aktiv.

Gibt es in Tschechien rechte Subkulturen wie Neonazi-Skinheads, »Autonome Nationalisten«, rechte Hooligans oder ähnliches? Gibt es eine rechte Musikszene?

Die extrem rechte bzw. neonazistische Szene in der Tschechischen Republik ist ähnlich der in anderen europäischen Ländern. Sie fing an, sich nach dem Wendejahr 1989 zu formieren. In der ersten Phase bestand sie überwiegend aus rassistisch orientierten Neonazi-Skinheadgruppen und konzentrierte sich vor allem auf Straßengewalt und subkulturelle Aktivitäten.

Seit dem Jahr 2000 ist eine langsame Umorientierung auf politische Arbeit zu beobachten. Damit hängt die Ablehnung des Neonazi-Skinhead-Images und die Suche nach neuen Trends – vor allem dem der »Autonomen Nationalisten« – zusammen. Seit Anfang der 1990er Jahre tauchten auch rassistische Hooligans auf, die sich oft mit dem Rest der extrem rechten Szene mischen. Heutzutage dagegen sind die Hooligans oft die stärksten Gegner der Neonazis.

Die rechte Musikszene profilierte sich auf eine ähnliche Art. Aus der Tschechischen Republik stammen ein paar Bands, die einen gewissen Ruhm innerhalb der internationalen neonazistischen Szene erworben haben. Es handelt sich vor allem um die Bands »Buldok« und deren Nebenprojekt »Thodverthur« sowie »Excalibur« und »Beowulf«. Bedeutung haben daneben die Kapellen »Juden Mord«, das »Projekt Vandal« und »Before the War« aus der Slowakei.

Spielt in Tschechien die Kirche eine große Rolle? Gibt es einen thematischen Zusammenhang zwischen Rechten und der Kirche oder Religiosität?

Die Tschechische Republik ist sehr säkular. Es gibt ein paar Vereine, die den orthodoxen Katholizismus mit dem Autoritarismus und dem Konservatismus verbinden. Sie waren in der Vergangenheit aber nicht erfolgreich. In den letzten Monaten hatte die Initiative »DOST!« – (GENUG!) einige Erfolge, die sich euroskeptisch und konservativ orientiert. In deren Kreisen finden sich auch ein paar extreme Rechte und Klerofaschisten. Die Gründe für deren relativen Erfolg sind wohl in deren Akzent auf Euroskeptismus und dem Verlassen (oder Nichtbetonen) von religiösen Themen zu suchen.

Was sind die thematischen Schwerpunkte der extrem rechten und neonazistischen Szene?

Die neonazistische Szene bedient sich der üblichen Themen. Bei öffentlichen Auftritten kommt jedoch am meisten das Thema Antiziganismus zu Wort. Antisemitismus tritt eher innerhalb der neonazistischen Gruppen auf, die öffentliche Präsenz ist begrenzt. Etwas häufiger jedoch wird der Antizionismus verbalisiert. In den letzten Jahren präsentieren sich die Neonazis auch homophob, vor allem im Zusammenhang mit den Veranstaltungen von Queerparaden in der Tschechischen Republik.

Die Anti-Antifa Tätigkeit wird unter den Neonazis verbal ziemlich hervorgehoben, in der Realität begegnen wir dieser aber kaum. Neonazistische sowie auch weitere autoritäre Vereine bekennen sich zum Antikommunismus, aber innerhalb der neonazistischen Szene gibt es auch eine »antikapitalistische« Strömung, was bestimmte Reibereien verursacht.

Wer sind sonstige rechte Akteure und welche Themen greifen diese auf?

In der explizit neonazistischen Szene ist seit langem der »Národní odpor« (Nationaler Widerstand) der Hauptakteur. Die Gruppe

entstand um das Jahr 1998 aus den Resten des Neonazi-Musiknetzwerks »Blood and Honour«. Er vereint vor allem orthodoxe Neonazis. Daneben gibt es seit 2004 auch die »Autonomen Nationalisten«, die in der letzten Zeit die meisten Aktivitäten übernommen haben. Sie profilieren sich eher faschistisch und stellen die modernistische Strömung dar. Heutzutage gibt es zwischen beiden Gruppen eine ganze Reihe von Unstimmigkeiten.

Einige autoritäre und rassistische Themen kann man ab und zu auch von »normalen« politischen Parteien hören. Es ist jedoch bisher nicht zu einer Verbindung zwischen der »großen Politik« und der rechten Szene gekommen. Am meisten nähert sich diesem die bereits erwähnte Initiative »DOST!« an.

Was sind die Strategien und Aktionsformen?

Die Aktivitäten der Neonazis sind auf der einen Seite durch Kontinuität gekennzeichnet, auf der anderen Seite sind sie konzeptlos und unsystematisch. Der größte Teil der Aktionen ist spontan, egal ob es sich um Demonstrationen oder Gewalt handelt. Zwischen den Jahren 2007 und 2009 waren wir Zeugen eines Anwachsens der Neonazi-Szene, vor allem dank der Verbindung von »Autonomen Nationalisten«, »Nationalem Widerstand« und der Arbeiterpartei. Nach den Wahlen 2010 (die Arbeiterpartei bekam 1,25%, was als Misserfolg empfunden wurde) distanzierten sich die »Autonomen Nationalisten« von der Arbeiterpartei, was zu einer Spaltung zwischen diesen beiden, sowie den »Autonomen Nationalisten« und dem »Nationalen Widerstand« führte.

Gewalt spielt für die Neonazis eine große Rolle, sie ist neben dem Image das Verlockende, was junge Leute zu den Neonazigruppen zieht. Seit 1989 kamen bei Neonaziattacken ungefähr 25 Menschen ums Leben. Die Zahl der Verletzten geht in die Tausende. Die schwerste Zeit war die ersten Hälfte der 1990er Jahre, heute ist die Situation um vieles ruhiger.

Gibt es Kontakte zu deutschen Neonazis?

Es gibt diese auf mehreren Ebenen. Um die Jahrtausendwende herum gab es Kontakte zwischen der tschechischen Szene und den Hammerskins Sachsen, genauso wie es Verbindungen zum »Nationalen Widerstand« gab, wodurch auch die tschechische Analogie »Národní odpor« – entstand. Später nahmen Kontakte zwischen den Vertretern des »Nationalen Widerstand«, der Arbeiterpartei und der deutschen NPD zu.[1] Dieser Zusammenarbeit, die bis heute besteht, verdanken die tschechischen Parteien die Übernahme der Taktik der NPD (sich der neonazistischen Szene zu öffnen) und brachte der »Delnicka Strana« größere Popularität.

Welche gesellschaftliche Relevanz bzw. welchen gesellschaftlichen Einfluss haben rechte Strömungen in Tschechien?

Der gesellschaftliche Einfluss ist sehr begrenzt. Neonazismus wird in weiten Teilen der Gesellschaft als negativ empfunden. Die Neonazis werden meistens als Gewalttäter und Extremisten gesehen. Der einzige Punkt, an dem sich neonazistische Themen mit der öffentlichen Meinung berühren, ist die feindliche Einstellung gegenüber der Minderheit der Roma und Sinti. Die meisten politisch aktiven Neonazis versuchen deshalb, in der Öffentlichkeit das Image der Neonazis loszuwerden. ■

[1] Neonazis versuchen ein von Roma bewohntes Viertel zu überfallen.

[2] Neonazi-Aufmarsch am tschechischen Nationalfeiertag in Litvinov.

1| Im Jahr 1998 haben sich die Gründer des »Nationalen Widerstand« ohne Erfolg bemüht, eine legale Abzweigung der »Jungen Nationaldemokraten« zu gründen. Später nahmen Kontakte zwischen den Vertretern des »Nationalen Widerstand«, der Arbeiterpartei und der deutschen NPD zu. Auf der tschechischen Seite ist eine der Hauptkontaktpersonen Tomás Králík (»Autonome Nationalisten«), der vor allem Kontakte zur sächsische NPD und dem »Freien Nationalisten« Maik Müller (Dresden) pflegte. Der »Nationale Widerstand« in Karlsbad hat gute Verbindungen zur sächsischen NPD und zur bayrischen Neonazigruppe um Matthias Fischer. Die Aktivisten des »Nationalen Widerstand« in Prag und Brünn sollen gute Kontakte zu dem deutschen Neonazifunktionär Steffen Pohl pflegen, der häufig mit seiner damaligen Freundin, der Neonazifunktionärin Anne-Marie Doberenz in die Tschechische Republik gereist sein soll. Diese persönlichen Kontakte wiegen offenbar schwerer als die parteioffiziellen. Die meisten Neonazis, die Kontakte nach Deutschland pflegen, gehören zu dem »moderneren« Neonaziflügel.

Mobilisierung gegen Minderheiten

Rechtspopulismus, Nationalismus und die extreme Rechte in Polen im Jahre 2010

Rafal Pankowski

Rafal Pankowski ist Koordinator des East Europe Monitoring Centre in Warschau und Mitglied der antifaschistischen Organisation Never Again (Nigdy Wiecej). Von ihm erschien kürzlich 'The Populist Radical Right in Poland: The Patriots' (London: Routledge, 2010).

Am 10. April 2010 starb das polnische Präsidentenpaar Kaczynski und mit ihnen rund 100 Angehörige der politischen Elite Polens bei einem Flugzeugabsturz im russischen Smolensk. Das Unglück wühlte die politische Landschaft auf. In der extremen Rechten kamen wilde Verschwörungstheorien auf, unter anderem auch vom katholisch-fundamentalistischen, antisemitischen Radio Maryja (siehe AIB # 85), das enge Verbindungen zur rechtspopulistischen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwosc, PiS) aufweist. Es besteht Grund zur Sorge, dass die Rechtspopulisten nach den Präsidentenwahlen vom Juli neuen Auftrieb erhalten. Lech Kaczynskis Zwillingsbruder Jaroslaw als etablierter Vertreter der Rechten verlor die Wahl knapp.

In der Partei PiS finden sich auch extreme Rechte wie der Abgeordnete Artur Gorski, der in einer Rede vor dem Parlament die Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten als »das Ende der Zivilisation des weißen Mannes« bezeichnet hatte. Ein anderer Exponent der extremen Rechten ist Michal Kaminski, Vorsitzender der europaskeptischen Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten im EU-Parlament. Unser antifaschistisches Schwestermagazin Searchlight hatte die britischen Konservativen bereits im Mai 2009 gewarnt, eine Parlamentsgruppe mit Kaminski als Führer zu bilden, doch die Tories gingen das Wagnis ein. Kaminski war Mitglied der faschistischen Partei Nationale Wiedergeburt Polens (Narodowe Odrodzenie Polski, NOP) und tat sich als Abgeordneter beim Kampf gegen das Gedenken an den Pogrom von Jedwabne hervor. In dem Städtchen Jedwabne waren 1941 mehrere hundert jüdische Einwohner von ihren polnischen Nachbarn ermordet worden. Kaminski erklärte öffentlich seinen Stolz auf das extrem rechte Erbe der nationalistischen und antisemitischen »Endek«-Bewegung der Vorkriegszeit und trug

bis vor kurzem das »Chrobry-Schwert«, das Symbol dieser Bewegung. Hetze gegen Minderheiten war ein typisches Merkmal der PiS-geführten Regierung von 2005–2007.

Der belgische Politologe Peter Vermeersch beschrieb die Situation 2007 folgendermaßen: »Die Kluft zwischen den Bemühungen der EU, für die Akzeptanz ethnischer Vielfältigkeit, Chancengerechtigkeit, Antidiskriminierung und soziale Inklusion zu werben, und der Weise, in der Minderheitenrechte in Polen geschützt werden, zeigt die gegenwärtigen Grenzen des europäischen Einflusses auf die innerstaatliche Politik und die innerstaatlichen sozialen Verhältnisse in den neuen Mitgliedsstaaten auf.«

Populistische Mobilisierungen gegen Minderheiten sind in der polnischen Politik trotz der geringen Zahl von Minderheitsangehörigen an der Tagesordnung. Als Folge des Holocaust und des zweiten Weltkriegs, aber auch der Umsiedlungen der Nachkriegszeit und der Auswanderungswellen ist das einst multikulturelle Land heutzutage weitgehend homogen – nur drei Prozent der Bevölkerung gehören ethnischen Minderheiten an. Die neuen migrantischen Communities sind seit den frühen 1990er Jahren langsam aber stetig gewachsen. Sie sehen sich oft mit Vorurteilen und Diskriminierung konfrontiert.

Andere Gruppen, die von Gewalt und Ausgrenzung betroffen sind, sind religiöse Minderheiten und bestimmte Jugendsubkulturen. Die vorherrschende Auffassung in der Gesellschaft ist die, dass »alle Polen katholisch« sind und ethno-religiöse Minderheiten deshalb nicht »wirklich polnisch« sein können. Laut unabhängigen Berichten sind die am stärksten von rechter Gewalt betroffenen Gruppen ethnische Minderheiten, wie die Roma, aber auch Homosexuelle, alternative Jugendliche, Antirassist_innen und Aktivist_innen anderer fortschrittlicher Bewegungen.

Die Angreifer gehören häufig zu extrem rechten Organisationen und Neonazi-Skinhead-Cliquen. 2009 wurde eine Ortsgruppe des Vereins ONR (Oboz Narodowo-Radykalny, Nationalradikales Lager) verboten, andere Organisationen konnten hingegen ungehindert weiter operieren. Die NOP, frühere Schwesterpartei der NPD, ist besonders freimütig, was die Propagierung von Gewalt zum Erreichen ihrer ideologischen Ziele angeht. Insbesondere Fußballstadien bieten oft fruchtbaren Boden sowohl für die Verbreitung extrem rechter Propaganda als auch für rassistische Gewalt. Das »Braunbuch«, 2009 herausgegeben von Martin Kornak, Vorsitzender der antifaschistischen Organisation Never Again (Nigdy Wiecej), dokumentiert hunderte von Angriffen auf Minderheiten in den letzten Jahren.

Ein aktuelles trauriges Beispiel ist der Tod eines Nigerianers, der am 23. Mai dieses Jahres am hellichten Tag nahe des neugebauten Warschauer Nationalstadions von der Polizei erschossen wurde. Zeugenaussagen deuten auf einen Fall von grundloser Polizeibrutalität hin, dem rassistische Einstellungen zugrundelagen. Über 30 Schwarze wurden bei einem anschießenden Tumult am Tatort verhaftet. Rufe nach einer unabhängigen Untersuchung des Falls wurden laut, doch es bleibt abzuwarten, ob sie auf Gehör stoßen. ■

Neonazi-Gewalt in Kroatien

Vor 1990 wäre die Existenz einer Neonazisubkultur im ehemaligen Jugoslawien unmöglich gewesen. Der tobende Nationalismus der 1990er Jahre, das Aufkommen der extremen Rechten, besonders der Ustascha-Bewegung[1] und der kulturelle Schritt Richtung Westen bereiteten einen fruchtbaren Boden für die Neonazi-Skinhead-Bewegung.

Spektakuläre Neonazigewalt

Dennoch blieben sie eher eine Randerscheinung der Gesellschaft und waren den meisten Kroaten unbekannt. Als die ›linke‹ Koalition die Wahlen im Jahr 2000 gewann, machten Neonazi-Skinheads durch brutale Angriffe auf Tourist_innen und Migrant_innen, besonders auf Menschen afrikanischer und arabischer Herkunft, auf Serben, Sinti und Roma, Homosexuelle und Angehörige von Subkulturen, hauptsächlich Punks, auf sich aufmerksam. Diese brutalen Überfälle, insbesondere die Angriffe auf Kinder ausländischer Diplomaten, brachten den Neonazi-Skinheads viel Aufmerksamkeit durch die Medien. Im Juli 2003 wurde eine Gruppe von sechs Ägyptern, fünf ältere Menschen und ein 11jähriger Junge, auf offener Straße brutal von Neonazi-Skinheads zusammengeschlagen, ohne dass diese sich dafür verantworten mussten. Alle Angriffe fanden in Zagreb statt, wo der größte Teil dieser Gruppierung lebt. Die Mehrheit gehört der Hooligangruppe »Bad Blue Boys« an. Deren Mitglieder, die nicht alle Neonazi-Skinheads sind, sympathisierten mit extrem rechter Ideologie und beteiligten sich an den Angriffen.

Obwohl in Zagreb die Neonazi-Skinhead-Szene am größten ist, stehen die Orte Pula und Dubrovnik für die schwerwiegendsten Angriffe. In Pula griffen am 14. November 2004 drei Neonazi-Skinheads zwei Punks an. Beide wurden von Darko Basariç mit einem Messer angegriffen, während Mauricio Tromboni auf sie einschlug. Basariç wurde wegen Mordversuchs zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er fünf absaß, während Tromboni neun Monate für die Teilnahme an der Auseinandersetzung bekam. Die Tatsache, dass er der Sohn eines Polizisten ist, könnte die niedrige Strafe erklären. Bei der Verhandlung erschien er in einem T-Shirt mit dem Aufdruck »White Revolution« und trug eine Gürtelschnalle mit einem SS-Totenkopf. Der dritte Neonazi, Mirko B., musste aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Als Reaktion auf diesen Übergriff versammelten sich 1000 Demonstrant_innen in Pula[2]. Mit ihrer Demonstration unterstützten sie die beiden Opfer und wandten sich gegen die Zunahme der Neonazigewalt in Kroatien[3].

Erste Organisationsbemühungen

Die Organisationsstruktur der Neonazi-Skinheads in einzelnen Gruppen oder als Angehörige von Hooligan-Gruppen änderte sich im Oktober 2004 mit der Gründung von »Blood and Honour« Kroatien. Da es schon eine »Blood and Honour« Sektion Serbien gab und einige kroatische Neonazis nichts mit den Serben zu tun haben wollten, wurde der Beitritt kontrovers aufgenommen. Die kroatische »Blood and Honour« Division nannte sich »Assoziation der nationalistischen

und patriotischen kroatischen Jugend«. Ihr Ziel war es, »nationales Bewusstsein und rassischen Stolz hervorzurufen« sowie »kroatische Kultur und historisches Erbe zu fördern«. »Blood and Honour« Kroatien bestand aus vier Divisionen: Crusaders from Rijeka, Division Pula, Division Zagreb und der Division Osijek. Neben der Herausgabe diverser Fanszines organisierten sie regelmäßig Neonazikonzerte. Heute gibt es »Blood and Honour« Kroatien nicht mehr. Die Übergriffe gehen jedoch weiter. Im März 2008 schlugen Neonazi-Skinheads eine Gruppe Jugendlicher in Zabok zusammen, am 30. Mai 2008 verletzte ein Neonazi einen Jungen mit einem Messer, im Januar 2009 wurden drei Neonazi-Skinheads verhaftet, die einen Roma-Jungen zusammengeschlagen hatten. Am 10. Februar 2009 schlugen Neonazis einen 16-jährigen zusammen, weil er wie ein Hip-Hopper gekleidet war und im Januar 2010 griffen Neonazis einen schwarzen Fußballspieler des Clubs »Slaven Belupo« an. Dies sind nur einige der erfassten Angriffe der letzten Jahre. Bis zur Gründung von »Blood and Honour« Kroatien gab es nur die Neonaziband »H8«, die ›Hatecore‹ spielte. Danach entstand die Einmannband »Cro28Band« Die erste ›wirkliche‹ kroatische RAC (Rock against Communism) Band hieß »Strong Survive«. In den Jahren 2008/2009 gründeten sich die »Kroatischen Nationalisten«. Auf ihrer Internetseite empfehlen sie nationalsozialistische Lektüre, u.a. die von Hitler und Paveliç, dem kroatischen Ustaschaführer. Sie ziehen junge Neonazis, extrem rechte Hooligans oder die noch aktiven Mitglieder von »Blood and Honour« an. Zudem unterhalten sie Verbindungen zu der extrem rechten »Kroatischen Reinen Staatsrechtpartei« (HâSP)[4]. Obwohl die HâSP offensichtliche Verbindungen zu den »Kroatischen Nationalisten« vermied, organisierten sie im Jahr 2009 gemeinsam eine Demonstration gegen den Zagreb Pride (Christopher Street Day) sowie im Februar 2010 ein »Rock against Communism«- Konzert in KriÏevci. Trotz großer Geheimhaltung fanden Antifaschist_innen aus Zagreb den Ort des Konzerts heraus und gaben ihn an die Medien weiter. So gelangte die Information auch zur Polizei, die bei dem Konzert 34 Neonazis verhaftete. Unter ihnen befanden sich Mitglieder der deutschen Rechtsrock Band »Blue Max« (Schwarzach) und die bereits erwähnten, wegen schwerer Körperverletzung und versuchtem Totschlag verurteilten Neonazi-Schlägern Tromboni und Basariç. Im Anschluss sagte Basariç in der Zeitung »Glas Slavonije«: »Wir wissen, dass der Nationalsozialismus überholt ist (...) Allerdings sollten einige Ideen wie z.B. die nationale Identität erhalten bleiben. In unserem Land Kroatien, sollten Minderheiten nicht mehr Rechte haben als die Mehrheit der Bevölkerung. Das trifft z.B. auf die Serben als größte Minderheit zu.«[5] Nach der Auflösung des Konzerts durch die Polizei waren die »Kroatischen Nationalisten« gezwungen, ihr Internetforum und ihre Webseite zu schließen. In diesem Jahr wurde die homophobe Demonstration gegen die Zagreb Pride von der »Jugend der Kroatischen Reinen Staatsrechtpartei« organisiert. An ihr nahmen auch Mitglieder der »Kroatischen Nationalisten« teil. ■

1| Ustascha war eine kroatische faschistische Bewegung, die 1929 von Ante Paveliç gegründet wurde, der kurz zuvor nach Italien ins Exil gegangen war.
2| Pula hat offiziell 58594 Einwohner
3| Ein weiterer Überfall ereignete sich am 8. Januar 2004 in der Stadt Dubrovnik, als ein Neonazi seinen Nachbarn zu Tode trat. Der Vorfall wurde kaum in der Presse thematisiert.
4| Hrvatska äista stranka prava (HâSP)
5| www.glas-slavonije.hr/vijest.asp?rub=1&ID_VIJESTI=122276

Stolz & Vaterland

Zur politischen Situation in Serbien

Im Vergleich zu anderen südosteuropäischen Staaten ist die Situation in Serbien eigentlich eher »gut«. Die Anzahl organisierter Faschisten und neonazistischer Gruppen ist im Vergleich zu Ungarn und der Slowakei geringer. Dennoch ist die serbische Gesellschaft nicht von faschistischen Einstellungen frei – ganz im Gegenteil.

Petar Atanackovic

In Serbien gibt es eine Reihe von großen faschistischen und neonazistischen Gruppen, die insgesamt zwischen 500 und 1.000 Mitgliedern haben. Die größte Organisation ist die klerikal-faschistische Organisation Obraz deren Name ins Deutsche übersetzt »Stolz« heißen könnte. Es gibt die chauvinistische und antisemitische Gruppe Movement 1389, die Neonazigruppe Nacionalni stroj (Nationales Aufgebot) und eine Reihe von kleineren Neonazigruppen, die mit dem B&H Netzwerk verbunden sind. Vor zwei Jahren gründeten sie ihre eigene politische Partei namens NSP (Das neue serbische Programm), aber die Partei hatte bislang keine größeren Erfolge bei Wahlen.

Alle oben erwähnten Gruppen bewegen sich mehr oder weniger an den gesellschaftlichen Rändern. In den letzten Jahren haben sie aber versucht in den politischen und (sub-)kulturellen Mainstream »durchzubrechen«. Die Gründung einer politischen Partei ist dabei ein Weg. Der andere Versuch war der Aufbau einer Firma, die explizit eine eigene, besonders »patriotische« Kleidungsmarke namens Otadzbina (Vaterland) produziert- ganz offensichtlich unter dem Einfluss des Beispiels von Thor Steinar. Auch wenn die hier beschriebenen Aktivitäten begrenzt sind, zeigen sie doch einiges über die Trends im Vorgehen der Rechten in Serbien.

Verschiedenste Kontakte bestehen zu Gruppen und Organisationen aus Deutschland, Russland, Polen, Slowakei, der Tschechischen Republik, Österreich, Italien und Griechenland. Der direkte oder auch indirekte Einfluss ihrer europäischen »Kameraden« zeigt sich ganz offensichtlich in ihren Aktivitäten. Serbische Neonazis haben ihre Strategie geändert: weg von expliziten nationalsozialistischen Parolen- hin zu verdeckteren Formen der Propaganda. Beispielsweise steht die Propaganda der NSP ganz offensichtlich unter dem Einfluss oder dem Vorbild der NPD aus Deutschland.

Zwei Anführer der serbischen Neonazis leben bzw. lebten nicht in Serbien, sondern im Ausland. Einer von ihnen, Dragan Petrovic alias Bajba lebt in der tschechischen Hauptstadt Prag, der andere, Goran Davidovic, auch »Führer« genannt, lebte im italienischen Triest. Letzterer floh zum Jahresbeginn 2010 von Italien nach Deutschland, wurde dort im Frühjahr 2010 verhaftet und nach Serbien ausgeliefert, wo er zu einer Haftstrafe von einem Jahr für die Verbreitung von nationalistischer und rassistischer Hetze verurteilt wurde.

Eine weitere Ebene sind die rechten Strömungen innerhalb der in Serbien lebenden ungarischen Minderheit. Einige ungarische Gruppen in Serbien haben Verbindungen zu neonazistischen und faschistischen Gruppen in Ungarn. Center Rakotzy aus der serbischen Stadt Kanjiza und die Organisation Ungarische Hoffung aus Subotica unterhalten direkte Beziehungen mit der faschistischen ungarischen Partei Jobbik. Der Vorsitzende von Jobbik,

Foto: flick.r

[1] Der serbische Neonazifunktionär Goran Davidovic.

Gabor Vona, war ein Ehrengast bei der ersten Konferenz der »Ungarischen Hoffnung«. Anfang Juli 2010 fand ein von diesen Gruppen organisiertes »nationales Lager« für ungarische Jugendliche in Serbien statt. Antifaschistische Organisationen warnten die Öffentlichkeit vor dieser Veranstaltung und die Polizei hinderte mehrere Neonazigruppen am Grenzübertritt von Ungarn nach Serbien. Dennoch konnte die Veranstaltung stattfinden. Später wurde enthüllt, dass der serbische Staat die Organisation des Camps finanziell direkt unterstützt hatte. Anstatt diesen Skandal aber zu untersuchen, wurde staatlicher Druck auf diejenigen Antifaschist_innen ausgeübt, die den Skandal aufgedeckt hatten. So wurde die größte antifaschistische Website in Serbien http://afans.org durch »Unbekannte« blockiert.

Ein weitaus größeres Problem als die organisierten Rechten in Serbien ist jedoch die pro-faschistische Einstellung eines großen Prozentsatzes der Bevölkerung. Ein Teil der Gesellschaft teilt »Werte« und Einstellungen, die aus ihnen potenzielle, zukünftige Wähler einer faschistischen oder neonazistischen Partei machen könnten. Auch wenn die Situation wesentlich besser ist als noch vor einigen Jahren, ist ein großer Teil der Gesellschaft immer noch extrem nationalistisch, chauvinistisch, homophob, rassistisch und nahe an antisemitischen Einstellungen. Die serbische Politik gegenüber dem Kosovo oder den Albanern verstärken derartige Einstellungen noch. Auch die staatliche Politik gegenüber der Roma-Bevölkerung ist problematisch. Besonders skandalös war der Fall einer Zwangsumsiedlung von Roma aus Belgrad im Jahr 2009, als Gruppen von Roma zunächst in einem improvisierten Lager festgehalten und dann mit Gewalt in die Außenbezirke von Belgrad und anderer Städte umgesiedelt wurden.

Im Juni 2010 versuchten Dorfbewohner aus Jabuka, einem Dorf nördlich von Belgrad, Roma-Familien aus dem Dorf zu lynchen bzw. aus dem Dorf zu vertreiben. Der Staat war gezwungen, Sondereinheiten einzusetzen, um die rassistischen Ausschreitungen zu beenden. Meistens reagiert der serbische Staat auf derartige Probleme erst nach öffentlichem Druck. Im Sommer 2009 nahmen Polizeibeamte die Anführer der faschistischen Gruppen Obraz und 1389 fest. Aber kurz darauf versuchte der Staat das »Gleichgewicht« wieder herzustellen, indem »Linksextremisten« verhaftet wurden. Der Fall der sechs Anarchisten aus Belgrad, die ein halbes Jahr ohne einen Prozess im Knast verbrachten, zeigt, wie der serbische Staat versucht, gegen »Extremismus« vorzugehen: das Ergebnis ist, dass Faschisten und Antifaschisten als »gleich schuldige« Seiten behandelt werden.

In mehreren Städten in Serbien gibt es antifaschistische Organisationen, die unterschiedliche Aktivitäten im Kampf gegen faschistische und neonazistische Gruppen und Strömungen in der Gesellschaft organisieren. Diese Gruppen – AFANS (Antifa Novi Sad) ist die größte unter ihnen – haben zwei Anti-Nazi-Demos in Novi Sad und Belgrad organisiert. Es gibt viele kontinuierliche Aktivitäten, Bildungsseminare; einige Gruppen haben Veröffentlichungen, einige organisieren kleine Antifa-Festivals und Konzerte. Dazu gehören beispielsweise das Antifa-Festival ZAF (Zrenjanin Antifa Festival) in der Stadt Zrenjanin, das im Oktober 2010 zum dritten Mal stattfinden wird und Gedenkveranstaltungen am 9. November zur Reichspogromnacht. Auch wenn die Aktivitäten von Faschisten und Neonazis in Serbien nicht alarmierend stark sind, sind Antifa-Gruppen und Initiativen wachsam und aktiv. Denn es ist besser, etwas zu verhindern, als es hinterher auszukurieren! ■

Weitere Informationen:

http://afans.org and www.ako.rs

»Nationale Revolution« in Russland

Ulrich Heyden, Moskau

Ende März 2010 fanden Ermittler in Pikaljowo, einer Industriestadt nahe St. Petersburg, in einer Wohnung einen menschlichen Kopf und Teile einer Hand. Die Leichenteile sollen von einem Aussteiger der Gruppe »Nationalsozialismus/Weiße Macht« (NS/WP) sein. Auf der Website der Neonazis war mitgeteilt worden, man habe einen »Feigling« hingerichtet. Die NS/WP, welche seit zwei Jahren im Raum St. Petersburg mit Mord-Anschlägen auf Migrant_innen und einem Anschlag auf eine Zugstrecke von sich reden machte, vertritt einen kruden Mix aus Rassismus und Slawen-Kult. Die Militanz extrem rechter Gruppen nimmt zu, wie das Moskauer Analyse-Zentrum »Sova« feststellte. Allein 2009 habe es 20 Anschläge auf staatliche Institutionen gegeben. Die Neonazis hätten begriffen, dass es unrealistisch sei, alle Migrant_innen aus Russland zu vertreiben. Hauptziel sei nun »die Destabilisierung der politischen Situation« mit dem Ziel einer »nationalen Revolution«.

Auf der Suche nach einem neuen Imperium

Die russische Neonazi-Szene besteht grob gesagt aus zwei Flügeln, einem parlamentarischen, vertreten durch die 1992 von Wladimir Schirinowski gegründete »Liberaldemokratische Partei« (LDPR) und einer Vielzahl von verbotenen und Untergrund- aber auch nicht verbotenen Organisationen, die vor allem von sich reden machen, wenn ausländische Gastarbeiter, junge Antifas, Richter oder Rechtsanwälte ermordet werden. Rechtsradikale und nationalistische Organisationen konnten sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fast ungehindert ausbreiten. Polizei und Justiz nahmen die Rechtsradikalen nicht ernst. Heute verfügen sie über eine große Zahl von Websites, organisieren Konzerte, werben für die Ausweisung aller Gastarbeiter und trainieren in Wäldern für den Nahkampf. Die führende Organisation der 1990er Jahre war die 1990 gegründete »Russische Nationale Einheit« (RNE) mit dem Führer Aleksandr Barkaschow. 168 bewaffnete Mitglieder bewachten im Oktober 1993 das Weiße Haus in Moskau, indem sich Parlamentspräsident Ruslan Chasbulatow und der abgesetzte Vizepräsident Aleksandr Ruzkoj verschanzt hatten. Ihren Einsatz für den von Jelzin aufgelösten Obersten Sowjet erklärte die RNE damit, dass man das Vaterland vor einer »Okkupation« durch »Amerika-freundliche« Kräfte retten müsse. 1994 unterstützten die »Barkaschowzi« dann allerdings den Einmarsch russischer Panzer nach Tschetschenien. 1998 hatte die Organisation angeblich 1.000 Untergruppen in 64 Regionen Russlands und nachdem sie 1999 erfolglos versucht hatte, an Wahlen teilzunehmen, kam es zu einer Spaltung. Heute tritt die RNE kaum noch in der Öffentlichkeit auf.

Mit der LDPR sitzt seit 1993 auch eine extrem rechte Partei im russischen Parlament. Schwerpunkt von Schirinowskis Auftritten sind Angriffe gegen die USA. Wohl deshalb nimmt die Bevölkerung die LDPR nicht als extrem rechts, sondern als autoritär-populistisch wahr. 2007 bekam die Partei acht Prozent der Stimmen. Schirinowski tritt für eine autoritäre Staatsführung ein und will die alten russischen Reichsgrenzen von 1917 mit Finnland, Kongress-Polen, Weißrussland und dem Ost-Teil der Ukraine wieder herstellen. Seit 2003 organisiert die LDPR in Moskau den »Weltkongress der Patrioten«, der diejenigen vereinigen soll, welche die »Globalisierung nach amerikanischen Vorbild« ablehnen. Der Kontakt zu seinen alten Bündnispartnern in Westeuropa, dem ehemaligen DVU-Chef Gerhard Frey und dem Chef der französischen Nationalisten Jean-Marie Le Pen scheint eingeschlafen zu sein.

Tschetschenienkrieg heizt Stimmungen an

Unter Wladimir Putin wuchs die Neonazi-Szene weiter. Der zweite Tschetschenienkrieg (1999 bis 2003) heizte migrantenfeindliche Stimmungen an. Der außerparlamentarische Flügel der extremen Rechten differenzierte sich politisch zunehmend aus. Alte Kader und junge Neonazis, die sich in der rechten Skinhead-Szene politisiert hatten, gründeten neue Organisationen wie die inzwischen verbotene »Slawische Union« und »Russische Art«. Hochburgen der Szene, die Experten auf 50.000 Personen schätzen, waren die Städte Moskau und St. Petersburg. Zu den Eckpfeilern der heu-

tigen Skinhead-Ideologie gehört die Grundannahme, im Kreml sitze ein vom Westen gesteuertes »Okkupations-Regime«, welches die Rohstoff-Ausbeutung Russlands organisiere. Schon die Oktoberrevolution sei eine »jüdische Verschwörung« gegen das russische Imperium gewesen. Weil das Christentum durch den Juden Jesus »besudelt« sei, orientieren sich viele russische Skinheads an vorchristlichen, heidnischen Traditionen. Zu den kleinen sektiererischen Neonaziskinhead- und religiös-nationalistischen Gruppen gesellte sich 2002 die »Bewegung gegen illegale Immigration« (DPNI). Die Organisation, welche angeblich 50.000 Mitglieder hat, versucht mit populären Aktionen gegen Händler aus dem Kaukasus in breitere Bevölkerungsschichten vorzudringen. 2006 spielte der damalige Chef der DPNI, Aleksandr Below, eine führende Rolle bei den Pogromen in der karelischen Stadt Kondopoga, bei denen 400 Kaukasier vertrieben wurden. Für die russischen Rechtsradikalen war das ein Erfolg, den sie bisher jedoch nicht wiederholen konnten. Wladimir Putin verbot in Reaktion auf die Pogrome, dass Nichtrussen auf den Märkten im Land Ware verkaufen können und der Kreml versuchte ethnische Konflikte mit Polizeikräften zu verhindern. So kommt es zwar häufig zu Massenschlägereien zwischen Russen und Kaukasiern oder Asiaten, aber eine Vertreibung von Nicht-Russen durch den Straßenmob hat es seither nicht mehr gegeben.

[1]

Foto: Jürg Vollmer

Zahl rassistischer Überfälle rückläufig

Wie das kritische Analysezentrum Sova feststellte, erreichten die rassistischen Überfälle in Russland 2007 mit 618 Verletzten und 89 Toten ihren Höhepunkt. 2009 registrierte man 333 Verletzte und 71 Tote. Der Grund für diesen Rückgang ist offenbar, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die gewalttätige, rechtsradikale Szene seit 2008 stärker ins Visier genommen haben. Bis dahin wurde ihr Treiben von der Polizei regelmäßig als »Rowdytum« heruntergespielt. Eine Wende brachten die Urteile gegen die Ryno-Bande 2008 und die Weißen Wölfe 2010, deren Mitglieder teils zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Eduard Tschuwaschow, der Moskauer Richter, der das Urteil gegen die sogenannte Ryno-Bande gesprochen hatte, wurde im April 2010 ermordet.

Neonazi-Rock vor Kreml-Mauern

Der Kreml spielt in Bezug auf die Neonazis eine zwiespältige Rolle. Zum Einen führen Präsident Medwedew und Premier Putin gerne den Antifaschismus im Mund, insbesondere, wenn Russland den Sieg über Hitler-Deutschland feiert. Dass es in Russland heute Jugendliche gibt, die Hitler verehren, gestehen beide bei Auftritten im Ausland zwar ein, doch in Russland wird das Thema totgeschwiegen. Aktionen junger Antifas sind für den Kreml störend, weshalb man sie verbieten lässt. Erstaunlich auch, dass der Kreml jedes Jahr am 4. November rechte Demonstrationen unter dem Motto »Russischer Marsch« erlaubt. Eigentlich war der 4. November von Putin 2004 als neuer russischer Feiertag eingeführt worden, mit welchem der Befreiung Moskaus von polnischen Truppen im Jahre 1612 gedacht werden und gleichzeitig Symphatien für die orangene Revolution in der Ukraine abgewehrt werden sollten. Auf den »Russischen Märschen« zeigen Neonazis den Hitler-Gruß. 2009 genehmigte die Stadtverwaltung von Moskau sogar ein Konzert der Neonazi-Band »Kolowrata« auf dem Moor-Platz, in Sichtweite des Kreml.

[2]

[3]

Dass es auch in der russisch-orthodoxen Kirche einflussreiche rechtsradikale Kreise gibt, wurde jetzt durch den Prozess gegen Juri Samodurow, den ehemaligen Direktor des Moskauer Sacharow-Zentrums und den Kunst-Kurator Andrej Jerofejew deutlich. Das Gerichtsverfahren wegen einer Ausstellung, auf der provokante kirchenkritische Kunst gezeigt wurde, war von der extrem rechten »Narodnyi Sobor« (Volkskonzil) angestrengt worden. Den beiden Kunstexperten drohten mehrere Jahre Arbeitslager. Offenbar wegen der großen internationalen Resonanz endete das Gerichtsverfahren jedoch mit Geldstrafen. ■

[1] Der Gründer und Parteichef der extrem rechten Liberaldemokratischen Partei, Wladimir Schirinowski.

[2] Aufmarsch von Anhängern der »Russischen Nationalen Einheit« (RNE) 2006 in Moskau.

[3] Der Gründer und Anführer der RNE, Aleksandr Barkaschow.

Völkische Brückenbauer

Die Russlanddeutschen, die NPD und »Eurasien«

Russlanddeutsche Aktivisten weiten ihre Aktivitäten im NPD-Umfeld aus und knüpfen Kontakte in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Geholfen hat es nicht. »Wenn wir jetzt nichts unternehmen gegen die multikulturelle Politik«, hatte der Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD in einem Aufruf im Frühjahr 2010 lamentiert, dann »verlieren wir unsere Identität, Kultur und das Ererbte von unseren Vorfahren.« »Wir müssen uns befreien von den sogenannten Demokraten«, hieß es weiter in dem Text, der vor den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen verbreitet wurde: »Aus diesen Gründen sollen alle, die das deutsche Volk und ihr Vaterland lieben, am 9. Mai 2010 in NRW NPD wählen.« Gut 600.000 Russlanddeutsche leben in Nordrhein-Westfalen, ein großer Teil von ihnen ist konservativ sowie stark völkisch orientiert – ein attraktives Wählerpotenzial, hoffte so mancher Stratege der extremen Rechten. Das Ergebnis? Mit 55.400 Zweitstimmen gegenüber rund 74.000 bei den Wahlen im Jahr 2005 verschlechterte die NRW-NPD ihr Ergebnis auf knapp 0,71 Prozent. Die erhofften Zuwächse unter den Russlanddeutschen blieben aus.

Rund dreieinhalb Jahre dauert die Kooperation zwischen den Russlanddeutschen und der NPD inzwischen an. Wahltaktische Erwägungen spielten eine wichtige Rolle, als die Partei Ende April 2007 in ihrer Berliner Zentrale dem damaligen Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt zufolge »verschiedene Deutsche« empfing, »die erst in der letzten Zeit aus Rußland ausgesiedelt wurden« und »in der Heimat ihrer Vorväter nun seßhaft werden wollen«. Sie hätten »den Wunsch« erklärt, »innerhalb der NPD einen Arbeitskreis zu bilden«. In der extremen Rechten ist das bis heute ein heißes Eisen: Können die Russlanddeutschen aufgrund ihrer Abstammung als »Arier« gelten, oder muss der gemeine Neonazi sie wegen »Blutsvermischung« mit dem Slawentum als »Ausländer« behandeln und aus seinen Rassistenorganisationen hinauswerfen? Streit darüber tobt in der Szene bis heute. Die NPD-Führung entschied sich auf der Suche nach einem größeren Wählerpotenzial – in der Bundesrepublik leben gut 2,5 Millionen Russlanddeutsche – für Kooperation. Seit dem 23. Februar 2008 unterhält die Partei daher einen »Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD«.

Kaum mehr als eine Handvoll Aktivisten treten bislang im Namen des NPD-Arbeitskreises und in seinem Umfeld auf. Neben Anatoli Ganzhorn aus Bayern und Viktor Kasper aus Niedersachsen sind das vor allem Andrej Triller und Johann Thießen, beide aus Nordrhein-Westfalen. Sie nutzen mehrere Organisationen, um unter den Russlanddeutschen für die extreme Rechte zu agitieren. Aktiv ist vor allem die Schutzgemeinschaft »Deutsche Heimat« der Deutschen aus Russland, ein Verein, der von Johann Thießen geleitet wird und in Düren nahe Aachen seinen Sitz hat. Die »Schutzgemeinschaft« führt laut eigenen Angaben »völkische Feste«, »Wanderungen, Volkstanz, Volksliedergesang« durch und kommt mit dem »Beleben und Pflegen des deutschen Volkstums«, ebenfalls laut eigenen Angaben, bei ihrem russlanddeutschen Publikum gut an. Öffentlich hat sie besonders mit Kundgebungen in Düsseldorf von sich reden gemacht, bei denen sie Korrekturen in einem Schulbuch verlangte. Gegenstand ihres Protests war eine Passage, in der ein Lehrbuch ganz zutreffend auf NS-Aktivitäten von Russlanddeutschen zur NS-Zeit verwies – eine Tatsache, die russlanddeutsche NPD'ler erstaunlicherweise als unangenehm empfinden.

Neben der »Schutzgemeinschaft« ist besonders eine Organisation mit dem Namen »Freundeskreis- Die Russlanddeutschen Konservativen« öffentlich wahrnehmbar. Der Zusammenschluss, der im oberbergischen Gummersbach seinen Sitz hat und von Andrej Triller aus Hattingen geleitet wird, unterhält die Website Volksdeutsche Stimme, auf der er über russlanddeutsche Aktivitäten in und im Umfeld der NPD informiert. Die Volks-

deutsche Stimme wirbt kräftig für die NPD, verlinkt zu diversen Spektren der extremen Rechten von der Gesellschaft für freie Publizistik bis zum Freien Widerstand Süddeutschland und mobilisiert für zahlreiche Aufmärsche, etwa für den sogenannten Antikriegstag in Dortmund. Sie bringt einige Texte auch auf Russisch, und das aus gutem Grund: »Seit einigen Jahren«, berichten die Betreiber, »pflegen wir gute Kontakte zu verschiedenen patriotischen Kreisen aus der ehemaligen UdSSR, von denen wir oft gebeten wurden, über verschiedene Ereignisse in der Nationalen Opposition in der BRD zu berichten oder politische Situationen zu kommentieren.«

Zu den Organisationen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, zu denen die Russlanddeutschen in und im Umfeld der NPD Kontakt halten, gehört »Russovet«, ein Zusammenschluss mehrerer Vereinigungen der extremen Rechten in Russland. Russovet war unter anderem im Zusammenhang mit dem sogenannten Antikriegstag 2009 in Dortmund aktiv. Im Vorfeld führte die Organisation eine Kundgebung vor der deutschen Botschaft in Moskau durch und protestierte dabei gegen polizeiliche Maßnahmen gegen die deutsche Neonaziszene. Anschließend nahmen Russovet-Vertreter persönlich am Dortmunder Aufmarsch teil. Abgesehen von wahltaktischen Erwägungen der NPD lässt dies das zweite Motiv erkennen, das den Russlanddeutschen derzeit unter deutschen Neonazis einiges Interesse verschafft: Sie sind auch wegen ihrer Sprachkenntnisse optimal geeignet, um engere Beziehungen zur extremen russischen Rechten herzustellen und zu pflegen – als Brückenbauer sozusagen. Die Beziehungen nach Russland besitzen für die extreme deutsche Rechte eine größere Bedeutung als Kontakte in die meisten anderen osteuropäischen Staaten. Oberflächlich gesehen eint die Szene in beiden Ländern unter anderem ein heftig antisemitisch aufgeladener Antiamerikanismus. Dieser besitzt in strategischer Perspektive erhebliche machtpolitische Bedeutung: Ein deutsch-russisches Bündnis, meinen nicht wenige deutsche Neonazis, besitze genügend Potenzial, um die Weltmacht USA vom Sockel zu heben. Stark en vogue ist dieses Konzept auch in Russland, wo es unter dem Label »Eurasien« inzwischen selbst in kremlnahen Kreisen diskutiert wird. Entsprechend agitiert etwa die Volksdeutsche Stimme konsequent gegen die NATO, Kriege wie denjenigen in Afghanistan inklusive.

Mit dem Ziel, ein antisemitisch-antiamerikanisches deutsch-russisches Bündnis voranzutreiben, ist denn auch im März 2007 die »Deutsch-Russische Friedensbewegung« gegründet worden, die in enger Anbindung an die NPD und unter Mitwirkung von Russlanddeutschen gegen die NATO und für die Kooperation zwischen den »eurasischen Landmächten« Deutschland und Russland wirbt. Unter den Gründern der »Friedensbewegung« befand sich unter anderem der Altnazi Herbert Schweiger, der noch in den 1940er Jahren mit der Waffen-SS durch das heutige Russland marodierte. Die Organisation trifft sich desöfteren auf dem Anwesen des NPD-Bundesvorstandsmitglieds Thorsten Heise in Fretterode. Sie hat bislang noch keine große Bedeutung; ihr politisches Anliegen, für das sie die Russlanddeutschen einspannt, gehört jedoch zu den Kernelementen außenpolitischer Strategiebildung in der extremen Rechten. ■

Brennpunkt Tostedt

[1] Der Block des »NW Tostedt« und der »Kameradschaft Buchholz« mit Stefan Silar (2. v. l.) auf einer Neonazidemonstration in Bad Nenndorf im August 2009.

»Die Samtgemeinde Tostedt bietet Lebensqualität!«. So wirbt der Bürgermeister des 13.000-Seelen-Dorfes am Rande der Lüneburger Heide auf der Website der Stadt. Doch die Realität sieht anders aus. Vor allem links eingestellte Jugendliche leben in einem permanenten Angstzustand. Sie sehen sich auf der einen Seite mit einer extrem gewaltbereiten und mitgliederstarken Neonaziszene konfrontiert, deren Anhänger in nahezu jeder subkulturellen Strömung vertreten sind. Auf der anderen Seite steht eine Zivilgesellschaft, in der Neonazis akzeptiert und integriert werden sowie staatliche Repressionsorgane, die unter dem Deckmantel der »Extremismusbekämpfung« antifaschistischen Protest kriminalisieren und das offensichtliche Neonaziproblem verschweigen.[1]

Vor allem körperliche Übergriffe auf Antifaschist_innen und deren Umfeld sind an der Tagesordnung. Der alltägliche psychische Druck zeigt sich für die Betroffenen durch Drohungen, Verfolgungsjagden und massiven Ausgrenzungsmechanismen. Kleinere Übergriffe wie Schläge oder Flaschenwürfe finden im Alltag oder am Rande von Dorf- und Schützenfesten statt. Wenn die Gewalt dann eskaliert, werden alternative Jugendliche bis zur Bewusstlosigkeit verprügelt oder brechen bewaffnete Neonazis in Häuser ein, zerstören Fenster und Türen, schlagen und treten auf Personen ein, wie es mehrfach im Frühjahr 2010 in dem Tostedter Ortsteil Wistedt sowie im Nachbarort Hollenstedt geschah. Neben dem Schock und Verletzungen wie Platzwunden und Gehirnerschütterungen erlitten einige Betroffene der Übergriffe auch langfristige Schäden, darunter ausgeschlagene Zähne, Gedächtnisverlust und Lähmungserscheinungen. Zusätzlich treffen unerwünschte oder unvermeidbare Ermittlungsverfahren durch die Repressionsorgane statt der AngreiferInnen eher die angegriffenen Antifaschist_innen.

Ideologisch sehen sich die Tostedter Neonazis in direkter Nachfolge des NSDAP-Ortsverbandes von 1929, der u.a. durch Waffenlager in der Lüneburger Heide[2] Aufsehen erregte. Die strukturellen Wurzeln der heutigen Neonaziszene finden sich allerdings in den frühen 1990er Jahren, als die aktive Zeit der heutigen Neonazigröße Stefan Silar begann. Trauriger Höhepunkt seiner damaligen Aktivität war der Totschlag von Gustav Schneeclaus[3].

Während Silars mehrjähriger Haftstrafe festigte sich die, einige Jahre zuvor entstandene, Neonazistruktur in Tostedt. Auffallend war schon damals die enorme Bereitschaft zur Brutalität. So wurden laut Augenzeugenberichten politische Gegner_innen mit Messern und scharfen Schusswaffen verfolgt. Zeitgleich sorgten die Neonazis für nachhaltige Strukturen, in denen Stefan Silar gleich nach seiner Haftentlassung aufgefangen wurde und innerhalb derer er sich vom unorganisierten »Bonehead« zum Neonazikader mit Bedeutung für die gesamte norddeutsche Szene entwickelte. Unter anderem wurde er eine Führungsfigur der »Blood & Honour Sektion Nordmark« und war damit an der Organisation zahlreicher Rechtsrockkonzerte überregional beteiligt. Nach dem Verbot des Netzwerkes im Jahr 2000 galt er als Mitbegründer der Nachfolgeorganisation »Saalschutz Nordmark«, eine Gruppierung, die auf »Honour & Pride«-Veranstaltungen und Konzerten von rechten Bands wie »Kategorie C« als Security auftritt. Des Weiteren eröffnete er 2005 im Ortsteil Todtglüsingen den Neonaziladen »Streetwear Tostedt«, mit dem er für Neonazistrukturen aus dem gesamten Umland einen Anlauf- und Vernetzungspunkt geschaffen hat. Durch Spendenaktionen finanziert er bundesweite Neonaziaktivitäten. So vertrieb er über seine Internetversände[4] u.a. Soli-T-Shirts für die Neonazikneipe »Club 88« in Neumünster und den geplanten Aufmarsch zum 1. Mai

1| So behauptete der Polizeipräsident Uwe Lehne, bis der öffentliche Druck zu groß wurde, in Tostedt gebe es kein Neonaziproblem, denn »Tostedt ist bunt und braun ist auch eine Farbe«.

2| Buchholz – die verschwiegenen 20 Jahre, S.11

3| 1992 wegen einer Diskussion über Adolf Hitler

4| »Streetwear Tostedt« und »Nordic Flame«

5| u.a. in der Tostedter Schützenhalle 2001 nach dem Verbot von B&H (Ian Stuart Memorial)

6| u.a. mit Thorsten Heise als Referent 2008

[2] Die Polizei bewacht den Neonaziladen »Streetwear Tostedt« in der Niedersachsenstraße am 1. Mai 2009.

2009 in Hannover. Für die neonazistische Jugendarbeit in Tostedt stellt der Laden die wichtigste Plattform dar und sorgte seit der Eröffnung für viel Nachwuchs. Gezielt werden Rabattflyer verteilt und junge Menschen auf der Straße angesprochen, um sie in den Laden zu locken. Auch Fahrten zu Veranstaltungen werden teilweise zentral über »Streetwear Tostedt« organisiert.

Neben der überregionalen Vernetzung mit Kameradschaften wie den »Snevern Jungs« oder »Celle 73« haben die aktiven Neonazis der 1990er Jahre mittlerweile eine mitgliederstarke Untergrundkameradschaft »Gladiator Germania« etabliert, deren Aktionsradius sich allerdings auf die Region beschränkt. Die Gruppe fungiert als Sammelbecken für alle möglichen Neonazis, zeitweilig gab es sogar einen Ableger unter demselben Namen im sächsischen Schildau.

Des Weiteren zählt Sebastian Stöber zu den wichtigsten Köpfen der Struktur. Neben seiner NPD-Kandidatur für die Bundestagswahl 2009 erwarb er im Juli 2010 eine Immobilie im Alten Land bei Stade. Das ehemalige Gasthaus soll der zukünftige Clubraum des Rockerchapters »Gremium MC Stade« werden, in dem Stöber eine zentrale Rolle zugeschrieben wird. Da er wiederholt als Anmelder für Rechtsrockkonzerte[5] in Erscheinung trat, könnte die »Symphonie« auch als Konzertraum genutzt werden.

Doch nicht alle »Gladiatoren« sind ideologisch so gefestigt wie die Gründer. Hauptsächlich definiert sich die Gruppierung über rechten Lifestyle. Durch das breite Spektrum der Mitglieder und deren Verteilung auf nahezu alle öffentlichen Bereiche gibt es einen enorm großen Dunstkreis an SympathisantInnen. Viele der Randfiguren von »Gladiator Germania« zeigen allerdings nur sporadisch politisches Engagement. Einigen Nachwuchs-»Gladiatoren« reichte das nicht aus. Immer öfter traten sie auf überregionalen Neonazi-Veranstaltungen in Erscheinung. In Dresden und Bad Nenndorf versuchten sie mit eigenen Transparenten und in Begleitung vernetzter Gruppen wie der »Kameradschaft Buchholz« sogar einen geschlossenen Block zu formieren.

Mittlerweile tritt diese Splittergruppe unter dem Namen »Nationaler Widerstand Tostedt« in Erscheinung. Trotz ihres jungen Alters werden die Mitglieder als gewaltbereite Schläger wahrgenommen. Sie sind nicht nur für zahlreiche alltägliche Übergriffe, Drohungen und Hetzjagden verantwortlich, sondern beteiligen sich maßgeblich an der Planung und Durchführung von fast allen Aktionen. Die Mitglieder des »NW Tostedt« begreifen sich als moderne »Autonome Nationalisten«. Sie versuchen sich am Skateboarding und an Graffitis, machen Lärm mit ihrer eigenen Kellerband und betreiben Internetpropaganda über zahlreiche Blogs und »YouTube«-Accounts. Neben Veranstaltungen der »Nationalrevolutionäre« der »AG Delmenhorst« beteiligen sie sich aber nach wie vor auch an traditionellen völkischen Veranstaltungen, geschichtsrevisionistischen Großevents und Kaderschulungen[6].

Die erstaunlich große Neonaziszene ist fester Bestandteil der Tostedter Gesellschaft. Das Problem ist »hausgemacht«. Mitte der 1990er Jahre gab es das Projekt der »akzeptierenden Jugendarbeit«. Anstatt neonazistische Ideologie zu bekämpfen, wurden jungen Neonazis durch die Samtgemeindeverwaltung strukturelle Hilfe, finanzielle Mittel und Räume zur Verfügung gestellt, über die sie sich organisieren und vernetzen konnten. Gleichzeitig wurde jungen Antifaschist_innen und nicht rechten Jugendlichen ihr Treffpunkt genommen, indem das örtliche Jugendzentrum zeitweilig geschlossen wurde. Diese politische Linie zieht sich wie ein roter Faden durch die letzten Jahrzehnte und erschwert bis heute die Bekämpfung der Tostedter Zustände. ■

Literaturtipp:

Norddeutsche Antifagruppen (Hg.): Rosen auf den Weg gestreut ... Kritik an der »akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen«, 5 Auflage, Hamburg 2001 Über: rat-reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46 20357 Hamburg

Mehr Infos unter:

http://krautdetection.blogsport.de

»free-gender«

Die Neonazi-Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen«

Eine neuartige Kampagne der parteifreien neonazistischen Rechten, die explizit gender bzw. Geschlechterverhältnisse und Sexualität zum Thema hat, ist die im Mai 2009 gegründete Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen!«. Auf den ersten Blick reihen sich deren Inhalte in die weitverbreiteten aktuellen Diskurse ein, die vermitteln, dass es jetzt auch mal gut sei mit der Emanzipation und der Gleichstellung. Auf den zweiten Blick wird neben dem sexistischen und homophoben Gehalt der Kampagne auch der neonazistische Hintergrund der Initiative offenbar.

Von Eike Sanders (apabiz)

Im Juli 2009 wurde ein Radiogespräch online gestellt, in dessen Einleitung es heißt: »Im Gespräch mit Peter und Martin berichtet Katharina von der Initiative ›Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen‹, über die Motive der Genderforschung und darüber, was sich hinter dem Begriff ›Gendermainstreaming‹ verbirgt.« Gendermainstreaming ist zum weit verbreiteten Feindbild in der konservativen[1] und auch extremen Rechten geworden. Inhaltlich werden dabei immer seltener diverse Schlagwörter aus der Geschlechterforschung und der Gleichstellungspolitik als das verhandelt, was sie sind. Kunstwörter wie »Genderismus« oder »Zwangs-Genderisierung« (beide Eva Herman) kursieren. Viele haben einen verschwörerischen Unterton, der suggeriert, dass sowohl die Forschung als auch die gleichstellungspolitischen Maßnahmen in Wirklichkeit Teil eines ganzen, meist heimlich von linksradikalen Feministinnen implementierten, tiefgreifenden politischen Programmes seien: »Es will nicht weniger als den neuen Menschen schaffen, und zwar durch die Zerstörung der ›traditionellen Geschlechtsrollen‹«, so schon die Frankfurter Allgemeine Zeitung 2006.

Vom Mädelring Thüringen zu free-gender

Parallel zum gesellschaftlich erstarkenden antifeministischen backlash, der die Gleichberechtigung vollbracht sieht und weitere emanzipatorische und feministische Bestrebungen als Bedrohung der Männlichkeit verdammt, hat sich auch in der extremen Rechten das Feindbild der »Emanzen« und der »politischen Geschlechtsumwandlung« gefestigt. Die Initiative »Raus aus den Köpfen – Genderterror abschaffen!« ist in dieser Form dennoch einmalig. Sie ist den Strukturen des 2004 entstandenen, aber inzwischen inaktiven Mädelring Thüringen (MRT) zuzurechnen, welchem antifaschistische, feministische Analysen als einziger Frauenorganisation das Ziel eines »nationalen Feminismus« zuordneten. So wollte der MRT anfangs noch »eine übertriebene Stilisierung der Mutterrolle vermeiden.«[2] Das Postfach in Saalfeld ist identisch und inzwischen zeichnet für »free-gender« die Mittzwanzigerin Mareike (»Rieke«) Bielefeld verantwortlich, die vorher »Medienbeauftragte« bzw. führendes Mitglied des MRT gewesen sein soll. Als Adresse ist im Impressum der Internetseite das Neonazi-Zentrum »Braunes Haus« in Jena angegeben. Während sich der Mädelring als parteifern gerierte und sich mit der Forderung »Deutsche Frauen wehrt euch – gegen das Patriarchat und politische Unmündigkeit« angesichts der männerbündischen und sexistischen Strukturen innerhalb der extremen Rechten ziemlich weit aus dem Fenster lehnte, ist »free-gender« zwar hauptsächlich im Spektrum der »Freien Kräfte« und der «Autonomen Nationalisten« aktiv,[3] doch sind hier keine Spuren von Kritik an der eigenen Szene mehr zu finden. Hauptinhalte

1| So maßgeblich Volker Zastrow in der FAZ v. 19.06.2006, der Gendermainstreaming als »politische Geschlechtsumwandlung« umdeutete und seither als Stichwortgeber sämtlicher Kritiker_innen herhält.

2| Zitiert am 29.09.2007 von Mädelring Thüringen auf www.feministinnen.de/viewtopic.php?f=1&t=521; zuletzt am 24.2.2010.

3| Nach eigenen Angaben: 16.05.2009 in Thüringen; 11.06.2009 im Altenburger Land; 11.07.2009 als »Team Pink« auf dem »Rock für Deutschland« in Gera; 11.11.2009 in Magdeburg, auf dem Thüringen Tag in Pößneck am 12.06.2010

[1] Mareike »Rieke« Bielefeld am Infotisch von »free-gender« am 13. Juni 2009 beim »Tag der nationalen Jugend« in Arnstadt.

sind aus der Presse aufgegriffene Meldungen und Artikel, die sich im weitesten Sinne mit den Themen gender, Geschlechterrollen, Familie und »Volkstod« beschäftigen. Sie werden auf der insgesamt eher simplen Seite meist zynisch bis skandalisierend kommentiert.

»Wahrer Feminismus« war gestern

Die einstigen Protagonistinnen des MRT lehnen heute »Emanzipation« durchweg ab, das Patriarchat gibt es in ihren Analysen nicht mehr: »Viele Frauen und Familien habt IHR (Feministinnen, E.S.) in den Abgrund getrieben, mit EUREM hanebüchen Auswurf ›Mein Bauch gehört mir‹ und dem dazugehörigen Selbstverwirklichungswahnsinn!«, schreibt eine Autorin, die sich zynisch »eine wahre Feministin« nennt.[4] »admin« kommentiert: »Nun, Feminismus ist nicht gleich Feminismus! [...] Es gibt unzählige Richtungen des Feminismus. Der, der wirklich Menschheitszersetzend wirkt, ist unteranderem der Radikalfeminismus, dem auch Alice Schwarzer angehört. Der Ursprung der Frauenbewegung war sinnvoll und notwendig und hatte nichts mit der ›Entwaffnung‹ des Mannes bzw. die komplette Identitätszerstörung eines Geschlechts zu tun.«[5] Welcher Feminismus nun aber richtig sei oder war, bleibt unbeantwortet, lediglich am »linksradikalen«, »volkszersetzenden« Feminismus wird sich abgearbeitet. »Zu allererst ist dazu zu sagen, dass Gleichberechtigung natürlich etwas sehr erstrebenswertes ist.«, sagt »Katharina« von free-gender im Radio-Interview. Im nächsten Schritt prangert sie an, dass »diese ganzen Tausenden Mädchen und jungen Frauen davon abgehalten werden sollen, typisch [...] weibliche Berufe zu erlernen, weil man eben der Ansicht ist, dass es [...] für eine wahre Gleichberechtigung wichtig ist, dass Frauen auch männliche Berufe erlernen.« Dabei sieht sie »Interessen, Eigenschaften, Talente und Charaktereigenschaften von Männern und Frauen« als »genetisch festgelegt«.[6] Bei free-gender gibt es ungerechte Geschlechterverhältnisse nur noch dort, wo Männer die Opfer sind: »Das Ergebnis dieser haarsträubenden gesellschaftlichen Entwicklung sieht man an fast jeder Ecke, verweichlichte Jungen und Männer.«[7] Wenngleich die Initiative noch relativ jung ist, so stößt sie dennoch auf Resonanz in der neonazistischen Szene. »free-gender« füllt eine Lücke in der extremen Rechten, die die Konzeptlosigkeit der »Autonomen Nationalisten« und die Realitätsferne alter Nazis bislang freigelassen hatten. Bei den »AN« waren Genderkonstruktionen lediglich im Subtext ihrer Propaganda zu finden, die Praxis des jugendkulturellen »anything goes« erlaubte auch eine Teilhabe von Frauen am »soldatischen« Straßenkampf. Die fortschreitende Selbstdisziplinierung der Szene erfolgt nun in Bezug auf gender durch einen inhaltlichen Rückgriff auf völkische Geschlechterrollenbilder: sozusagen ein »antifeministischer backlash« im Neonazismus. Familie wird selbst beim jugendkulturell geprägten Teil der Szene zum Thema, das alle angeht. Abtreibung ist nicht mehr eine persönliche Entscheidung, sondern eine Straftat am deutschen Volke, Sexualaufklärung wird zur »genderschen« Frühsexualisierung und immer wieder wird die Bedrohung der Männlichkeit – aber auch der durch Mutterschaft defininierten Weiblichkeit – durch »das System« heraufbeschworen. In diesem Sinne reiht sich die Beschäftigung mit gender in den systemoppositionellen Habitus. Gendermainstreaming wird als politisches Werkzeug der BRD verdammt und das Beharren auf traditionelle Geschlechterrollen zur revolutionären Tat: »Ohne die Demontage der Rollenbilder werden die Verfechter der Gender Theorie nie zu ihrem Ziel, die Schaffung eines neuen, noch stärker manipulierbaren, Menschentypus gelangen.«[8] Dass aber auch »alte Mädel« wie die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel (vgl. AIB #70) es sich nicht nehmen lassen, auf den Zug aufzuspringen, zeigen die aktuellen Ausgaben von Blättern wie »Stimme des Reiches« oder »HNG-Nachrichten«. Allerdings zieht Haverbeck eine Schlussfolgerung, die jungen Neonazis und vor allem spaßorientierten »ANs« wenig schmecken dürfte, nämlich »daß zivilisierte Kulturen sich dadurch auszeichnen, daß sie neben der vorehelichen Keuschheit auch auf absoluter Monogamie bestehen. [...] Die Begrenzung der sexuellen Triebbefriedigung muß als die Ursache des kulturellen Fortschritts betrachtet werden.« ■

4| www.free-gender.de/feminismus/alice-halts-maul-%E2%80%93-die-kleine-abrechnung/#more-326: »Alice halt's Maul » – Die kleine Abrechnung, erstellt von Eine wahre Feministin am Montag 27. Juli 2009

5| ebd.

6| Radiogespräch zwischen free-gender (»Katharina«) und spreelichter.info (»Peter« und »Martin«) abgelegt auf: www.spreelichter.info/medien/164/slr01_gendermainstreaming.mp3; zuletzt eingesehen am 1. November 2009; Transkription durch Eike Sanders (apabiz)
»admin« auf: www.free-gender.de/masnahmen/manner-an-die-kindergarten-front/#more-1093

7| ebd.

8| Sie zitiert hier zustimmend den englischen Anthropologen J.D. Unwin (»sex and culture«, 1934, S. 317)

1.000 Kreuze für das Leben?

Christlich-fundamentalistische Aufmärsche und der Protest dagegen

Christlich-fundamentalistische Organisationen führen regelmäßig in mehreren deutschen Städten so genannte »Märsche für das Leben« durch (vgl. AIB #85). Nach eigener Aussage wollen sie so den »Opfern« von Schwangerschaftsabbrüchen in der BRD gedenken. Ihre antifeministischen Inhalte erweisen sich dabei immer wieder als anschlussfähig an völkisches und anderes regressives Gedankengut.

Autonome Neuköllner Antifa (ANA) – Teil des Berliner Bündnisses »1000 Kreuze in die Spree«

Die 2007 gegründete Organisation »EuroProLife« veranstaltete im Jahr 2010 bereits »1000 Kreuze Prozessionen« in Münster, Fulda und Salzburg und kündigt auf ihrer Homepage noch weitere Aufmärsche in München und Berlin an. Der Münchener Dachverband europäischer »Lebensschutzgruppen« gibt an, mit den Märschen die »Kultur des Todes« überwinden zu wollen. Dieses Vorhaben, das Schwangerschaftsabbrüche als unmenschlich und unmoralisch stigmatisiert, wird demografisch begründet. Deutschland werde nur eine Zukunft haben, wenn es gelänge, eine »Kultur des Lebens« aufzubauen. Unter dem Vorwand einer vermeintlichen »Verwundung« der Mütter in Folge eines Schwangerschaftsabbruches, sollen diese ganz im Sinne der »christlichen Werte« wieder ihrer vermeintlichen Bestimmung zugeführt werden, dem Gebären und Aufziehen von Kindern. Für die »Lebensschützer« steht fest: Bei Schwangerschaftsabbrüchen handelt es sich unabhängig von der Situation der Mutter und den Umständen der Zeugung, zweifelsfrei um »Mord«. Die Inszenierung ihrer Aufmärsche ist stets dieselbe, schwarz gekleidete Teilnehmer_innen ziehen mit 1000 weißen Holzkreuzen schweigend durch die Straßen.

Der Berliner »Bundesverband Lebensrecht« wirbt auf dem offiziellen Einladungsplakat für den am 18. September 2010 in Berlin geplanten »1000 Kreuze-Marsch« u.a. mit dem Slogan »[...] für ein Europa ohne Abtreibung und Euthanasie«. Eine bewusste Verwendung der Bezeichnung für den nationalsozialistischen Mord an Menschen mit Behinderung im Zusammenhang mit Schwangerschaftsabbrüchen dürfte kein Zufall sein. Auch sonst hat die Organisation im Umgang mit rechtskonservativen Akteur_innen offenbar kaum Berührungsängste. Der Bundesvorsitzende des Verbandes, Martin Lohmann, gehört zu den Erstunterzeichnern des »Manifestes gegen den Linkstrend«. Es handelt sich dabei um eine Petition, initiiert aus dem Graubereich zwischen rechtem CDU-Flügel und der »Neuen Rechten.« In ihr wird, neben der Forderung nach einem »konsequenten Lebensschutz«, unter anderem auch gegen »Geschlechterumerziehung« und die »Gefahr der Islamisierung« gewettert. Zu den weiteren Erstunterzeichnern gehören Professor Dr. Klaus Hornung, ehemaliger Präsident des rechtskonservativen Studienzentrums Weikersheim und Kolumnist der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« sowie der Politiker Rene Stadtkewitz, dem wegen seinem Engagement für die rechtspopulistische Bürgerbewegung Pax Europa nach dem Partei- auch der Ausschluss aus der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus droht. Unterzeichnerin ist auch die Vorsitzende der Stiftung »Ja zum Leben«, die Unterstützerin des Berliner »1000 Kreuze Aufmarsches« ist. Wenig überraschend also, dass an den Märschen, wie 2008 in München, auch waschechte Neonazis unbehelligt teilnehmen konnten.[1] Jene Zustände zum Gegenstand einer radikalen feministischen Kritik zu machen, haben sich zwei Bündnisse in Berlin und Münster zur Aufgabe gemacht. Sie prangern Heterosexismus, Rassismus, Holocaustrelativierung und Zwangskollektivierung in der Ideologie der »Lebensschützer« wie der Gesellschaft allgemein an und fordern ein uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht, insbesondere von Frauen über ihren Körper ohne jegliche Be-

vormundung. Daneben fordern sie die Streichung der Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor kriminalisierenden Paragrafen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch.[2] Sie setzen sich darüber hinaus für eine Gesellschaft ein, in der Frauen bei einem Schwangerschaftsabbruch weder gesundheitliche, rechtliche noch ökonomische Nachteile in Kauf nehmen müssen oder moralisch stigmatisiert werden, noch sich etwa bei einer wahrscheinlichen Behinderung des geborenen Kindes, einer moralischen »Verpflichtung« zu einem Schwangerschaftsabbruch ausgesetzt sehen. Sie stehen ein für eine Gesellschaft, in der eine Behinderung weder ein Problem noch ein Defizit darstellt und alle Individuen ihre sexuellen und reproduktiven Rechte, unter Einhaltung der Freiheiten Anderer, verwirklichen können.[3] Die in den Bündnissen vertretenen Gruppen tragen ihre Kritik auch praktisch auf die Straße und organisieren Proteste gegen die alljährlichen reaktionären Aufmärsche. Im vergangenen Jahr wurden in Berlin bereits im Vorfeld des Umzugs Infoveranstaltungen und Flugblattaktionen durchgeführt. Am Tag selbst störten mehr als 500 Menschen die Auftaktkundgebung der »Lebensschützer« durch das Schwenken von Dildos und Regenbogenfahnen vor der Bühne, das Betätigen von diversen akustischen Scherzartikeln und lautstarkes Skandieren von feministischen und antisexistischen Parolen. Der Marsch wurde nach dem Start von einem bunten Wanderkessel aus Gegendemonstrant_innen umgeben, die mit entsprechenden Gesängen und Transparenten ihre Ablehnung des reaktionären Aufmarsches zum Ausdruck brachten und die Teilnehmer_innen zudem großzügig mit Konfetti und Kondomen bedachten. An einer Brücke über die Spree gelang es, den Marsch zeitweise zu blockieren. Nachdem die Blockierer_innen von der Polizei abgedrängt worden waren und der Marsch sich wieder in Bewegung setzte, nutzte etwa ein Dutzend der Mitlaufenden die Gelegenheit, sich aus dem »Trauermarsch« zu lösen und sich ihrer Kreuze symbolisch in der Spree zu entledigen. Auch in Münster konnten die Fundamentalist_innen ihren »Schweigemarsch« 2009 nicht mehr ungestört durchführen. Nachdem Aktivist_innen bereits den Auftaktgottesdienst erfolgreich mit Flyern, Kondomen und Konfetti gestört hatten, konnte der »1000 Kreuze Marsch« direkt am Auftaktort für etwa zwei Stunden blockiert werden. Schließlich drängte die Polizei die ca. 120 Blockierer_innen ab, kesselte diese ein und nahm ihre Personalien auf. Trotz des repressiven Einschreitens der Polizei, wurde der Marsch auch im weiteren Verlauf von Gegendemonstrant_innen begleitet, denen es beispielsweise gelang, sich mit einem eigenen Transparent an die Spitze des Zuges zu setzen. Trotz der massiven Kriminalisierung der Proteste, so wurden zahlreiche Aktivist_innen im Nachgang mit Strafbefehlen und Prozessen überzogen, organisierte das Münsteraner Bündnis auch im März dieses Jahres wieder Proteste, an denen etwa 200 Demonstrant_innen teilnahmen. Das Berliner Bündnis »1000 Kreuze in die Spree« hat bereits angekündigt, auch am 18. September 2010 den christlichen Fundamentalist_innen und ihren antifeministischen und antiemanzipatorischen Inhalten nicht die Straße zu überlassen. Geplant sind zwei Protest-Kundgebungen am Anfangs- und am Endpunkt des fundamentalistischen Marsches. ■

1| Vgl.; http://npd-blog.info/?p=2109; http://www.tz-online.de/aktuelles/muenchen/neonazis-marschieren-mit-abtreibungsgegnern-95971.html

2| Vgl. http://gegen1000kreuze.blogsport.de/2010/03/07/13-03-naechster-1000-kreuze-marsch/#more-22

3| Vgl. Aufruf des Bündnisses »1000 Kreuze in die Spree« 2010 (bald zu finden unter http://no218nofundis.wordpress.com

Weitere Informationen:

Berlin: no218nofundis.wordpress.com

Münster: gegen1000Kreuze.blogsport.de

Normalitäten durchbrechen!

Die Arbeit der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

Seit 2002 befasst sich KOP berlinweit mit dem Thema rassistisch motivierter Polizeigewalt. Die Arbeit der Kampagne wird hier vorgestellt.

Vom autor_innenkollektiv de[X]oppression
(Die Autor_innen sind bei KOP aktiv)

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt

Bahnhof Berlin Alexanderplatz im Februar 2006: zwei Polizeibeamt_innen kommen auf einen jungen Mann zu, um eine Personenkontrolle durchzuführen. Der Umstand, dass er seine Papiere nicht bei sich hat, veranlasst die Beamt_innen ihm Hand- und Fußfesseln anzulegen. Derart gefesselt beleidigen die Polizist_innen ihn rassistisch und schlagen so massiv auf ihn ein, dass er ohnmächtig wird und ein Krankenwagen gerufen werden muss. Der junge Mann hat einen Laptop bei sich, den die Polizist_innen ohne Rechtfertigung durchsuchen. Zu privaten Fotos machen sie anzügliche Kommentare. Der Betroffene stellt gegen die beteiligten Beamt_innen Strafanzeige. Die Ermittlungen werden wegen fehlender Beweise eingestellt. Nicht eingestellt wird die Gegenanzeige der Polizeibeamt_innen gegen den jungen Mann wegen Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Er wird zu einer Geldstrafe verurteilt.

Dieser rassistische Polizeiübergriff wurde von der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP) in ihrer Chronik dokumentiert. Als rassistische Motivation wird hier die Hautfarbe und unterstellte Herkunft benannt. KOP wurde 2002 durch die Beratungsstelle für Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt ReachOut, das Antidiskriminierungsbüro (ADB e.V.), den Ermittlungsausschuss (EA) und das Netzwerk Selbsthilfe e.V. gegründet. Durch die Arbeit der Kampagne soll der Ohnmachtssituation eines Angriffs praktische Solidarität mit den Betroffenen entgegen gesetzt werden. Um diese zu erreichen, stellen sich die Aktivist_innen parteiisch an die Seite der Angegriffenen und unterstützen sie bei den möglichen weiteren Schritten, die die jeweiligen Betroffenen gehen wollen. Darüber hinaus will KOP Öffentlichkeit und Bewusstsein schaffen für ein Problem, das kaum in Politik, Medien und Alltag der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen wird. Um Mechanismen nach dem Motto »Kann ich's nicht sehen, ist's auch nicht passiert!« anzugreifen, dokumentiert KOP alle ihnen in Berlin bekannt gewordenen Fälle von rassistischer Polizeigewalt. Diese Chronik umfasst mittlerweile 70 Berichte. Nach Angaben von KOP kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sie nur von einem kleinen Teil der Betroffenen erfahren, weil viele der Angegriffenen mit nur wenig Beschwerdemacht ausgestattet sind.[1]

Aus den dokumentierten Berichten lassen sich bei genauerer Untersuchung einige Muster ableiten. Es zeigt sich, dass Angriffe schwerpunktmäßig an Bahnhöfen und in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg erfolgen. Außerdem sind die Betroffen zu einem Großteil (80%) Männer[2], während die Altersspanne mit 14 bis 70 Jahren sehr weit auseinandergeht. Zwar fragt KOP die Betroffenen nicht nach dem Aufenthaltsstatus, jedoch ergibt sich nach Datenlage der Betroffenen, die diese angeben, dass alle Aufenthaltsstatus vertreten sind. Unabhängig von dem Status einer Duldung, eines laufenden Asylverfahrens, vorübergehender bis dauerhafter Aufenthaltserlaubnis oder der deutschen Staatsangehörigkeit, werden Menschen Opfer rassistischer Polizeigewalt.

Hilfe und Unterstützung

Den Betroffenen, Angehörigen, Freund_innen und/oder Zeug_innen rassistischer Polizeigewalt kann durch ein breites Netzwerk der Kampagne kostenlose Beratung und psychologische Unterstützung angeboten werden. Wie in oben beschriebenem Fall sehen sich auch andere Betroffene rassistischer Polizeigewalt mit Anzeigen wegen Beleidigung und/oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte konfrontiert. Auf diesem Weg versuchen die Beamt_innen ihre gewalttätigen Einsätze zu rechtfertigen und somit nachträglich

zu legitimieren. Motiviert durch die oftmals fehlende Unterstützung der Angegriffenen hat KOP einen Rechtshilfefond gegründet, der es den Betroffenen ermöglicht, sich auf juristischem Weg zu wehren, auch und vor allem dann, wenn gegen sie Verfahren geführt werden. Dem geht die Überlegung voraus, dass eine fehlende juristische Auseinandersetzung nicht nur den Rechtsbruch zementiert, sondern auch der Bildung einer starken Lobby für die Betroffenen rassistischer Polizeigewalt entgegen steht. Schließlich führt der (Irr-)glaube an die Systematik der Nicht-Verurteilung zu der allgemein weit verbreiteten These der Mitschuld oder gar der Alleinschuld der Betroffenen an dem ihnen entstandenen Unrecht. Durch die Unterstützungsarbeit sollen die Formen der systematischen Verschleierung der rassistisch-motivierten Gewalt seitens des Polizei- und Justizapparats durch Anzeigen gegen die Betroffenen, Einstellungen von Ermittlungsverfahren gegen Polizist_innen und Nicht-Verurteilung der Täter_innen aufgedeckt werden. Damit die Betroffenen vor Gericht nicht alleine denen gegenüber stehen müssen, die sie angegriffen haben, organisiert KOP die Begleitung und Beobachtung von Prozessen.

KOP möchte das Thema rassistische Polizeigewalt auf die Agenda setzten. Um das zu erreichen, organisiert die Kampagne öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und beteiligt sich an Bündnisarbeit.

KOP kämpft somit an der Seite der Betroffenen auf der juristischen, politischen und medialen Ebene für das Sichtbarmachen des scheinbar Unsichtbaren: dem strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei. Verfügt der Apparat doch aufgrund seiner Rolle als Exekutive über einen beinahe unbegrenzten Zugriff zur Macht, was massive Folgen für Betroffene hat. Menschen, die durch rassistische Stereotype im polizeilichen Interesse stehen, erleben die immer gleichen Szenarien: unbegründete Passkontrollen, Aggressionen der Beamt_innen, rassistische Beschimpfungen und Beleidigungen, gewaltsame Festnahmen und Misshandlungen sowie anschließende Anzeigen wegen Beleidigung und/ oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Für die Betroffenen ist die rassistische Behandlung oft schon zu trauriger Gewohnheit geworden, denn rassistische Polizeigewalt ist kein bedauerlicher Einzelfall.

Diese Legende der bedauerlichen Einzelfälle wird insbesondere von politisch Verantwortlichen ständig reproduziert, indem einzelne Ausnahmepolizist_innen für einen Fehltritt verantwortlich gemacht werden. Der strukturell rassistische Aspekt polizeilichen Handelns wird vehement abgestritten. Dabei ist das Auftreten der Täter_innen in Uniform nicht (allein) die Folge von individuellem Rassismus, sondern es erfolgt (auch) auf der Grundlage von Gesetzen und Verordnungen, die aus rassistischem Wissen und Handeln resultieren und dieses macht- und wirkungsvoll verfestigen. Verdachtsunabhängige Kontrollen, Schleierfahndung, Anti-Terrorgesetzgebung und Residenzpflicht sind nur einige Beispiele, die die strukturellen Voraussetzungen für rassistische Polizeigewalt zeigen. Den zur Normalität gewordenen und auch in politisch-linken Kreisen häufig vernachlässigten Zustand des Rassismus in der Polizei will KOP durchbrechen. ■

1| Zu Beschwerdemacht vgl. Herrnkind, Martin (2003): Möglichkeiten und Grenzen polizeilicher Binnenkontrolle. Eine Perspektive der Bürgerrechtsbewegung. In: Herrnkind, Martin / Scheerer, Sebastian (Hrsg.): Die Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz: Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle. Hamburger Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik, Band 31; S. 149f.

2| Hierbei handelt es sich um biologisch definierte Männer.

www.kop-berlin.de
info@kop-berlin.de

Spenden: Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Stichwort 'Rechtshilfefonds'
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 302 98 04

Tödliche Schüsse

Der Tod von Dennis J. wirft ein Licht auf strukturelle Probleme

Solikreis »Dennis«
nojusticenopeace.blogsport.de

In der Silvesternacht 2008 wurde der wegen mehrerer offener Haftbefehle gesuchte 26jährige Berliner Dennis J. im brandenburgischen Schönfließ vom Berliner LKA-Polizisten Reinhard R. erschossen. Nach einem Hinweis zu dessen Aufenthaltsort fuhr R. mit seinen Kollegen B. und S. nach Schönfließ, um dort die Festnahme durchzuführen. Doch was genau in den folgenden 30 Sekunden geschah, bleibt aufgrund widersprüchlicher Zeug_innenaussagen bis heute unklar. Fakt ist jedoch, dass der unbewaffnete Dennis J. von acht Schüssen aus der Dienstwaffe von Reinhard R. getroffen wurde. Dabei war schon der erste – ein Lungenschuss aus maximal eineinhalb Metern Entfernung – tödlich.

Zur Beerdigung im Januar 2009 kamen über 300 Menschen. Nach der Trauerfeier zogen viele von ihnen zum Sitz des Polizeipräsidenten und forderten eine ordentliche Aufklärung der Todesumstände. An der nächsten Demonstration nahmen auch linke Aktivist_innen teil, die in den folgenden Monaten die Familie und Freund_innen von Dennis J. bei der Organisation von Kundgebungen, Demonstrationen, Prozessbegleitungen und Infoveranstaltungen unterstützten. Ziel dabei war es, die Unzulänglichkeiten und Pannen der polizeilichen Ermittlung aufzuzeigen, die alltägliche Polizeigewalt zu thematisieren und auf den Interessenkonflikt und dessen Folgen aufmerksam zu machen, welcher entsteht, wenn Polizisten gegen Kollegen ermitteln sollen.

Der Prozess

Der Prozess begann im Mai 2010 vor dem Landgericht Neuruppin. Der Hauptangeklagte R. wurde wegen Totschlags und seine Kollegen S. und B. wegen Strafvereitelung im Amt angeklagt. Die Familie war durch vier Nebenkläger_innen und deren Anwält_innen vertreten. Schon am ersten Prozesstag reichten die Plätze im Gericht nicht für alle Prozessbeobachter_innen aus, Familie, Freundeskreis und zahlreiche solidarische Menschen füllten bis zum letzten Verhandlungstag den Zuschauerraum des Gerichtssaals. Auch das Medieninteresse war enorm.

Zum Prozessbeginn verlasen alle drei Angeklagten eine Erklärung, in der sie den Tod von Dennis J. zwar bedauerten, insgesamt aber ihre Notwehrtheorie bekräftigten. Die Mitangeklagten S. und B. gaben an, aufgrund von Silvesterknallern keine Schüsse wahrgenommen zu haben und deshalb zum Tathergang keine Angaben machen zu können. Dies stellte sich jedoch im Laufe des Prozesses aufgrund gegenteiliger Zeug_innenaussagen als haltlos heraus. Die Notwehrtheorie der Angeklagten basierte zudem auf der Aussage, dass Dennis J. mit dem Auto, in dem er erschossen wurde, fliehen wollte und dabei den Polizisten S. angefahren habe. Mehrere Zeug_innen bestätigten jedoch, dass das Fahrzeug bei der Abgabe des ersten Schusses noch gestanden habe.

Auffällig waren auch die Ermittlungspannen, die während des Prozesses aufgedeckt wurden, sich aber bei vergleichbaren Verfahren gegen Polizisten häufig als Regel erweisen. So wurde für ein »unabhängiges« Gutachten des Gerichts derselbe Gutachter befragt, welcher zuvor bereits von der Verteidigung zum selben Thema beauftragt worden war. Auch saßen die drei Polizisten vor der Befragung stundenlang unbeaufsichtigt in einem Raum, genug Zeit also, ihre Aussagen so abzustimmen, dass sie sich gegenseitig entlasteten.

Die Urteilsverkündung erfolgte im Juli 2010. Der Hauptangeklagte R. wurde wegen Totschlags in einem minder schweren Fall zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung, seine mitangeklagten Kollegen wegen versuchter Strafvereitelung im Amt zu Geldstrafen von 10.800 und 8.400 Euro verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte dreieinhalb Jahre Haft für den Hauptangeklagten gefordert. In seinem Plädoyer kritisierte der Brandenburger Staatsanwalt den

»Korpsgeist« der Berliner Polizei. Der Richter führte in seiner Bewährungsentscheidung dagegen aus, dass auch der Polizistenstatus des Hauptangeklagten strafmildernd zu berücksichtigen sei. Als Polizist sei er »extrem haftempfindlich«, da er sich im Falle einer Inhaftierung »unter denen einordnen müsse, die er sonst verfolgt hat.« Dies löste vor allem bei den Angehörigen und Freunden des Opfers Bestürzung und Empörung aus. Noch am Abend nach der Urteilsverkündung nahmen über 200 Menschen an einer Kundgebung auf dem Berliner Hermannplatz teil. Als sich nach Redebeiträgen, die auf die ebenfalls von Polizisten getöteten Halim Dener und Tennessee Eisenberg hinwiesen, ein spontaner Demonstrationszug bildete, wurde dieser bereits nach wenigen hundert Metern von einem Großaufgebot der Bereitschaftspolizei gestoppt. Dabei wurden Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt und mindestens fünf Personen vorläufig festgenommen, darunter Angehörige von Dennis J. und Journalist_innen.

Polizeigewalt – ein strukturelles Problem?

Der Fall Dennis J. ist kein bedauerlicher Einzelfall. Erst jüngst beschäftigte sich auch Amnesty International (AI) mit dem Thema Polizeigewalt in Deutschland. In ihrem im Juli 2010 unter dem Titel »Täter unbekannt« veröffentlichten Bericht dokumentiert AI Todesfälle in Gewahrsam oder infolge mutmaßlicher polizeilicher Gewaltanwendung sowie Fälle von mutmaßlicher Misshandlung und Gewaltanwendung durch die Polizei. Bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts gab es keine offiziellen Daten darüber, wie viele Menschen Anzeige wegen Misshandlung oder unverhältnismäßiger Gewaltanwendung der Polizei erstatteten. Erst seit dem 1. Januar 2009 sind die Staatsanwaltschaften dazu verpflichtet, über strafrechtliche Ermittlungen bei bestimmten von Polizisten während der Amtsausübung begangenen Straftaten wie bspw. vorsätzliche Tötung, Körperverletzung im Amt, Freiheitsberaubung oder Aussageerpressung Statistiken zu führen. Nach Aussage des Berliner Justizministeriums wurde in Berlin im Jahre 2006 in 234 Fällen, 2007 in 278 Fällen und 2008 in 548 Fällen gegen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt ermittelt.[1] Die Erfolgsrate der Polizei bei internen Untersuchungen ist jedoch auffallend gering. In Berlin kam es 2006 deswegen lediglich zu 21 und 2007 zu 13 Verurteilungen.[2]

Bereits 2004 dokumentierte AI in dem Bericht »Erneut im Fokus« Übergriffe durch Polizisten, die zum Teil tödlich endeten und bemängelte bereits damals, dass viele Menschenrechtsverletzungen und andere Straftaten durch Beamte nie aufgeklärt wurden. Auch eine wissenschaftliche Untersuchung aus dem Jahr 2003 belegt, dass Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte häufiger ohne eine Gerichtsentscheidung eingestellt werden als Ermittlungsverfahren gegen andere Personen.[3]

So liegt beispielsweise die Einstellungsquote der Staatsanwaltschaften bei Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt über die Jahre gleichbleibend bei 95 Prozent, ein Wert, der ganz erheblich über dem Durchschnitt aller Strafverfahren liegt.[4] Die Recherchen von AI machen deutlich, dass ernstzunehmende Vorwürfe gegen Polizisten nicht gründlich genug ermittelt werden. Problematisch dabei ist, dass auch solche Ermittlungen von der Polizei selbstständig durchgeführt werden. In einigen Fällen werden Ermittlungen erst sehr spät aufgenommen, in anderen werden nicht alle Beweise erhoben. Oft können sich die Beamten nicht mehr erinnern, halten, wie hier im Fall von Dennis J., Aussagen zurück oder ergreifen das Mittel der Falschaussage, um das Fehlverhalten von Kollegen zu decken. Oft steht es Aussage gegen Aussage.

AI fordert deshalb von den Behörden eine Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamten, um so eine einfache Identifizierung bei der Ausübung ihrer gesetzlichen Pflichten zu gewährleisten, eine Video- und Audioüberwachung sowie das Einsetzen von besonders geschulten Beamten in Gewahrsamsbereichen, die Verbesserung der Fort- und Menschenrechtsbildung der Polizisten sowie die Information der Festgenommenen über Möglichkeiten zur Beschwerde oder Anzeigenerstattung. Die wichtigsten Empfehlungen von AI betreffen aber die internen Ermittlungen. So wird gefordert, dass allen Vorwürfen gegen Polizisten umfassend und unverzüglich nachgegangen wird und dass Untersuchungen von unabhängigen Kommissionen geführt werden, um zu verhindern, dass die ermittelnden Beamten aus der gleichen Einheit wie die Beschuldigten stammen.

Wie wichtig aber auch eine Kritik an der Verletzung humanitärer Standards und das Einfordern von Grundrechten sein mag, darf eine grundsätzliche Betrachtung eines Staatsorgans nicht ausgespart werden, dass originär die Funktion erfüllt, gesellschaftlich normabweichendes Verhalten zu sanktionieren und grundlegende Gesellschaftskritik zu verhindern. Aus linker Perspektive muss ein solches staatliches Instrument als Ganzes kritisiert werden und nicht einzelne Missstände innerhalb einer Behörde oder das Verhalten einzelner »schwarzer Schafe«. Sei es die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das Gericht oder der Knast. ■

1| http://www.amnesty-polizei.de/kampagne/bericht.html
2| AI, »Täter unbekannt«, S. 19f.
3| Singelnstein, Tobias: Institutionalisierte Handlungsnormen bei den Staatsanwaltschaften im Umgang mit Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung im Amt gegen Polizeivollzugsbeamte, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 2003, S. 1ff.
4| Singelnstein, Tobias: Polizisten vor Gericht. Strafverfahren wegen Körperverletzung im Amt, in: Bürgerrechte & Polizei/CILIP 95 (1/2010), S. 55-62

Faschismus als Extremismus der Mitte

Der achte Teil der Reihe »Faschismustheorien. Erklärungen des NS« widmet sich dem Mittelschichtstheorem des Soziologen Seymour Martin Lipset.

Fabian Kunow

[1] Der Soziologe Seymour Martin Lipset betitelte den Faschismus als die extremistische Bewegung der Mitte.

Wenige Jahre nach dessen militärischer Niederlage 1945, nahm sich der US-amerikanische Soziologe Seymour Martin Lipset des Faschismus an. Lipset grenzte in seinem 1959 ins Deutsche übersetzten Aufsatz »Der ›Faschismus‹, die Linke, die Rechte und die Mitte« anders als viele Faschismusforscher seinen Untersuchungsgegenstand nicht zeitlich durch das Jahr 1945 ab. Stattdessen entwarf er ein Idealmodell, mit dem er auch die Bewegungen seiner Zeit untersuchte und kategorisierte. Dies geschah sehr holzschnittartig und ließ sich in seiner Reinform nie empirisch nachweisen. Zur Theorie des Faschismus und bei der Beurteilung heutiger Bewegungen der extremen Rechten und ihrer Anschlussfähigkeit kann dieser Aufsatz trotzdem immer noch als Denkanstoß dienen.

Lipsets Bedeutung in der Geschichte der Faschismustheorie im deutschsprachigen Raum wird dadurch angezeigt, dass Ernst Nolte in dem von ihm herausgegebenen Sammelband »Theorien über den Faschismus« Lipsets Aufsatz veröffentlichte. »Faschismus-Nolte«, so sein damaliger Spitzname an der FU Berlin, konnte vor dem Historikerstreit (Vgl. AIB #72) als Begründer eines verbindlichen Textkanons in der deutschsprachigen Faschismusforschung angesehen werden. Lipset ist einer der ganz wenigen außereuropäischen Theoretiker in dieser Aufsatzsammlung. Er nannte den Faschismus die extremistische Bewegung der Mitte.

[1]

Das Modell von Lipset

Lipset teilte als Soziologe die Gesellschaft in verschiedene Schichten ein und schrieb diesen jeweils eigene politische Vorstellungen zu. Hierfür baute er sich ein recht simples Raster. Er ordnete die modernen Gesellschaften jeweils in Ober-, Mittel- und Arbeiterschicht. Jede dieser Schichten bildet eine bestimmte Ideologie aus. Die Arbeiter die Linke, die Oberschicht die Rechte und die Mittelschicht liberale Ideen. Alle drei Schichten formten jeweils einen eigenen »Extremismus« aus. Die jeweilige Ideologie – egal ob nun als moderate bzw. demokratische oder extremistische Variante – wird von Lipset als politische Bewegung gefasst.

Schichtspezifische Extremismen

Die Arbeiterschicht hat als Extremismus den Kommunismus und Peronismus. Der Peronismus ist eine nationalistische und populistische Bewegung in Argentinien, die sich auf das »Volk« sowie ihren Gründer Juan Peron bezieht. Kommunismus und den südamerikanischen Peronismus setzte Lipset trotz offensichtlicher Unterschiede gleich:

Der Kommunismus als Bewegung ist internationalistisch, während der Peronismus hingegen nationalistisch gefärbt ist. Dies hat nach Lipset mit der spezifischen Geschichte Südamerikas als ehemals kolonalisiertem Kontinent zu tun, der die Schritte zur Modernisierung noch gehen müsse.

Die Oberschicht bildet als Extremismus den traditionellen Autoritarismus bzw. Konservatismus aus. Der Extremismus der Mittelschicht ist der Faschismus. Lipset widerspricht damit verbreiteten Ansichten, wonach alle diese drei »Extremismen« (traditioneller Autoritarismus, Peronismus, Nationalsozialismus) unter den Begriff des Faschismus fallen. Gerade viele Linke zählten den Peronismus und den reaktionären Autoritarismus zu den Faschismen.

Lipset widerspricht damit ebenfalls der Annahme, dass nur die politische Linke und die Rechte einen Extremismus am Rand ihres Spektrums hervorbringen können und so »die Mitte« wegen ihres Standpunktes immer die Ordnung der Demokratie gegen die Bedrohung von den Rändern verteidige. Gerade das ist die Annahme und Voraussetzung der Extremismustheorie, die heutzutage als Destillat der Totalitarismustheorie mit der CDU/CSU/FDP Koalition wieder an Bedeutung gewinnt. Die Totalitarismustheorie erlebte gerade in der Zeit der Entstehung von Lipsets Essay, im Klima eines im Zuge des Kalten Krieges weit verbreiteten Antikommunismus einen ihrer Höhepunkte.

Alle drei Extremismen können sich nach Lipset in demselben Land ausbilden. Wobei in den höchstentwickelten und urbanisierten Ländern (z. B. den USA) die Chance am geringsten sei, dass ein Extremismus an die Macht kommt.

Koppelung von Schicht und Weltanschauung

Lipset verknüpft die jeweiligen Ideologien der Schichten, ob nun gemässigt-demokratisch oder extremistisch, mit den sozio-ökonomischen Grundlagen der jeweiligen Schicht.

Die Oberschicht besteht aus Eigentümern von Industriebetrieben, Großbauern und leitenden Angestellten. Sie wollen die Macht und Einkommensverteilung beibehalten, sind als derzeit Begünstigte klerikal, traditionell und konservativ. Sie treten ein gegen jede Form von Umverteilung.

Die Mittelschichten repräsentieren kleine Unternehmer und Angestellte sowie die freien Berufe. Sie zeichnen sich durch Ablehnung von staatsinterventionistischer Politik sowie der Großindustrie und der Gewerkschaften aus. Als Mittelschichtler sind sie für individuelle Erfolgsmöglichkeiten und gegen erzwungene Einkommensgleichheit. Zudem sind sie antiklerikal und antitraditionalistisch. Der Faschismus als Mittelschichtsbewegung stellt sich als anti-parlamentarischer Populismus dar. Die faschistische Ideologie ist sehr opportunistisch und vereinbart streckenweise theoretisch Widersprüchliches, deshalb sind Faschisten weithin bündnisfähig.

Lipset untersuchte zur Stützung seiner Thesen die Wählerschaft der Nazis. Er stellt einen Zusammenhang zwischen den Verlusten der klassischen Mittelstandsparteien der Weimarer Republik wie DVP (Rechtsliberale), DDP (Linksliberale), Wirtschaftspartei und anderen Mittelstandsparteien sowie dem kometenhaften Aufstieg der NSDAP fest. Lipset schreibt zum Verhältnis von Liberalismus und Faschismus: »Obgleich zwar die faschistische Ideologie in ihrer Glorifizierung des Staates antiliberal ist, hat sie mit dem Liberalismus nicht nur die Opposition gegen die Großindustrie, die Gewerkschaften und den sozialistischen Staat gemeinsam, sondern auch die Gegnerschaft gegenüber der Religion und anderen Formen des Traditionalismus.«

Wählerverschiebungen in der Arbeiterklasse fanden vor allem zwischen SPD und KPD statt.

Dem sozialistischen Lager, ob nun gemäßigt sozialdemokratisch oder »extremistisch«, d.h. revolutionär, stehen in dieser Theorie die Arbeiter und die kleinen Landwirte sowie einige Intellektuelle nahe. Soziale Gleichheit ist hier das politische Ziel, das auf unterschiedlichen Wegen erreicht werden soll.

→

Screenshot: Youtube/Bayrischer Rundfunk

[1] Der Politikwissenschaftler Jürgen Falter verfasste das Buch »Hitlers Wähler«.

[2] Der Soziologe Theodor Geiger beschäftigte sich schon vor 1933 mit der Wählerschicht der NSDAP.

Alle demokratischen und extremistischen Ausbildungen der schichteigenen Ideologie haben Überschneidungen zu den Ideologien der anderen Schichten.

Vorläufer des Mittelschichtstheorems

Lipset war, wie er selbst zugab, nicht der Erste, der in Theorie und empirischer Forschung feststellte, dass die Mittelschicht eine Affinität zur faschistischen Bewegung besaß. Der sozialdemokratische Soziologe Theodor Geiger hatte sich schon einige Jahre vor 1933 mit der Basis der aufkommenden NSDAP beschäftigt. Seine Ergebnisse waren von Lipset nicht so weit entfernt. Lipset räumte Geiger keinen großen Stellenwert ein, sondern bezog sich mit dem Konservativen Karl Dietrich Bracher auf einen der wichtigsten Politikwissenschaftler der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft sowie auf andere Historiker, die wiederum Anleihen bei Geiger nahmen. Geiger dürfte daher Lipset bekannt gewesen sein. Geiger differenziert wesentlich stärker als Lipset. Er teilt die Gesellschaft der Weimarer Republik aufgrund von sozialstatistischen Daten in Kapitalisten 0,92%, Alter Mittelstand 17,77%, Neuer Mittelstand 17,95%, Proletaroide (d.h. abgeglittener alter Mittelstand) 12,65% und Proletariat 50,71% auf. Dann geht er noch tiefer ins Detail und auf einzelne Berufsgruppen ein, z.B. Beamte. Diese bilden nach seinen Überlegungen spezifische Mentalitäten aus. Die Angehörigen des Neuen Mittelstandes, also Angestellte und Beamte, sind nach Geiger die sozialen Träger des Nationalsozialismus. Gleiches gilt für Teile des Alten Mittelstandes und der Proletaroiden. Geiger beobachtet mit einer Mischung verschiedener wahlanalytischer Verfahren die Wählerverschiebungen hin zur NSDAP.

Kritik an Geiger und Lipset

Orthodoxe Marxisten führten gegen das Mittelschichtstheorem in der Faschismustheorie immer die Frage des »cui bono« an: Wer profitiert von einer faschistischen Herrschaft? Weil die Nutznießer mit Wehrmacht und Industrie – in den Augen orthodoxer Marxisten – in Nazi-Deutschland klar bestimmbar waren, lag es für sie auf der Hand, dass der Faschismus keine Mittelstandsbewegung sein könne. Der deutsche Faschismus sei vielmehr eine Herrschaft bestimmter Teile des Kapitals und der alten Eliten, die in der Revolution von 1918 zurückgestutzt worden waren.

Andere Kritiker führten gegen das Mittelschichtstheorem an, dass bestimmte Versatzstücke der faschistischen Ideologie wie Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus sich in allen Schichten und Bevölkerungsgruppen fänden. Genauso wenig kann das Mittelschichtstheorem erklären, warum der deutsche Faschismus Auschwitz hervorbrachte.

Diskussion über das Mittelschichtstheorem in den 1990er Jahren

Wer genau die Wähler der NSDAP waren, blieb auch knapp sechzig Jahre nach dem folgenreichen 30. Januar 1933 umstritten. Im Jahr 1991 veröffentlichte der Politikwissenschaftler Jürgen Falter sein Buch »Hitlers Wähler«. Falter ist einer der bekanntesten Wahl- und Parteienforscher. In »Hitlers Wähler« kommt er nach dem Verwenden neuer wahlsoziologischer Methoden zu dem Schluss, dass die NSDAP die erste »Volkspartei mit Mittelstandsbauch« war. Diese Kurzformel bzw. die von der »Volkspartei des Protest« (Falter) hat sich als Aussage über die Wählerschaft der Nazis durchgesetzt.

In der Politikwissenschaft ist eine Volkspartei eine Catch-all-Party, wie es in den USA die Republikaner und die Demokraten sind. Volkspartei bedeutet, dass sich die Wähler und Mitglieder aus allen Schichten zusammensetzten, wobei es selbstverständlich Gruppen geben kann, bei denen es eine besondere Affinität gibt, diese Volkspartei zu wählen. Die NSDAP gilt in Deutschland als die erste Volkspartei, da die anderen damaligen Parteien nur bestimmte Milieus, Konfessionen und Schichten ansprachen. Die SPD wurde in Deutschland erst mit dem Godesberger Parteiprogramm 1959 von einer marxistisch inspirierten Arbeiter- zur Volkspartei. Die CDU als überkonfessionelle Volkspartei ent-

stand ebenfalls erst mit der Gründung der BRD.

Konservativen Gegnern des Mittelstandstheorems kommt die Rede von der NSDAP als Volkspartei entgegen, weil sie ihr geliebtes Steckenpferd Mittelstand entlastet sowie die Wechselbeziehung zwischen ökonomischem Status und politischer Einstellung verwischt. Zudem entlastete der Gedanke, dass alle irgendwie Schuld am Nationalsozialismus waren konkrete Nutznießer und passte so gut in den Schlussstrichdiskurs, welcher in den 1990er Jahren unter Konservativen weit verbreitet war.

Extremismus der Mitte heute

Wenn heute in der Antifabewegung vom »Extremismus der Mitte« gesprochen wird, ist dies in der Regel eine Polemik gegen den herrschenden Extremismusbegriff. Dieser teilt das politische Spektrum in Form eines Hufeisens auf. In der Mitte des Hufeisens ist die »demokratische Mitte«, je weiter es nach außen – egal ob nach links oder rechts – geht, umso extremistischer werden die Ränder. Die extremistischen linken und rechten Ränder sind sich in diesem verquasten Modell näher als der »demokratischen Mitte«. Mitte steht in dieser Sichtweise für Ausgleich, Vernunft und Mäßigung. Extremismus definiert sich in dieser politischen Theorie außer durch die Ablehnung der »demokratischen Mitte« auch durch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt. Um die Scheinheiligkeit einer solchen Einteilung der politischen Landschaft aufzuzeigen, wird gerne auf den »Extremismus der Mitte« verwiesen. Dazu wird dann an die Gewalttätigkeit der herrschenden Politik erinnert, beispielsweise an Kriegseinsätze der Bundeswehr oder Abschiebungen. Oder es werden personelle Überschneidungen von »Rechtsextremen« mit Personen der Mitte in entsprechenden Organisationen aufgeführt. Hierzu gehören auch Untersuchungen zu antidemokratischen Einstellungen und Statements von Wähler_innen und Politiker_innen der demokratischen Parteien »der Mitte«.

So passend dieses polemische Verwenden des Begriffs »Extremismus der Mitte« ist, so wenig hat es mit dem zu tun, was Geiger und später Lipset ausführten.

Geiger und Lipset sprachen von der »Mitte« nicht als politischer Selbstverortung, sondern im ökonomischen Sinne von Mittelschicht bzw. Mittelschichten und deren Milieus. Diese stehen sozial zwischen der zahlenmäßig kleinen Oberschicht und der Arbeiterschaft. Den beiden Soziologen ging es vielmehr um die Frage, welche Schichten die soziale Basis für die faschistischen Bewegungen und ihre Parteien ausbildeten. Heraus kamen fruchtbare theoretische Annahmen, die nicht exakt die Wirklichkeit darstellen.

Und heute?

Interessant sind die Überlegungen zum Bewusstseinszustand des Mittelstandes bzw. der kulturell verschieden geprägten Mittelschichten immer noch, da trotz aller Grabreden der Mittelstand bzw. die Mittelschichten immer noch sozialstrukturell nachweisbar sind. So sank zwar nach Angaben des DIW in einer im Mai 2010 vorgelegten, viel beachteten Studie der Anteil der mittleren Einkommen in den vergangenen Jahren von 66 auf 61,5 Prozent. Sie stellen somit aber immer noch die Mehrheit. Zudem definiert sich die Zugehörigkeit zu einem Milieu nicht allein durch das Einkommen. Dieses ist eine der stärksten Kritiken der Studie sowie auch des gesamten Mittelschichtstheorems.

Das ständige Loblied auf den Mittelstand als Motor und Stabilitätsgarant der Nation sowie auf die Selbständigkeit an sich zeigen, dass mit den Mittelschichten als ökonomisch-politischer Größe weiterhin zu rechnen ist.

Genauso wie es den Mittelstand noch gibt, gibt es wie in den Jahren vor 1933 die Angst um den Verlust dessen und für Mittelschichtler davor, aus ihm abzusteigen. So ist es kein Zufall, dass gerade Rechtspopulisten bei denjenigen nach Wählerstimmen jagen, welche sich selbst als Mittelschichtler wahrnehmen. Die nicht gerade für ihr komplexes Programm und Mitgliederstärke bekannte Partei »Pro NRW« besitzt sogar einen eigenen Arbeitskreis »Mittelstand Pro NRW«, der die Wirtschaftpolitik der Organisation bestimmt. »Pro NRW« sieht sich als Partei für die »staatstragende wertorientierte Mittelschicht«. Für Rechtspopulisten sind die Mittelschichten und ihre Ängste weiterhin ein lohnendes Wählerreservoir. ■

Literatur:

- Lipset, Seymour Martin (1959): Der »Faschismus«, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11. oder In: »Theorien über den Faschismus« (Hrsg. Ernst Nolte) Kiepenheuer u. Witsch
- Gebhardt, Richard (2003): Die Kontroversen über den »Extremismus der Mitte« http://www.hausarbeiten.de/faecher/vorschau/109194.html

Vom Gegner lernen

Die Junge Freiheit setzt verstärkt auf Anti-Antifaschismus

Felix Krautkrämer ist schwer empört. »Eigentlich«, schreibt er in der Jungen Freiheit, »ist die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) von Gesetzes wegen zu einer ›politisch ausgewogenen Haltung‹ verpflichtet«. Eigentlich! Aber, man ahnt es schon: »Die Praxis«, triumphiert Krautkrämer, die ausgekochte Spürnase, »die Praxis sieht anders aus«. »Da empfiehlt man«, schreibt der findige Rechercheur, der bei seiner Studentenverbindung, der K.D.St.V. Hohenstaufen zu Freiburg, eben nicht nur das Biertrinken gelernt hat, »linksextreme Internetseiten und Zeitschriften und preist das Engagement von gewaltbereiten ›Antifaschisten‹ im ›Kampf gegen Rechts‹«. Ist, was Krautkrämer im von der Bundeszentrale herausgegebenen »Buch gegen Nazis« lesen muss, etwa »politisch ausgewogen«? Na also.

Den Anti-Antifaschismus hat die Junge Freiheit in den letzten Jahren zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Findet sich in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung ein Text einer Autorin, die Krautkrämer und Konsorten für »linksextrem« halten? Auf sie mit Gebrüll! Erhält das AJZ Bielefeld möglicherweise irgendwo öffentliche Mittel? Krautkrämers Kollege Lars Pohlmeier ist zur Stelle und enthüllt: »Im AJZ werden Radiobeiträge zu Themen wie Hausbesetzungen, RAF, Antifa, Einwanderung und der Anti-Atom-Bewegung produziert. Diese Beiträge werden über den Bürgerfunk gesendet.« Ist die KTS Freiburg immer noch nicht geschlossen worden? Wieder ist es Krautkrämer, der raffiniert bei der Polizei nachfragt und die aufrüttelnde Antwort erhält: »Es ist bekannt, welche Gruppen sich in der KTS aufhalten. Die Einrichtung dient bundesweit als Anlaufstelle für linksorientierte Personen.« Wer sich die Mühe macht, halbwegs regelmäßig die Junge Freiheit durchzusehen, stößt immer wieder auf Texte dieser Art.

Sind die Anti-Antifa-Recherchen der Jungen Freiheit meist auch recht platt – ganz konzeptlos sind sie nicht. »Wer sich mit der linksextremen Szene beschäftigt«, schreibt Krautkrämer, »weiß, daß eines ihrer zentralen Aktionsfelder der Antifaschismus ist.« Dabei »nutzen Linksextremisten das Thema Antifaschismus, um über Bündnisse mit gutgläubigen Politikern und Parteien aus dem bürgerlichen Lager selbst gesellschaftsfähig zu werden.« Das ist fatal, glaubt man bei der Jungen Freiheit: Anstatt sich von der Linken spalten zu lassen – in gemäßigte und rechte Kräfte –, müsse vielmehr das Bürgertum geschlossen gegen den staatsfeindlichen »Linksextremismus« vorgehen. »Der innere Frieden kann nur gerettet werden«, schrieb vergangenes Jahr Michael Paulwitz in der Jungen Freiheit, »wenn der antifaschistische Konsens aufgekündigt wird, der linksextreme Bürgerkriegszündler bislang unter Artenschutz gestellt hat.« Krautkrämer spricht weniger blumig

Screenshot: Junge Freiheit

von der »Gefahr, welche die antifaschistische Bündnisstrategie der Linksextremisten in sich birgt.«

Kaum jemand in der deutschen Rechten hat die Anti-Antifa-Strategie so geprägt wie der langjährige Junge Freiheit-Autor Hans-Helmuth Knütter. Knütter, ein 1997 emeritierter Politik-Professor an der Universität Bonn, unterhielt Anfang der 1990er Jahre einen Arbeitskreis »Publizistische Aktivitäten gegen Links« und wurde 1993 mit seinem Buch »Die Faschismus-Keule« bekannt. Darin beklagt er, die deutsche Rechte lasse sich mit dem Faschismus-Vorwurf von der Linken immer wieder spalten. Dies sei unbedingt zu vermeiden, befindet Knütter; vielmehr müsse die gesamte Rechte gemeinsam gegen den »Linksextremismus« vorgehen. »Fünf Finger sind keine Faust«, mahnte Knütter in einer Rede, die die Junge Freiheit 1997 abdruckte: »Schließen Sie sich zur Faust zusammen und gehen Sie offensiv, nicht defensiv, gegen die Feinde ... des deutschen Volkes, der Freiheit, also den linksextremen Feind vor.« »Vom Gegner lernen, heißt, ihn besiegen lernen!«, fügte Knütter an – mit Blick auf antifaschistische Recherchetechniken, denen seine Adepten in der Jungen Freiheit immer noch hoffnungslos hinterherhinken.

Dabei geben sich Krautkrämer, Pohlmeier und andere – etwa Claus-Martin Wolfschlag, der bereits 2001 ein Buch mit dem Titel »Das ›antifaschistische Milieu‹« publizierte – durchaus Mühe. Zu ihren Zielen gehört es vor allem, einen Keil zwischen die SPD und alles links von ihr zu treiben. So war die Junge Freiheit zur Stelle, als Franziska Drohsel 2007 zur Juso-Bundesvorsitzenden gewählt worden war und sogleich wegen ihrer Mitgliedschaft in der Roten Hilfe attackiert wurde. Mit Erfolg: Drohsel trat aus der Roten Hilfe aus. In gleicher Weise griff die Junge Freiheit die SPD-Politiker_innen Ute Vogt und Stephan Braun an, die 2007 ein Buch über sie herausgegeben hatten. An der Publikation hätten »mindestens elf Autoren mitgearbeitet, die nachweislich in linksextreme Zusammenhänge verstrickt sind«, schimpfte das Blatt. Selbstverständlich gehört zu den bevorzugten Angriffszielen der Jungen Freiheit auch die unter der Schirmherrschaft von Ute Vogt stehende Zeitschrift »blick nach rechts«. Über diese heißt es in der Jungen Freiheit in einer Rezension, sie weise »keine Berührungshemmungen gegenüber linksextremen Kreisen auf«. Das rezensierte Werk, eine ausführliche Analyse des »blick nach rechts«, ist übrigens eine Dissertation, die von Hans-Helmuth Knütter in Bonn betreut wurde.

[1]

[1] Felix Krautkrämer mag keine Antifa-Bündnisse und versucht sich in investigativen Anti-Antifa-Recherchen.

Faksimile: Junge Freiheit Imagebroschüre »Mehr Erfahren. Mehr Wissen.«

In jüngster Zeit sieht sich die Junge Freiheit mit ihren Anti-Antifa-Aktivitäten etwas im Aufwind – nicht zu Unrecht. Man könne mittlerweile immerhin eine »zaghafte Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus durch die schwarz-gelbe Koalition« erkennen, insbesondere in Form einiger »Absichtsbekundungen von Ministerin Kristina Schröder«, schrieb Felix Krautkrämer im April. Auch in den Bundesländern zeichnen sich Fortschritte in Sachen Anti-Antifaschismus ab. Anfang 2010 konnte die Junge Freiheit erfreut vom »Entzug der Gemeinnützigkeit des Antifaschistischen Informations- und Dokumentationsarchivs (Aida) in München« berichten. Grund: »Aufnahme der Einrichtung in die Liste der ›linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Organisationen‹ des bayerischen Verfassungsschutzes«.

Selbst zum nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, der die Junge Freiheit noch vor wenigen Jahren beobachtet hat, entwickelt die Zeitung ein positives Verhältnis. »Die linksextreme Szene Nordrhein-Westfalens trifft sich von diesem Mittwoch an zu einem sogenannten ›Antifa Camp‹ im Rheinland«, berichtete das Blatt Mitte August und gab dann Auszüge eines Gesprächs mit dem VS NRW wieder. »›Wir haben das im Blick und sind sensibilisiert‹, sagte eine Sprecherin der Behörde der Jungen Freiheit«, war da zu lesen. »Zum genauen Ort des Camps konnte der Verfassungsschutz keine Angaben machen«, hieß es weiter: »In der Vergangenheit habe ein solches Antifa-Camp aber bereits in Leichlingen im Rheinischen-Berg-Kreis stattgefunden. Es sei daher nicht auszuschließen, so die Sprecherin des Verfassungsschutzes, daß es diesmal wieder dort stattfinde.« In Sachen Anti-Antifa gehen VS NRW und Junge Freiheit inzwischen Hand in Hand. ■

Das Attentat auf Rudi Dutschke

Tobias von Heymann im Interview

Tobias von Heymann ist Politikwissenschaftler und arbeitet als freier Journalist für verschiedene Zeitungen. 2008 veröffentlichte er das Buch »Die Oktoberfestbombe«, in dem er die Hintergründe des Oktoberfestattentats von 1980 rekonstruiert.

Am 11. April 1968 wurde Rudi Dutschke, das prominenteste Gesicht und Stimme der deutschen Studentenbewegung, von Josef Bachmann angeschossen und schwer verletzt. Bachmann galt nach der Tat in der Öffentlichkeit als ein im Leben gescheiterter kleinkrimineller Einzeltäter. Seine Begeisterung für das Dritte Reich oder die »Nationalzeitung«, die er zum Tatzeitpunkt in der Tasche hatte, wurden nicht als handlungsleitende Motivationsstruktur gesehen, sondern lediglich als weitere Belege seiner geistigen Verwirrung. Der Journalist Tobias von Heymann entdeckte 2009 bei Recherchen über Rechtsterrorismus in der Stasiunterlagenbehörde bisher unbeachtete Akten, die ein neues Licht auf Bachmann und das Attentat auf Rudi Dutschke werfen. Aus dem Bild eines verwirrten Einzeltäters, der durch die Springer-Zeitung und Neonaziblätter aufgehetzt wurde, wird ein fanatisch hassender organisierter Neonazi, dessen Clique der niedersächsischen Polizei zwar bekannt war, aber weitgehend toleriert wurde. Dabei gab es schon lange vor dem Attentat Indizien für die militante Gewaltbereitschaft der Gruppe: neben durchgeführten Anschlägen auf die Grenzbefestigungen der DDR war auch ein Attentat auf Walter Ulbricht geplant. Das AIB sprach mit Tobias von Heymann über seine Recherchen.

AIB: Was für ein Bild ergeben die von Ihnen in den Unterlagen der BStU gefundenen Akten über die niedersächsische Neonaziszene der 60er Jahre?

Zunächst spielt Niedersachsen eine besondere Rolle in der Geschichte der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) auf Bundesebene, da diese sich dort 1964 in Hannover gründete. Wie sich anhand von Stasi-Akten rekonstruieren lässt, gehörte zu den frühen Mitgliedern in Niedersachsen unter anderem Paul Otte, ein ehemaliger Rottenführer des SS-Panzerregiments »Das Reich«. Er war in den 1960er Jahren laut Stasi-Akten Schatzmeister der NPD des Kreisverbandes Braunschweig und kandidierte für Kommunalwahlen – und eine Schlüsselfigur der niedersächsischen Neonazi-Szene. Wegen eines politisch motivierten Banküberfalls saß er zwei Jahre in Celle im Gefängnis. Das Geld sollte dazu dienen, einen NS-Untergrundkampf zu finanzieren. Darüber hinaus verdiente Otte Geld damit, Tonbänder mit nationalsozialistischen Inhalten zu verkaufen, unter anderem mit Reden Hitlers, dem Horst-Wessel-Lied und anderer NS-Propaganda. Kontakte hielt Otte nicht nur zu deutschen Neonazis wie Michael Kühnen, sondern insbesondere zu dem US-amerikanischen Neonazi Gary Lauck, der von Nebraska aus in der Bundesrepublik die so genannte »NSDAP/AO« (Auslands- und Aufbauorganisation) aufbauen wollte. Mit Lauck und anderen Neonazis traf er sich sogar mindestens einmal in Kopenhagen. Otte reiste auch zu Treffen nach Belgien und England. Mit britischen Neonazis in Liverpool konnte Otte sogar mit Hilfe eines US-Funkgeräts Nachrichten austauschen. Jedenfalls muss sich Otte bereits in den 1960er Jahren radikalisiert haben, da er schon in dieser Zeit gewaltbereite Rechtsextremisten um sich scharte, die später die rechtsterroristische »Braunschweiger Gruppe« als Terror-Zelle der NSDAP/AO bildeten. Otte war dabei deren Leiter »für das Reichsgebiet Deutschland und für die Ostmark.« Geplant war, für diese neonazistische Untergrund-Organisation zunächst Zellen mit drei bis fünf Personen für bewaffnete Aktionen in der Bundesrepublik zu schaffen. Die Fäden dieser einzelnen Terror-Gruppen liefen dabei in den USA zusammen, von wo aus die Zentrale der NSDAP/AO die einzelnen Zellen anleitete. Propaganda verbreitete diese Organisation über den »NS-Kampfruf«, Aufkleber und Plakate. Wie international vernetzt die niedersächsischen Neonazis Anfang der 1970er Jahre waren, zeigt der Plan, zur Bundestagswahl 1976 etwa 100.000 Plakate mit Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen in Deutschland zu kleben. Diese Plakate druckten Neonazis in England, die dafür laut Stasi-Akten rund 800 D-Mark in britischen Pfund aus den USA über eine Schweizer Bank ausgezahlt bekamen. Aktivisten sollten diese Plakate dann über die grüne Grenze von Belgien aus nach Deutschland schmuggeln. Allgemein machte die US-Zentrale der NSDAP/AO Geldzahlungen von Aktionen abhängig. Zum Beispiel

extrem waren sie alle – unterrichtete er seinen V-Mann-Führer mal korrekt,

[1]

Rechtsextremist Otte
„Vom Verfassungsschutz angeheizt"

Faksimile: Spiegel # 39, 1984

wollte Otte deshalb am Tag des Mauerbaus am 13. August 1976 einen Kranz samt Hakenkreuzfahne in West-Berlin nahe dem Brandenburger Tor ablegen. Als Beleg dafür wollte Otte Fotos dieser Aktion machen und diese dann in die USA schicken. 1977 war die »Braunschweiger Gruppe« schließlich eine gefährliche terroristische Vereinigung: Sie verübte Bombenanschläge auf das Amtsgericht Hannover, und die Amtsanwaltschaft Flensburg. Weitere Attentate waren gegen das jüdische Gemeindehaus in Hannover und die Bank für Gemeinwirtschaft in Hamburg geplant. Darüber hinaus plante sie laut Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft auch ein Attentat auf den damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg (CDU). Die dafür vorgesehene Rohrbombe war bereits gebaut und in einem Toilettenkasten von Ottes Wohnung versteckt. Die »Braunschweiger Gruppe« hatte in dieser Zeit sogar einmal eine per Funk ferngezündete Bombe auf einem Truppenübungsplatz getestet. Dazu kommen geplante Attentate auf den Transitverkehr in die DDR, die Berliner Mauer und schwarze Listen für einen »Tag X«, auf denen mehrere hundert Personen standen, die bei einem rechten Umsturz getötet werden sollten.

Vor diesem Hintergrund erhält die Tatsache besonderes Gewicht, dass Paul Otte auch ein Bekannter des Dutschke-Attentäters Josef Bachmann war. Dies war bis zu meinen Recherchen völlig unbekannt.

Welche Ihrer Erkenntnisse hätten eigentlich damals schon bekannt sein müssen?

Im März 1979 nahm die Polizei Otte und weitere Mitglieder der »Braunschweiger Gruppe« fest, die sich dann einem Strafverfahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach Paragraf 129a stellen mussten. Im Zuge dieses Verfahrens drangen einige Informationen an die Öffentlichkeit – unter anderem, dass Hans-Dieter Lepzien als V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes in dieser Gruppe aktiv war, wo er die Rolle als »Sicherheitsbeauftragten« wahrgenommen hatte. Seine Rolle, wie auch die des Verfassungsschutzes, ist bis heute umstritten. Lepzien war aber auch Stasi-Informant. Da seine Berichte erhalten geblieben sind, lässt sich das terroristische Treiben der »Braunschweiger Gruppe« heute sehr detailreich rekonstruieren. Wie viele dieser Informationen auch bundesdeutschen Behörden bekannt waren, ist schwer zu sagen. Zumindest öffentlich bekannt geworden ist das meiste aber erst durch die Stasi-Akten.

[1]Der ehemalige NPD'ler und SS-Führer Paul Otte war im Rechtsterrorismus aktiv und gehört zu den Bekannten des Dutschke-Mörders Bachmann.

Welche Motive steckten dahinter, dass die Polizei nach dem Dutschke-Attentat den neonazistischen Hintergrund Bachmanns ignorierte und ausblendete?

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke hat die Berliner Mordkommission sehr aufwändige Ermittlungen unternommen und unzählige Zeugen befragt. Ich konnte die archivarisch erhaltenen Ermittlungsakten der Berliner Polizei bei meinen Recherchen auswerten. Der betriebene Aufwand war beispiellos und ist präzise dokumentiert. Beim Gegenüberstellen mit dem Inhalt der Stasi-Akten stieß ich aber auf eine entscheidende Schlüsselpassage im Verhör mit Josef Bachmann nach seiner Festnahme, die erhebliche Fragen aufwirft. So sagte Bachmann aus, dass er im März 1962 vier Wochen in Jugendarrest saß und das Urteil sich auch auf den Vorwurf →

ıs alles etwas realistischer zu
so Lepzien später vor Gericht,
das Pulver in ver-
hlrohre füllen und
. Lepzien: „Es soll-
chaden angerichtet
s ging um die Illu-

tglieder des Unter-
verurteilte der 3.
des Oberlandesge-
: im Februar 1981 zu
:afen, Otte zu fünf
ıd sechs Monaten,
drei Jahren.

Anstifter im Hinter-
en, stellte sich bei
verhandlung heraus:
ieute 41, hatte im
s niedersächsischen
sschutzes bei den
ern mitgemacht.
bar nicht nur das:
r Verfassungsschutz
unsere Aktivitäten
ıeizt hätte", so Otte

Die Revision brachte nur einen Teile
folg. Die Freiheitsstrafe wurde um ei

[1]

V-Mann Lepzien (vor Gericht 1981)
Aus dem Ruder gelaufen

Faksimile: Spiegel # 39, 1984

[1] Hans-Dieter Lepzien war V-Mann des Verfassungsschutzes, Stasi-Informant und Sicherheitsbeauftragter der rechtsterroristischen »Braunschweiger Gruppe«

des unerlaubten Waffenbesitzes erstreckte, »(Originalzitat) weil ich zu dieser Zeit eine Gaspistole besaß, die ich von Wolfgang Sachse für ungefähr 35 DM gekauft hatte«. Diese Pistole hatte Sachse dadurch zu einer scharfen Waffe gemacht, in dem er den Lauf durchbohrt hatte.« Unter anderem mit Wolfgang Sachse hätte er auch auf einem Schießplatz bei Peine (Zitat) »mehrfach scharfe Munition verschossen und sich so im Schießen geübt.« Dieser Wolfgang Sachse war einer der Bombenbauer der Braunschweiger Gruppe und stand ebenfalls später mit Otte wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor Gericht. Darüber hinaus arbeitete er auf einem Schießstand bei Peine, wo auch die dortige Polizei trainierte. Zu dieser soll er laut Aussagen des Doppelagenten Hans-Dieter Lepzien gute Kontakte gehabt haben und laut Stasi-Akten auch Polizisten mit Munition versorgt haben. Lepzien beschreibt eine regelrechte Kumpanei. Das Erstaunliche ist: Unzählige Zeugen, Kollegen, Angehörige und Freunde hat vor allem die Berliner Polizei damals eingehend vernommen. Doch ausgerechnet Wolfgang Sachse, den Bachmann ja selbst offen benannt hat, fehlt in der Liste der Vernommenen. Dabei hätte sich bei einem Verhör Sachses aufgrund dessen Bekanntschaft mit Bachmann möglicherweise damals schon die Herkunft der Waffe und der Munition für das Attentat klären lassen. Denn schließlich hatte Bachmann das Attentat auf Dutschke mit einer durchbohrten Waffe dann auch verübt. Wäre Sachse damals eingehend vernommen worden und dabei auch seine Rolle auf dem Schießplatz in Peine samt seiner Polizei-Kontakte ans Licht gekommen – der niedersächsischen Polizei hätte in dieser aufgeheizten Zeit 1968 ohne Zweifel ein Skandal erster Güte ins Haus gestanden. Im Übrigen taucht auch Paul Otte in den Ermittlungsakten kein einziges Mal auf. Stattdessen meldet die Nachrichtenstelle der Polizei in Peine nach Berlin (Zitat): »Die hier geführten Ermittlungen haben keinerlei Anhaltspunkte erbracht, dass Bachmann politisch schon einmal in Erscheinung getreten wäre.« Dabei erwähnt Bachmann in dem Berliner Verhör auch, dass er ein Attentat auf Walter Ulbricht geplant sowie die DDR-Grenze mit scharfer Munition beschossen hatte. Ein weiterer der in den Akten namentlichen Genannten, der zufällig zur Zeit des Dutschke-Attentats im Gefängnis saß, bot dem Magazin »Stern« sogar an, dass er über Hintermänner des Attentats Angaben machen könne. Diese Aussage zog er aber später zurück, als ihn die Polizei dazu befragte. Insgesamt ist die Aktenlage so erdrückend, dass hier eine Polizeipanne äußerst unwahrscheinlich ist. Dass Wolfgang Sachse nicht zu den Vernommenen von damals gehört, zeichnet vielmehr ein ganz anderes, aber sehr klares Bild.

Inwiefern würden Sie sagen, ist in Bachmann als Einzeltäter auch die damalige Zivilgesellschaft präsent?

Die regelrechte Feindseligkeit eines Teils der damaligen bundesrepublikanischen Gesellschaft gegenüber der 1968er Bewegung lässt sich nicht leugnen. Dennoch handelte Bachmann vor allem aus Motiven, die in seiner persönlichen Geschichte zu finden sind – und aufgrund seiner neonazistischen Einstellung, von der viele in seinem Umfeld aber nichts oder nur wenig wussten. Gegenüber Arbeitskollegen machte er nur vage Andeutungen (Zitat): »Ihr werdet noch von mir durch Radio und Fernsehen hören«, hatte er kurz vor der Tat gegenüber Kollegen geprahlt. Die hielten ihn jedoch für jemanden mit starker Geltungssucht, nahmen ihn nicht ernst, trauten ihm das nicht zu. Bachmann sah sich im Leben dramatisch gescheitert und war mehrfach straffällig. Er war wohl bereits mit 21 Jahren ein gebrochener Mensch. Paul Otte kann für ihn eine Vaterfigur gewesen sein und er verehrte Hitler und Napoleon als Vorbilder. Er suchte vergeblich Halt und fand ihn in der ideologischen Scheinwelt des politisch-autoritären Rechtsextremismus. Das Attentat sollte dann sein großer Abgang werden: Dutschke sollte sterben – und er wollte sterben:

Faksimile: Spiegel # 50, 2009

[1]

Angeklagter Bachmann 1969, Studentenführer Dutschke 1968, Auszüge aus Stasi-Akten: *Ermittler ignorierten rechtsextreme Verbindungen*

ZEITGESCHICHTE

„Er sollte sterben"

kreisen mit der rechten Szene eine Rolle? Und was bedeuten die neuen Einsichten für die Entwicklung der Bundesrepublik: Hätte das Wissen um eine rechtsradikale

[1] 2009 machte der Spiegel die Aktenfunde zum Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke zum Thema.

Nach den Schüssen verschanzte er sich im Keller eines Rohbaus in der Berliner Nestorstraße und lieferte sich ein wildes Feuergefecht mit der Berliner Polizei. Er hoffte, durch eine Polizeikugel zu sterben – aber er überlebte, wenngleich verletzt. Im Prozess spürte er dann zusätzlich, dass ihn die Gesellschaft nicht als großen Helden feierte. Später beging er dann nach mehreren gescheiterten Versuchen im Gefängnis Selbstmord, indem er sich eine Plastiktüte über den Kopf zog.

Was ist aus den anderen Mitgliedern dieser neonazistischen Terrorgruppe geworden?

Paul Otte ist mittlerweile verstorben, Gary Lauck hingegen ist nach wie vor in den USA als Neonazi aktiv. Er darf in Deutschland und andere europäische Staaten nicht mehr einreisen. Einige von Bachmanns Freunden entwickelten sich in den Jahren nach dem Attentat zu richtigen Neonazi-Terroristen, bis sie 1979 aufflogen, vor Gericht und dann in Haft kamen. Die eigentliche terroristische »Braunschweiger Gruppe« entstand erst nach dem Dutschke-Attentat. Bachmann kannte zwar die wesentlichen späteren Akteure schon in den 1960er Jahren, war aber aus heutiger Sicht wohl eher ein Vorläufer des späteren Rechtsterrorismus. Seine Tat hat die anderen nicht von diesem Irrweg abgebracht. Rückblickend stellt sich aber durchaus die Frage, ob sich diese Eskalation neonazistischer Gewalt nicht hätte im Keim ersticken lassen – wenn man Bachmanns Umfeld damals gründlich ausgeleuchtet hätte. Jede Antwort darauf bleibt natürlich letztlich hypothetisch. Das gilt auch für den Verlauf der 1968er-Bewegung und die Jahre danach.

Wie waren die Reaktionen auf Ihre Entdeckungen?

Das Medien-Echo war sehr positiv, nachdem der »Spiegel« als erster über meine Recherchen in den Stasi- und Polizeiakten berichtet hat. Viele hat überrascht, dass sich vierzig Jahre nach dem Attentat auf Rudi Dutschke noch so viel über die Hintergründe herausfinden und mit Akten und Fakten belegen läßt. Ansonsten ist bislang nicht viel passiert. Leider. Der Ex-Polizist Karl-Heinz Kurras, der 1967 den Studenten Benno Ohnesorg erschoss, war in seinem Prozess wegen Putativ-Notwehr freigesprochen worden. Erst nachdem 2009 rauskam, dass er auf der Lohnliste der Stasi stand, gab es bei ihm eine Hausdurchsuchung, bei der Waffen gefunden und beschlagnahmt wurden. Mir ist hingegen nicht bekannt, ob auch frühere Mitglieder der »Braunschweiger Gruppe« sicherheitshalber auf eventuellen Waffenbesitz oder -zugang hin überprüft wurden. Das scheint mir neben einem historischen Aufarbeiten des Falls z.B. durch das niedersächsische Landesparlament verdachtsunabhängig aber durchaus sehr überlegenswert. ■

Statistische Mogelpackung

Das Innenministerium und seine Statistik über politisch motivierte Straftaten.[1]

[1] Der Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU).

[2] Heinz Fromm, Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

[3] Konrad Freiberg, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Pünktlich vor dem 1. Mai veröffentlichte das Bundesinnenministerium eine Pressemitteilung[2] mit den aktuellen Zahlen zu politisch motivierten Straftaten. Dass die Pressemitteilung nur höchst selektiv zusammengestelltes Datenmaterial aufwies, wurde in der Medienlandschaft nicht hinterfragt. Vielmehr gab es den großen Aufschrei über vermeintlich gestiegene linke Gewalt und an die Wand gemalte bürgerkriegsähnliche Prognosen für den diesjährigen Maifeiertag.[3]

Inzwischen hat sich die Debatte öffentlich wieder gemäßigt. Der komplette Zahlensatz ist mit dem aktuellen Bundesverfassungsschutzbericht[4] erschienen, die schwarz-gelbe Regierung plant Gelder auch gegen »Links- und Ausländerextremismus«[5] zur Verfügung zu stellen und eine Gesetzesverschärfung zum Tatbestand des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und die Errichtung einer Bund-Länder-Projektgruppe zur besseren Bekämpfung linker Gewalt wurde im Rahmen der Innenministerkonferenz[6] beschlossen. Um die notwendige politische Debatte unaufgeregt und analytisch klar führen zu können, bedarf es jedoch einer Aufarbeitung und Einschätzung der dargelegten Zahlen.

Viel Lärm um nichts?!

Verwirrungstaktik Nummer eins war es, so viele unterschiedliche Begriffe wie möglich in den Raum zu werfen und dabei wichtige Begriffe nur marginal zu beleuchten.

Politisch motivierte Straftaten werden zunächst in Links, Rechts, Ausländer und Sonstige[7] unterteilt, eine Teilmenge davon sind Gewalttaten.[8] Als politisch links motiviert gelten Delikte, wenn »in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer ›linken‹ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazu zu rechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.«[9] Aus der öffentlich weniger bekannten Definition zu politisch motivierter Kriminalität geht hervor, dass als Themenfelder beispielsweise auch Antirassismus, Antifaschismus aber auch Menschenrechte und Sozialpolitik gelten.[10]

Mit diesem Begriffswirrwarr noch nicht getan, existiert zusätzlich die Kategorie »politisch motivierte Straftaten mit extremistischen Hintergrund« (Rechts, Links, Ausländer, Sonstige) mit der Teilmenge der »politisch motivierten Gewalttaten mit extremistischen Hintergrund«. Der extremistischen Kriminalität werden jene politisch motivierten Straftaten zugeordnet, »bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind«.

Eine weitere Dreistigkeit stellte dar, dass Delikte als politisch motiviert in die Statistik eingeordnet wurden, obwohl deren Hintergrund un-

1| Sämtliche Zahlen ohne nähere Angaben sind der Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 23.03.2010 oder dem Bundesverfassungsschutzbericht 2009 entnommen. Die Begriffe Rechts-, Links-, Ausländer- und sonstiger Extremismus sowie Straftaten werden aus der Logik der Veröffentlichungen des Innenministeriums verwendet.
2| http://www.bmi.bund.de/cln_183/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/03/politisch_motivierte_kriminalitaet.html?nn=109632
3| http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,689072,00.html
4| http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2009/

[2]

[3]

klar erscheint. So verkündete Innenminister de Maiziére: »Ebenfalls ist zu beobachten, dass vermehrt Personen aus einer zwar eher politisch geprägten Grundeinstellung handeln, ihre Taten jedoch auch von Vandalismus geprägt zu sein scheinen; teilweise sogar der Vandalismus im Vordergrund steht.« Weshalb Taten, bei denen der Vandalismus im Vordergrund steht, als politisch motivierte Straftaten erfasst werden, hinterfragte leider keine_r Journalist_in.

Abgehangene NPD-Plakate als linke Straftaten

Die nächste Finte des Bundesinnenministeriums war es, lauthals den Anstieg linker Straftaten zu verkünden, in dem Wissen dass es sich zum Großteil um Sachbeschädigungsdelikte im unteren Deliktsbereich handelte.

So wurde beispielsweise der legitime, gewaltfreie Protest gegen Neonazis in Form des Abhängens von Plakaten und Teilnahme an Protesten, sobald er an die Schranken von Gesetzen geriet, statistisch mit erfasst. Dazu bekannte der Bundesinnenminister: »Viele dieser Sachbeschädigungen haben im Zusammenhang mit der Bundestagswahl und den Wahlen zum Europäischen Parlament gestanden und sich in der Zerstörung, der Beschädigung oder dem Beschmieren mit verfassungsfeindlichen Symbolen von Wahlplakaten widergespiegelt.« Der letzte Halbsatz erklärt sich daraus, dass sich dieses Zitat allgemein auf den Anstieg von Sachbeschädigungen bezog. Bekanntermaßen wurden aber bedeutend mehr NPD-Plakate abgehangen, als dass Neonazis Plakate beschädigt haben. Darüber hinaus hatte die NPD erklärt, jedes beschädigte Plakat anzuzeigen.

Mit der großen Anzahl von Sachbeschädigungsdelikten begründet sich zahlenmäßig in weiten Teilen der Anstieg linker Straftaten (46 Prozent aller linken Straftaten fallen in diesen Bereich). Weitere 18 Prozent der linken Straftaten stellten Verstöße gegen das Versammlungsgesetz dar, darunter zählen auch zahlreiche Proteste gegen Neonaziaufmärsche wie beispielsweise die Teilnahme an Sitzblockaden. Es sei in Erinnerung gerufen, dass die polizeiliche Statistik eine reine Tatverdächtigenstatistik ist und kein Abgleich mit tatsächlichen Verurteilungen stattfindet. Darüber hinaus ist die Statistik zur Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) eine Eingangsstatistik, d.h. dass Straftaten bereits bei Aufnahme der polizeilichen Ermittlungen und damit beim ersten Anfangsverdacht erfasst werden.

Let's talk about left violence

Zu Recht wird darauf verwiesen, dass tatsächlich im Bereich der linken Gewalttaten ein Anstieg zu verzeichnen ist.

Dabei sind über ein Drittel dieser Delikte den Tatbeständen des Landfriedensbruchs und Widerstandsdelikten gegen Vollstreckungsbeamte zuzuordnen. Taten also, die klassisch im Zusammenhang mit Demonstrationen und Protesten gegen Neonazis stehen. Ein großer Teil von Widerstandsdelikten kann nur unter einem äußerst weiten Gewaltbegriff erfasst werden. Kommt es nämlich zur Verletzung des_der Beamt_in, geht die Tat als Körperverletzung in die Statistik ein. So gilt nach der Rechtsprechung als

5| http://www.welt.de/politik/deutschland/article7407096/Schroeder-sagt-Linksextremismus-den-Kampf-an.html

6| http://www.behoerden-spiegel.de/Internet/nav/f68/broker.jsp?uMen=f6810068-1671-1111-be59-264f59a5fb42&uCon=c4040b5d-956d-e821-a3b2-1717b988f2ee&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-bbbb-000000000011

7| http://www.bmi.bund.de/cln_183/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/03/politisch_motivierte_kriminalitaet.html?nn=109632

8| Als Gewalttaten gelten dabei: Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn-, und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte, Sexualdelikte

9| http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/309.htm

10| http://www.kriminalpraevention.de/downloads/as/gewaltpraev/hatecrime/Endbericht_Arbeitsgruppe.pdf

11| http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/307.htm

12| http://www.bmi.bund.de/cln_183/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2010/03/politisch_motivierte_kriminalitaet.html?nn=109632

13| Ebenda

14| Allein 20 Prozent aller Sachbeschädigungsdelikte stehen im Zusammenhang mit den verschiedenen Wahlen im Jahr 2009. Dabei wird nicht erläutert was die Bundesregierung als »Zusammenhang mit Wahlen« definiert. Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der

→

Linken, BT-Drs. 17/1928 vom 07. Juni 2010. Wie groß der tatsächliche Anteil linker Straftaten – außer den Sachbeschädigungen – ist, der in Zusammenhang mit den Wahlen steht, ist der Statistik nicht zu entnehmen, da diese Straftatbestände nur ereignisunabhängig auflistet.

15| Im Gegensatz zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) bei der Delikte erst nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen und vor Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfasst werden (Ausgangsstatistik).

16| Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken. BT-Drs. 17/1928 vom 07. Juni 2010, S.11

17| Tröndle/Fischer, 2009, § 113 Rn. 24

18| Tröndle/Fischer, 2009, § 125 Rn.5

19| Rein passiver Widerstand ist keine Gewalt (beispielsweise das Sich-Hinwerfen, bevor der Amtsträger zufasst oder das bloße Sitzen-Bleiben). Passives Verhalten reicht auch nicht aus, wenn die Vollstreckungshandlung erschwert oder zu ihrem Vollzug Gewalt erforderlich wird. Vgl. Tröndle/Fischer, 2009, § 113 Rn. 25

20| Siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfragen der Linken. BT-Drs. 17/1928 vom 07. Juni 2010, S.8

21| http://www.opfer-perspektive.de/Presse/996.html

22| http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/zwiggpolizei.pdf

Gewalt im Sinne des Widerstandsdelikts, wenn man sich von einem_r Polizist_in losreißt oder sich gegen den Boden bzw. andere Hindernisse stemmt, um sein Wegbringen zu verhindern oder heftige Bewegungen ausführt, um sich aus dem Griff eines_r Beamt_in zu befreien. Ähnliches gilt für den Landfriedensbruch, der auch schon bei dem Werfen von Eiern, Erdklumpen, Feuerwerkskörpern oder Farbbeuteln, dem Zerstechen von Autoreifen oder dem Durchbrechen von Absperrungen einschlägig sein kann. Wenn man zusätzlich bedenkt, dass die PMK-Statistik nach Anfangsverdacht erstellt wird, so liegt nahe, dass zahlreiche nichtstrafbare passive Widerstandshandlungen als Gewaltdelikte erfasst werden. So endet tatsächlich nur ein Teil dieser vorgeworfenen Delikte in Verurteilungen. Viele, die sich aktiv an den zahlreichen antifaschistischen Protesten beteiligt haben, wissen wie schnell es zu Anzeigeerstattungen kommt. So ist es nicht verwunderlich, dass ein nicht geringer Teil des Anstiegs linker Gewalttaten genau auf diesen Straftatenkomplex zurückgeht.

Der andere Bereich des Anstiegs linker Gewalttaten ist im Zuwachs von Körperverletzungsdelikten begründet. Dabei bleibt zu sagen, dass sich etwa die Hälfte der Delikte gegen Polizist_innen richtete. Es dürfte sich weniger um gezielte Angriffe, als um Verletzungen im Rahmen von Demonstrationsabläufen gehandelt haben. Die zweite Hälfte der Körperverletzungen richtete sich gegen (vermeintliche) Neonazis.

Auch politisch linksmotivierte Brandstiftungsdelikte haben sich knapp verzweifacht. Der statistischen Verdopplung muss allerdings dahingehend widersprochen werden, dass es sich um ein schwerpunktmäßig auf Berlin begrenztes Phänomen handelt. Nur ein Bruchteil der medial nach links zugeschriebenen Fälle war tatsächlich politisch motiviert. Diese pauschale Kategorisierung wird inzwischen von verschiedenen Seiten gerügt und selbst die Polizei widerspricht häufig. Vielfach sind die Tathintergründe unklar und auch Versicherungsbetrüge finden nicht selten statt.

Schlussendlich wurden in der Medienrezeption im Vorfeld des ersten Mai die Begriffe »Straftat« und »Gewalttat« nicht differenziert verwendet. So ist zwar jede Gewalttat eine Straftat, aber nicht jede Straftat eine Gewalttat, ein kleiner aber feiner Unterschied.

Links gleich Rechts, Rechts gleich Links?

Beim Durchblättern der Pressemeldungen zu politisch motivierter Kriminalität erscheinen rechte Straftaten als Normalität. In der Medienlandschaft und Öffentlichkeit ist im Laufe der Jahre ein Gewöhnungs- und Normalisierungseffekt eingetreten. So wurde »glücklicherweise« in diesem Jahr endlich ein Rückgang vermeldet und der »alte« Feind links war wieder präsent.

Dabei wurden auch für das Jahr 2009 mehr als doppelt so viele rechte wie linke Straftaten registriert. Es muss aber angefügt werden, dass es sich in knapp 70 Prozent der Fälle um Propagandadelikte handelte. Diese herausgerechnet, kam es auch im letzten Jahr zu einem leichten Anstieg rechter Straftaten.

Rechte Gewalttaten waren vorrangig rassistisch motiviert und forderten erneut ein Todesopfer. Nahezu 90 Prozent aller rechten Angriffe stellten Verletzungshandlungen mit teilweisen schweren Folgen dar. Sie wurden überwiegend im direkten körperlichen Angriff häufig mit dem Einsatz von gefährlichen Gegenständen ausgeführt. »Linksextremistische Gewalttaten« waren zu über 40 Prozent Widerstands- und Landfriedensbruchdelikte sowie gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs und Straßenverkehr. Linke Gewalt greift insgesamt in deutlich geringerem Maße auf brutale und lebensbedrohliche Tatbegehung zurück und kann eher als Distanzgewalt beschrieben werden.

Zieht man zusätzlich die veröffentlichten Zahlen der Beratungsstellen <<für Betroffene rechter Gewalt in Ostdeutschland heran, so wird offensichtlich, dass rechte Gewalt in der offiziellen Statistik deutlich unterrepräsentiert ist. So vermeldeten die Beratungsstellen allein 739 Gewalttaten für die fünf ostdeutschen Bundesländer inklusive Berlin. Diese Zahl ist annähernd so hoch wie die von den Behörden veröffentlichte Zahl von Gewalttaten für die gesamte Bundesrepublik (891 rechte Gewalttaten).

Die Frage nach dem »Warum« und »Wie weiter«

Zunächst gibt es simple statistische Antworten. Tatsächlich haben sich die registrierten linken Straftaten massiv erhöht. Das Jahr 2009 schlägt als Superwahljahr mit einer Vielzahl politischer Veranstaltungen und insbesondere Protesten gegen Neonazis nieder. Rechnet man die Sachbeschädigungen heraus, gibt es nahezu keinen Anstieg linker Straftaten. Die Zunahme linker Gewalttaten liegt in weiten Teilen im Demonstrations- und Protestgeschehen begründet und basiert schwerpunktmäßig auf Widerstands- oder Landfriedensbruchdelikten sowie Körperverletzungen. Eingebettet in die Themenfelder »Antifaschismus« und

15.04.2010 Drucken | Senden | Feedback | Merken

Screenshot: spiegel.de

Sicherheitslücken

Polizeigewerkschaft fürchtet Todesfälle bei Mai-Krawallen

ddp

Szene während der Mai-Krawalle in Berlin: Polizei überfordert

Er warnt vor Hunderten Verletzten, schließt sogar Todesfälle nicht aus: Der Chef der Polizeigewerkschaft erwartet neue Gewaltexzesse zum 1. Mai und bemängelt große Sicherheitslücken. Die Beamten seien überfordert. "Es fehlt an allen Ecken und Enden in der Republik."

[1]

[1] Mit »linksextremen« Schreckensszenarien schafft es die GdP in die Schlagzeilen.

»Konfrontation/Politische Einstellung gegen rechts« bzw. »gegen sonstige politische Gegner« geben die Zahlen und Veröffentlichungen dem Extremismusansatz der schwarz/gelben Bundesregierung und den zahlreichen Fans von »law and order« Auftrieb.

Der Wind um die Delikte gegen Beamt_innen ist im Wesentlichen damit zu begründen, dass eine Gesetzesverschärfung geplant ist. So beschloss die Innenministerkonferenz im Mai die Höchststrafe für Widerstandsdelikte von zwei auf drei Jahre anzuheben. Der Öffentlichkeit wurde dabei vermittelt, dass dies notwendig sei um linke Gewalt und Stadienkriminalität einzudämmen, was empirisch durch eine Studie des Kriminologischen Instituts Niedersachsens bekräftigt wurde. Danach hat die Gewalt gegen Polizeibeamt_innen seit 2005 um 60 Prozent zugenommen, wobei sich die Fallzahlen aber auf relativ niedrigem Niveau bewegen (Anstieg von 203 auf 325 Fälle mit Dienstunfähigkeit über 6 Tagen). Hauptursache sind aber nicht randalierende Linke, sondern laut der Studie normale Einsätze wie nichtversammlungsrechtliche Veranstaltungen, Personenkontrollen, Ruhestörungen und Streitigkeiten. Selbst der sonst nicht für liberale Äußerungen bekannte Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Konrad Freiberg hatte verkündet, dass »es immer häufiger Routineeinsätze (sind), die eskalieren«. So sind es beispielsweise die prügelnden Ehemänner, die den Polizist_innen Sorge bereiten. Denn nach den Änderungen im Gewaltschutzgesetz im Jahr 2002 sind die Beamt_innen verpflichtet, gewalttätige Familienmitglieder aus der Wohnung zu entfernen. Daher stiegen Verletzungen aufgrund von Einsätzen wegen häuslicher Gewalt um fast 80 Prozent an. Der Anstieg (37 auf 65 Fälle) von Verletzungen auf linken Demonstrationen zwischen 2008 und 2009 bewegt sich dagegen auf niedrigem absoluten Niveau. Die Debatte um häusliche Gewalt ist aber aufgrund gesellschaftlicher Verwurzelung und mangelnder öffentlichkeitswirksamer Brisanz schwieriger vermittelbar als der Kampf gegen (vermeintliche) Extremist_innen.

Schlussendlich hat die schwarz-gelbe Bundesregierung »allen Extremismen« den Kampf erklärt. In dieser Logik muss es auch ein Problem mit Links- und Ausländerextremismus geben. Die sich wiederholenden Erklärungen bezogen sich insbesondere auf die neue Statistik, Gewalt gegen Polizist_innen sowie brennende Autos in Hamburg und Berlin. Rechte Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft geraten so aus dem politischen Fokus. Ein Rückfall – auch auf Bundesebene – in Verhaltensweisen der neunziger Jahre scheint wahrscheinlich. Rassistische Einstellungen sind weit verankert, rechte Gewalt wird ignoriert und alternative Jugendliche zu »Linksextremen« stilisiert. Dass dies, wie bereits von verschiedenen Wissenschaftler_innen angemahnt, völlig an der Realität vorbeigeht, passt aber nicht ins politische Konzept. Treu dem Extremismusansatz folgend (vgl. AIB # 80), wollte die Bundesregierung auch schon dieses Jahr Geld gegen »Linksextremismus« in Ostdeutschland ausgeben und blieb darauf sitzen.

In Zukunft gilt es weiter aktiv gegen den Extremismusansatz zu streiten und gesellschaftliche Analysen nicht nach der »guten Mitte« und den »bösen Extremisten« auszurichten. Dabei sollte sich der Fokus einer antifaschistischen Linken insbesondere auf die Kritik des derzeitigen bundesdeutschen Demokratiekonzepts im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) richten. Demokratie wird demnach im staatsrechtlichen Sinne als Ordnungsinstrument und nicht als Rahmen zur Verteidigung/Gewährleistung von Menschenrechten verstanden. Diesem antiemanzipatorischen Konzept müssen eigene Vorstellungen von Gesellschaft entgegengestellt werden. ■

23| www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,696824,00.html

24| www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,696814,00.html

25| ebenda

26| siehe: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/11/nl24_antiextremismusprogramme.pdf [zuletzt gesehen 3. August 2010]

27| www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,708775,00.html [zuletzt gesehen 3. August 2010]

28| Legaldefinition der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« in § 4 Abs. 2 Bundesverfassungsschutzgesetz.

»Blood & Honour«-Sektion Spanien vor dem Aus

Mit Haft- und Geldstrafen endete in Madrid ein Prozess gegen Mitglieder des spanischen Ablegers von »Blood & Honour«. Vierzehn Neonazis wurden zu Gefängnisstrafen bis zu dreieinhalb Jahren verurteilt. Drei Haupttätern wurden teilweise die bürgerlichen Rechte aberkannt. Das Gericht ordnete die Auflösung der Gruppierung an. Fast alle Angeklagten hatten Verbindungen zur neonazistischen Splitterpartei »Movimient Social Republicano« (MSR).

Florian Osuch

Vor dem Provinzgericht in Madrid endete Anfang Juli 2010 der Prozess gegen die spanische Sektion des internationalen Neonazi-Musik-Netzwerkes »Blood & Honour«. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Männer eine illegale Vereinigung gegründet, mit verbotenen Waffen gehandelt sowie zu Hass und Gewalt gegen Migranten aufgerufen hätten. Zwischen 1999 und 2005 war »Blood & Honour« in Spanien im Milieu von Neonazikonzerten, Tonträgerhandel und politischer Agitation tätig. Im Prozess verurteilten die Richter 14 von 18 Angeklagten und ordneten die Auflösung der Gruppierung an. Die Neonazis wurden zu Haftstrafen zwischen einem und dreieinhalb Jahren verurteilt. Damit blieben die Richter an der absoluten Untergrenze der möglichen Haftstrafen. Drei Haupttätern wurden zudem für die Dauer von sechs Jahren teilweise die bürgerlichen Rechte aberkannt. Sie dürfen in dieser Zeit nicht im Staatsdienst tätig sein und sich nicht zu Wahlen aufstellen lassen. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass »Blood & Honour« eng verwoben war mit der neonazistischen Splitterpartei »Movimiento Social Republicano« (MSR). 16 der 18 Angeklagten waren Kandidaten der MSR im Jahr 2004.

»Blood & Honour« ist ein internationales Neonazinetzwerk, das europaweit Rechtsrockkonzerte organisiert und die dazugehörigen Tonträger vertreibt. Die Neonazis verfolgen insbesondere zwei Ziele: zum einen mit Konzerten und CD-Verkauf Geld für die Neonazi-Bewegung zu sammeln und zum anderen junge Menschen an die rechte Szene zu binden und zu politisieren. In der Bundesrepublik hatte sich eine deutsche Sektion im Jahr 1993 gegründet. Diese wurde im Jahr 2000 verboten.

Die Anklage stützte sich im Wesentlichen auf Ermittlungen der spanischen Sonderpolizei Guardia Civil, die sonst insbesondere für sogenannte Antiterrorismusverfahren gegen die linke baskische Unabhängigkeitsbewegung bekannt ist. Im April 2005 nahm die Guardia Civil 21 Personen unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft von »Blood & Honour« fest und durchsuchte Wohnungen, Treffpunkte und Lokale. Fünf Männer kamen kurzzeitig in Haft. Neben umfangreichem Propagandamaterial und Tonträgern beschlagnahmte die Polizei damals auch Waffen, darunter zwei scharfe Pistolen.

Landesweites Netzwerk

Die Anklage in Madrid zählte drei Männer zur Führungsspitze der spanischen B&H-Sektion. Dazu gehörten die Gründungsmitglieder, sowie die operative Leitung. Robert Luengo Usano aus Madrid und Francisco José López Perea aus Jaén sollen die Organisation im Dezember 1999 gegründet haben. Usano, Angestellter eines privaten Sicherheitsdienstes, wurde Präsident. Er betreibt den Neonaziladen »Rivendel« in Madrid und soll entschieden haben, wer nach einer dreijährigen Anwärterschaft als Vollmitglied in den elitären Kreis von B&H aufgenommen wird. Organisationsintern habe Usano Anweisungen und Befehle an alle Kameraden erteilt, die später Bericht erstatten mussten. Ihre Zentrale hatte »Blood & Honour« in San Sebastián de los Reyes, einem Vorort nördlich von Madrid. Das Netzwerk erstreckte sich landesweit vom südspanischen Sevilla bis in den Norden nach Burgos und Zaragoza.

Als Nebenklägerin im Prozess trat die spanische NGO Movimiento Contra la Intolerancia (Bewegung gegen Intoleranz) auf. Ihr Vorsitzender Esteban Ibarra verwies darauf, dass mit dem Urteil erstmalig der Aufruf zu Hass und Gewalt gegen Migranten für illegal erklärt wurde und dieser nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei. Das Urteil habe Signalwirkung für zukünftige Prozesse, fügte er an. Ibarra beobachtet seit mehreren Jahren intensiv die neonazistische Szene in Spanien. Die Bewegung gegen Intoleranz publiziert jährliche Berichte über neonazistische und rassistische Aktivitäten. Als rechte Hochburg gilt insbesondere die Region Valencia. Dort verüben Neonazis regelmäßig Brandanschläge und andere Attacken gegen linke Lokale, Soziale Zentren und Büros der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung.

Das Urteil gegen B&H ist noch nicht rechtskräftig. Bislang sind alle Neonazis auf freiem Fuß. Antifaschisten gehen zudem davon aus, dass – falls das Urteil von einer oberen Instanz bestätigt werden sollte – einzig die drei genannten Haupttäter ihre Haftstrafen antreten. In Spanien ist es üblich, dass Haftstrafen erst ab einer Höhe von zwei Jahren vollstreckt werden, sofern die Verurteilten keine Vorstrafen haben. Im vorliegenden Fall wurden elf Neonazis zu einem Jahr Haft verurteilt.

Gegründet wurde B & H in den 1980er Jahren in England von Ian Stuart Donaldson, Sänger der Neonaziband »Skrewdriver«. Der Name – zu Deutsch »Blut & Ehre« – geht auf das gleichnamige Motto der deutschen Nationalsozialisten zurück. So war die Losung insbesondere bei der Hitlerjugend verbreitet, wo sie unter anderem auf Koppelschlössern und Fahrtenmessern eingraviert war. ■

Spaniens Rechte zersplittert

Die spanische Rechte bleibt indes weitgehend zersplittert. Rund ein Dutzend Vereinigungen buhlen um das geringe Potenzial rechts von der konservativen Volkspartei Partido Popular (PP). Gleich mehrere Parteien beziehen sich auf die Partei Falange des ehemaligen faschistischen Diktators Franco. Sie heißen »Falange Auténtica« oder »Movimiento Caólico Español« und bilden ideologisch einen Mix aus Konservatismus, Antikommunismus und katholischem Fundamentalismus. Im moderneren Gewand geben sich Parteien wie »Plataforma per Catalunya«, die als Rechtspopulisten bezeichnet werden und einige Mandate in Kommunal- und Stadtparlamenten besitzen. Die Partei »España 2000« verfügt insbesondere in der Region Valencia über große Unterstützung. Zu Aufmärschen von »España 2000« kommen regelmäßig bis zu eintausend Neonazis. Daneben gibt es zahlreiche Kleinparteien wie »Alianza Nacional«, »Combat España« oder »Democracia Nacional«. Sie verfügen über keine nennenswerten parlamentarischen Vertretungen, haben jedoch teilweise großen Einfluss auf lokale Neonazi- und rechte Skinheadstrukturen.

Seit einiger Zeit gibt es Bestrebungen, die Zersplitterung zu überwinden. So schlossen im Jahr 2009 erstmals drei Organisationen eine engere Kooperation: »España 2000«, »Frente Nacional« (FN) sowie »Movimiento Social Republicano« (MSR). Es bestehe die Notwendigkeit gemeinsamer politischer Kampagnen zur »Verteidigung der spanischen Arbeiter« sowie der »Zurückdrängung der Migration«, so die Neonazis.

Die Partei MSR – zu Deutsch »Sozialrepublikanische Bewegung« – kopiert teilweise die Ästhetik so genannter »Autonomer Nationalisten« in Deutschland. Inhaltlich postuliert sie ein Mix aus revolutionärem Patriotismus, nationalem Sozialismus und extremem Rassismus. ■

Mehr Informationen unter:

www.antifeixistes.org

Die rechtspopulistische »Dänische Volkspartei«

Kurze Geschichte

Die »Dänische Volkspartei« (Dansk Folkeparti, DF) hat den Rechtspopulismus in Dänemark nicht erfunden. In den 1970er Jahren schon sorgte die »Fortschrittspartei« (Fremskridts-parti) durch populistische Forderungen für Aufsehen. Sie schaffte es aber nie, sich vom Image der »Protestpartei« zu emanzipieren und so blieb der Rechtspopulismus auf der öffentlichen Bühne eine kleine Erscheinung. Erst das Jahr 1995 sollte die politischen Verhältnisse nachhaltig und grundlegend verändern. Pia Kjærsgård und zwei weitere Funktionäre verließen am 6. Oktober dieses Jahres die »Fortschrittspartei«, um noch am gleichen Abend medienwirksam die DF ins Leben zu rufen. Die ersten Reaktionen auf die Gründung waren eindeutig. Die neue rechtspopulistische Partei werde schnell wieder in der Versenkung verschwinden, lautete die einhellige Prognose. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Sie überstand Startschwierigkeiten und es gelang ihr, das vorschnelle Urteil zu widerlegen, lediglich eine Protestpartei zu sein. Ein wichtiger Faktor hierbei war, dass die Parteichefin Pia Kjærsgård für viele Menschen eine Integrationsfigur mit Charisma und politischem Profil war. Bis zum heutigen Tage hat sich daran nichts geändert und Strukturen wie Politik der Partei sind auf die Parteichefin zugeschnitten. Von Beginn an ist es eine Strategie der DF gewesen, sich durch ständige Präsenz in der Öffentlichkeit einen Platz im politischen Alltag in Dänemark zu erarbeiten. Der Diskussionsgegenstand spielt hierbei eine untergeordnete Rolle. Die »Volkspartei« hat zu jedem Thema eine Meinung und geht als erste mit ihrer Haltung an die Öffentlichkeit. Provokante Inhalte, Vorschläge oder Forderungen sorgen für die nötige Aufmerksamkeit. Die Rechtspopulisten nehmen für sich in Anspruch, die wahren Vertreter des dänischen Volkes zu sein und im Interesse Dänemarks zu handeln. Diese Botschaft findet bei vielen Wähler_innen Gehör, der Erfolg der Populisten ist beängstigend.

Er stellte sich bereits bei der ersten Kommunalwahl nach Parteigründung ein. Unerwartet konnte hier einer der größten Stimmenzuwächse verzeichnet werden. Diese Tendenz setzte sich fort und innerhalb von nur vier Jahren wurde die DF zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft im Land. Seit 2001 kooperiert die liberale Regierungspartei »Venstre« mit den Rechtspopulisten. Blockt die Opposition, ist die Regierung auf die Stimmen der DF angewiesen, um ihre Positionen durchzubringen. Diese »de facto«-Regierungsbeteiligung verleiht ihnen einen enormen politischen Einfluss. So kann die Partei ihren Worten Taten folgen lassen, dies untermauert ihren selbstinszenierten Ruf als Kraft, »die etwas tut«. Ein Beispiel ist das Einwanderungsgesetz, welches seit 2001 etwa alle acht Monate drastisch verschärft wurde.

Die DF ist auch die einzige Partei aus dem Regierungsblock, der bei der nächsten Parlamentswahl ein weiterer Stimmenzuwachs prophezeit wird. »Venstre« und auch die Konservativen stecken in einer Krise. Um an der Macht zu bleiben, wird es schwer zu umgehen sein, die »Volkspartei« als vollständige Partnerin mit in die Regierung zu holen. Das würde 16 Jahre nach ihrer Gründung den bisherigen politischen Höhepunkt für die Rechtspopulisten bedeuten.

Die Einwanderung als Bedrohung

Den politischen Schwerpunkt der DF verdeutlichen die drastischen Verschärfungen des Einwanderungsgesetzes. Wie ein roter Faden zieht sich eine wahrhafte Mobilmachung gegen Einwanderer_innen und deren »andersartige und undänische« Kultur durch die Geschichte der Partei. Mit Stigmatisierungen und einer Sündenbockpolitik wird Angst geschürt. Unterdrückung der Frauen, Gewalt, Kriminalität, Drogenhandel, Terror, Arbeitslosigkeit oder Homophobie; kaum eine Problematik im Land, die nicht, teilweise mit abstrusesten Begründungen, auf die Einwanderung zurückgeführt wird. Auf der Internetseite der Partei heisst es: »Wir müssen die Forderung stellen, dass Einwanderer sich an das dänische Gesetz, dänische Regeln und die grundlegenden Werte wie Gleichstellung, Demokratie und Meinungsfreiheit halten – nur auf diese Art und Weise können wir garantieren, dass wir auch in

[1] Pia Kjærsgård ist die Parteichefin und Integrationsfigur der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei.

der Zukunft eine gute dänische Gesellschaft haben.« So einfach kann es sein. Die Einwanderer müssen aufgefordert werden, sich an diese Werte zu halten. Für die Dänen sind sie natürlich eine Selbstverständlichkeit. Die jetzige dänische Gesellschaft gerate durch die Zuwanderung überhaupt erst in Gefahr. Dieses Beispiel zeigt, dass es der DF im Kern gar nicht um Integration geht. Es geht um die Unvereinbarkeit der dänischen Kultur mit den »fremden«, »von außen kommenden« Kulturen, die den westlichen, eigentlich dänischen Werten wie Meinungsfreiheit, Demokratie und Gleichstellung nicht aufgeschlossen gegenüberstehen. Folgerichtig ist in der Analyse die Integration schon im Vorfeld zum Scheitern verurteilt und die Einwanderung eine Bedrohung. Mogens Camre, Mitglied der DF, erläutert anschaulich, wie diese Kulturunterschiede aussehen sollen: »Die Dänen haben keinen persönlichen Hass gegen den einzelnen Flüchtling, aber sie wünschen die fremden Kulturen in Dänemark nicht. Aus einem ganz einfachen Grund: unterdrückte, verschleierte Frauen, eine hohe Geburtenrate und Messermorde gehören einfach nicht in unsere Zeit und unser Land.[1]« Auf diese Art und Weise werden auch zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die Verdammung der »fremden« Kulturen auf der einen Seite, die Reinwaschung der dänischen Kultur, in der es keine unterdrückten Frauen, Messerattacken und Familien mit vielen Kindern gebe, auf der anderen Seite.

Die Kampagne »Sicherheit jetzt – Die Gewalt raus aus Dänemark« zeigt, wie weit dieser kulturelle Rassismus gehen kann. Die Kampagne der DF war eine Reaktion auf den »Rauswurf« von Parteichefin Pia Kjærsgård aus dem überwiegend von Migrant_innen bewohnten Stadtteil Mjølnerparken in Kopenhagen. Als sie diesen besuchen wollte, wurde sie beschimpft und mit Eiern und Gemüse beworfen und musste schließlich fluchtartig die Gegend verlassen. Die Kampagne macht nicht nur alle Migrant_innen in Dänemark für die Attacke verantwortlich, sondern stellt darüber hinaus Gewalttätigkeit in einen kausalen Zusammenhang mit Ethnizität und Kultur. Diese Koppelung erfüllt eine wichtige Funktion. Sie suggeriert, dass ein Gewaltproblem buchstäblich aus dem Land geschmissen werden könne, weil die Gewalt »dem Ausländer« als Eigenschaft zugeschrieben und im gleichen Atemzug als etwas dem »dänischen Wesen« fremdes dargestellt wird.

→

→ Bei solchen Kampagnen ist die Schlussfolgerung der DF fast schon zwingend: »Die Einwanderung stellt die größte Bedrohung der Geschichte Dänemarks dar.«[2]

Begründet wird diese massive Mobilmachung mit dem medienwirksamen Aufbauschen von Einzelfällen oder haarsträubenden Stigmatisierungen. In einer Diskussion um Gewalt von Migrant_innen sagt der außenpolitische Wortführer der Volkspartei Søren Espersen gegenüber der Zeitung »Berlingske Tiden«: »Es sind eine Masse an Beispielen in den Vormittagszeitungen der letzten Wochen – Alles schwimmt im Blut.«

Die Gleichstellung der Geschlechter und Unterdrückung der Frau sind Themen, die mit Vorliebe instrumentalisiert werden, um die migrant_innenfeindliche Stimmung weiter anzufachen. 2001 brachte die Jugend der DF ein Plakat heraus, auf dem eine Frau in Niqab zu sehen ist, versehen mit der Überschrift: »Dein Dänemark? Eine multiethnische Gesellschaft mit: Massenvergewaltigung, Gewalt, Unsicherheit, Zwangsehen, Frauenunterdrückung und Bandenkriminalität. Wünschst du das?«

Dass Feminismus und geschlechtliche Gleichstellung ausschließlich in der negativen Abgrenzung zur Einwanderung vertreten wird, sonst aber auf der politischen Agenda nicht auftaucht, scheint niemanden weiter zu verwundern. Die Macher des Plakates wurden nach dem Rassismusparagraphen verurteilt. Das kommentierte Parteichefin Kjærsgård mit: »So weit ich weiss steht da nicht ein verkehrtes Wort auf dem Plakat.«[3]

Diese Instrumentalisierung setzt Migrant_innen in einen kausalen Zusammenhang mit den Problemen im Land und macht eine migrant_innenfeindliche Stimmung gesellschaftsfähig. In Zeiten des sogenannten »Kampfes gegen den Terror« ist es der Islam, der zum Aufbau eines Feindbildes besonders gut geeignet ist. Das wissen auch die Politiker der DF.

Wieder wird auf die bekannte Strategie der Gleichsetzung zurückgegriffen. Es wird keinerlei Unterschied zwischen religiösen Fundamentalisten und Menschen muslimischen Glaubens gemacht. Das Ziel ist die kollektive Schuld und Verantwortung. Gepaart mit schweren Anschuldigungen und kulturellen Zuschreibungen verfehlt dies seine Wirkung nicht.

Dass der Islam eine Bedrohung für die westliche Zivilisation darstelle, ist mittlerweile eine weit verbreitete Annahme in Dänemark.

Das aktuellste Beispiel agressiver Rhetorik kommt vom DF-Politiker und Pastor Jesper Langballe: »Muslimische Väter schlagen ihre Töchter tot und schauen weg während der Onkel sie vergewaltigt.«[4] Dieses Zitat sorgte dann doch für etwas Aufsehen. Die Parteivorsitzende Pia Kjærsgård erklärte umgehend, dass die Wortwahl Langballes übertrieben war. Diese »Beinahe-Distanzierung«, wird jedoch einen Absatz weiter unten völlig hinfällig. »Das ändert aber nichts daran, das Langballe mit dem Inhalt der Aussage richtig liegt.«[5] Provokationen dieser Art dienen als Test, um zu sehen, wie weit sie mit ihrer chauvinistischen Rhetorik gehen können. Immer wieder wird etwas zurückgerudert, doch die Strategie geht auf. Der Inhalt der Aussage hat bereits seinen Platz in der Öffentlichkeit gefunden.

Die Instrumentalisierung des Islam geht soweit, dass Konflikten ohne irgendeinen Anhaltspunkt ein Bezug zur Religion angedichtet wird. Ein Beispiel dafür kommt von Parlamentsmitglied Peter Skaarup: »Leider müssen wir davon ausgehen, dass die Situation mit sehr brutalen muslimisch dominierten Einwandererbanden, welche sich in einem ganzem Viertel breitmachen, es dominieren und beeinträchtigen, wachsen wird. Trotz härterer Strafen.«[6] Dieser automatische Zusammenhang ist reiner Populismus. Eine Behauptung ohne Substanz, welche aber an die Stimmung bei vielen Menschen anknüpft und somit auf fruchtbaren Boden trifft.

Dänemark im Kriegszustand

Die Rechtspopulisten suggerieren einen »Kriegszustand«, in dem sich Dänemark befinde. Der »Feind«, gegen den das Land verteidigt werden müsse, ist der_die Einwanderer_in. Hierbei insbesondere Menschen muslimischen Glaubens. Mogens Camre, Politiker der DF, unterstreicht dies mit einer Veröffentlichung unter dem Titel »Muslime sind per Definition Eroberer«. Hier schreibt er: »Der Fehler war anzunehmen, das man Menschen integrieren kann, die nicht gekommen sind, um integriert zu werden, sondern um neues Territorium zu erobern.«[7]

Neben einer fehlenden Differenzierung und dem Etablieren einer Position des »Wir«, in die sich Muslime nicht integrieren lassen wollen, zeigt es die Vokabel des Eroberns richtungsweisend auf: »Die Muslime kommen nach Dänemark, um in einem Feldzug das Territorium des Islam zu erweitern.«

In die gleiche Kerbe schlägt sein Kollege Søren Krarup: »Alle westlichen Länder sind von Muslimen infiltriert – einige von ihnen sprechen nett zu uns, während sie darauf warten uns totzuschlagen.«[8] Mögen sol-

1| Politiken 21.4.1998
2| Jyllands Posten 27.12.99
3| Dansk Folkeblad Nr.5/2002
4| Politiken, 23.01.10
5| Politiken, 26.01.2010
6| Politiken.dk, 24.03.2009
7| Nordjyske.dk, 10.3.2009
8| Jyllands Posten 17.9.2001
9| Folketingsalen 23.4 2007
10| Politiken 12..2005
11| Danskeren Nr.1 2006
12| Eine Anspielung auf den Widerstand gegen die Kollaboration der dänischen Regierung mit den Nazibesatzern. Einwanderung wird hier also mit der Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland gleichgesetzt.

[1] Søren Krerup vergleicht den Islam mit dem Nationalsozialismus.

che Aussagen auch überzogen erscheinen, halten viele Menschen diese, zumindest im Kern, für wahr. Krarup geht noch einen Schritt weiter, indem er den Islam mit dem Nationalsozialismus in Verbindung bringt: »Es kann gut sein, dass dieses kränkend wirkt, aber der Islam ist ein totalitäres Regime, welches tausende Menschenleben auf dem Gewissen hat. Das Kopftuch ist ein Symbol für dieses Regime und der Koran kann ohne Probleme mit ›Mein Kampf‹ verglichen werden.«[9]

Diese Rhetorik hat System und ist wesentlicher Bestandteil des rechten Populismus. Hier vereint sich das Volk/Feind-Schema mit einer Anschuldigung an die »Verräter im eigenen Land«, die sich nicht gegen die angebliche Bedrohung wenden. Søren Espersen dazu: »Es kann gut sein, das Tøger Seidenfaden (Chefredakteur der Tageszeitung »Politiken«) und seine elitären Freunde in Frankreich und Deutschland uns verabscheuen. Aber wir bekommen positive Rückmeldungen von den Menschen, die uns etwas bedeuten, nämlich ganz normale Dänen die sich darüber freuen, dass wir ihren Kampf kämpfen. Wir schauen nicht auf die Bevölkerung herab, wir hören ihr zu. Das ist es was die Elite in der Ausländerfrage völlig ignoriert hat.«[10] Diese Kategorisierungen machen es herrlich einfach: Die Sündenböcke sind gefunden, die Frontlinie gezeichnet. »Muslime und nicht angepasste Einwanderer wollen uns das Land wegnehmen, uns eine fremde undänische Kultur aufzwingen und uns zum Islam bekehren. Die dänische Linke und Elite verrät das Land, da sie mit Arroganz die Wünsche des einfachen Volkes ignoriert und mit ihrer Globalisierung und Menschenrechten der Einwanderung den Weg bereiten.«

Das Mitgliedsblatt der DF bringt es dann auf den Punkt: »In den Augen der Korrekten sind wir, die Dänemark nicht den Islamisten preisgeben wollen, selbstverständlich Rassisten.«[11]

Die Begrenztheit der »Korrekten« wird angegriffen, aber nicht der rassistische Inhalt der eigenen Aussage. Im Gegenteil: Es wird versucht, dem Rassismus im Kampf für Dänemark eine Notwenigkeit zu bescheinigen.

Die Rettung aus dieser ausweglosen Situation kann im Mitteilungsblatt der DF nachgelesen werden: »Das wird die Dänische Volkspartei nicht zulassen!... diese Entwicklung kann gestoppt werden! Das Dänische Volk hat sich schon einmal erhoben, als die Führungspersonen im Land gegen die Interessen Dänemarks gehandelt haben.«[12]

Es ist nicht allein die Verantwortung der DF, dass es einen massiven Rechtsruck in Dänemark gibt. Wären die Menschen im Land nicht offen für diesen Populismus, würde die Hetze ins Leere laufen. Es ist aber die DF, die dem Rechtspopulismus eine Struktur und Stimme verschafft und damit volle Akzeptanz im Land erreicht hat. Der Rechtspopulismus ist in Dänemark in der Mitte der Gesellschaft angekommen und integriert. Ein Ende ist leider nicht in Sicht. ■

»Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft. Exjugoslawen, Russlanddeutsche, Türken, Polen«

Mit dieser 70-seitigen Broschüre haben sich die Autor_innen Sead Husic, Barbara Kerneck, Daniel Bax und Uwe Rada eines Themas angenommen, das medial kaum beachtet wird und auch in der Politikwissenschaft noch völlig unterrepräsentiert ist. Zusammengestellt wurde das Heft von Henning Flad, der Vielen durch sein Buch »Reaktionäre Rebellen: Rechtsextreme Musik in Deutschland« (2001) bekannt sein dürfte. In vier Kapiteln werden extrem rechte Gruppierungen, Symbole und Feindbilder unter türkischen, polnischen, exjugoslawischen und russlanddeutschen Einwanderer_innen beleuchtet. Um »Jugo-Kult und Ethno-Irrsinn« geht es im ersten Abschnitt. Von paramilitärischen Einheiten bis zu Parteien werden hier Symbole und Entstehung der Gruppen erklärt. Lesenswert ist dieses Kapitel auch für europäische Konzertveranstalter, die bis heute immer noch Auftritte mit dem bekennenden Faschisten, Rassisten und Antisemiten Marko Perkovic alias »Thompson« organisieren, auf den hier ausführlich eingegangen wird. Das zweite Kapitel über ultrarechte Tendenzen bei Russlanddeutschen hat insbesondere nach dem Mord an Marwa El-Sherbini in Dresden 2009 (Siehe AIB #84) traurige Aktualität. Die kaum merkbaren Proteste und Zeichen der Empörung innerhalb der radikalen Linken offenbarten das Dilemma im Umgang mit einem Russlanddeutschen als Täter. Wäre der Mörder Alex Wiens ein »normaler« deutscher Neonazi gewesen, hätte es vermutlich viel stärkere Reaktionen auf den rassistischen Mord gegeben. Der dritte Teil setzt sich mit türkischen Faschisten, wie den Grauen Wölfen (siehe AIB #71 & 72) und anderen Ultranationalisten auseinander. Warum in diesem Zusammenhang ausgiebig über die PKK und ihre Anhänger in Deutschland berichtet wird, die in der Regel Opfer von Angriffen türkischer Faschisten werden, erschließt sich der_dem Leser_in hingegen nicht. Zuletzt wird auf polnische Rechte und Neonazis eingegangen. Hier spielen neben Nationalismus vor allem Homophobie und Antisemitismus eine entscheidende Rolle bei der eigenen Identitätsstiftung, die aber bei der polnischen Community in Deutschland wenig Anklang finden. Insgesamt kann die Broschüre lediglich ein guter Einstieg in die Gesamtthematik sein. Eine tief greifende, wissenschaftliche Auseinandersetzung mit äußerst rechten Tendenzen in Teilen der Migrant_innencommunities bietet die Veröffentlichung nicht. Das ist aber auch nicht Ziel des Heftes, das sich bewusst an Lehrer_innen und Schüler_innen richtet und damit seinen Zweck voll erfüllt. ■

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft
Bezug über: SOR-SMC, Ahornstraße 5, 10787 Berlin; 3,- EUR

Horst Wessel – Tod und Verkärung eines Nationalsozialisten

Das Buch des Bielefelder Historikers Daniel Siemens setzt sich mit dem Leben des Berliner SA-Sturmführers Horst Wessel auseinander, der Anfang 1930 erschossen und von der nationalsozialistischen Propaganda umgehend als »Märtyrer für das Dritte Reich« genutzt wurde. Gegliedert ist das Werk in drei Teile: Das Leben des Berliner SA-Sturmführers, die propagandistische Überhöhung nach seinem Tod und die Folgen nach Kriegsende. In seiner Arbeit beschäftigt sich der Autor sowohl biographisch mit Wessel als auch mit dem nach seinem Tod gesponnenen Heldenmythos und seiner Wirkung. Er will anhand des konkreten Falles der Frage nachgehen, was damals junge Menschen antrieb, sich den Nationalsozialisten anzuschließen und vor allem im zweiten Kapitel, weshalb der »Wessel-Heldenmythos« auf so viel Resonanz in der Bevölkerung stieß und teilweise sogar religiöse Züge annahm.

Das Buch zeichnet sich nicht nur durch eine großartige Quellenrecherche aus, wodurch teilweise Material, wie die Rohfassung einer Autobiographie von Horst Wessel, überhaupt erst erschlossen und genutzt wurde. Ebenso interessant ist auch der Blick von Siemens auf den Werdegang der vermeintlichen Mörder, die alle Opfer von NS-Schauprozessen wurden. Daniel Siemens verschaffte ihnen aber nachträglich späte Gerechtigkeit, indem er 2009 erfolgreich bei den zuständigen Stellen beantragte, die Urteile als unrechtmäßig aufzuheben.

Für Antifaschist_innen ist das Buch nicht nur aus historischer Perspektive interessant, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass noch immer jedes Jahr Neonazis versuchen ihrem Idol »Wessel zu huldigen und den Heldenmythos« abfeiern. Mit dieser zeitgemäßen wissenschaftlichen Studie ist jede_r gut beraten, der_die sich mit dem Thema intensiver auseinandersetzen möchte. ■

Daniel Siemens: Horst Wessel – Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten
Siedler Verlag, 352 Seiten, 19,95 EUR

Aufmarsch im Osten

»Es ist der Kern eines autoritären Systems«, sagte der ungarische Schriftsteller Péter Nádas auf »Zeit online« nach dem bereits erwarteten Erdrutsch-Sieg der rechtsnationalen Partei Fidesz. Der Fidesz-Chef und neue Ministerpräsident Viktor Orbán, der das Land bereits von 1998 bis 2002 regierte, kommt im Parlament auf eine komfortable Zweidrittelmehrheit, die ihn sogar von der extrem rechten Partei Jobbik unabhängig macht, die ihrerseits auf 12 Prozent der Stimmen kam. Wer wissen will, wie es zu diesem Wahldesaster kommen konnte, kann dieses Buch zur Hand nehmen. Ein gutes Drittel der Neuerscheinung ist Ungarn gewidmet und der Frage, wie es zu dem aktuellen besorgniserregenden Rechtstrend kommen konnte und welches Personal ihn trägt.
Die weniger ausführlichen Kapitel über Tschechien, die Slowakei, Kroatien, Serbien und Bulgarien, ermöglichen Einblicke in Gesellschaften, in denen sich aufgrund multipler historischer, ökonomischer und politischer Opfermythen der Nährboden für allerlei Formen faschistischer Formierung als überaus fruchtbar erweist. Nationalistische Emotionen wirken dabei als Ventil für allerlei Ängste und Frustrationen, die im Zuge von wirtschaftlicher Krise und Ungewissheit gefährliche Ausprägungen annehmen können. Die wohl am stärksten gefährdete Gruppe in fast allen Gesellschaften (nicht nur) Osteuropas sind die Roma, die in all diesen Ländern zum Teil bedeutende Minderheiten darstellen. An ihnen lassen sich – fußend auf weltweit tradierten antiziganistischen Zuschreibungen – Formen von Ausgrenzung und Verelendung studieren, deren Ergebnisse dann wieder zu weiterer Exklusion, Kriminalisierung und Rassismus bis zum Mord führen können.
Verdienstvoll an dem Buch sind die tiefen, doch flott lesbaren Kapitel über die historischen Wurzeln der nationalen Mythen der behandelten Länder. Überhaupt ist die gute Lesbarkeit des 300-Seiten-Werkes wohl der handwerklichen Versiertheit der beiden Autoren zu verdanken, die für namhafte Blätter schreiben. Einige sachliche Fehler schränken das Vertrauen in die Autoren etwas ein, was angesichts der Qualität des ganzen Buches bedauerlich ist: dass man die 1995 verbotene »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« nicht FDA sondern FAP abkürzt, mag zu vernachlässigen sein, die »Republikaner« jedoch 1989 in den Bundestag (und nicht, wie tatsächlich, in das Berliner Abgeordnetenhaus) einziehen zu lassen, ist als Lapsus nicht mehr akzeptabel. Die beiden Osteuropa-Experten scheinen auf dem deutschen Auge etwas blind zu sein, was insofern schade ist, als sie mehrfach andeuten, dass es zwischen organisierten deutschen Neonazis und ihren osteuropäischen faschistischen Gesinnungsgenossen Kontakte und Austausch gibt, der sich etwa im Auftauchen moderner Gruppierungen von »Autonomen Nationalisten« in Osteuropa dokumentiert.
»Seit Jahren hat Westeuropa nicht mehr richtig hingeschaut. Man hat sich nicht interessiert für den armen und langweiligen Osten. Jetzt gibt es die Versuchung, sich gleich wieder irritiert abzuwenden«, beklagt Péter Nádas in der »Zeit«. Ein Buch wie »Aufmarsch« sollte uns an diesem Abwenden hindern. ■

Friedrich Burschel

Gregor Mayer, Bernhard Odehnal: Aufmarsch – Die rechte Gefahr aus Osteuropa
Residenz Verlag, 304 Seiten, 21,90 EUR

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt
Nr. 88 | Herbst 2010 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR
Neonazis in Osteuropa

Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20 % Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

Antifaschistisches info Blatt
Endlich mit den Großen spielen?

AIB 87
Neonazis in der Rockerszene; »PRO-NRW« – Riese unter Zwergen; Die deutsche »Truther«-Bewegung

Antifaschistisches info Blatt
»Extremismus«

AIB 86
Extremismus – Hochkunjunktur eines ideologischen Konzepts; Dresden stellt sich quer; Prozess gegen John Demjanjuk

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
23. Jahrgang
Nummer 88 | 2.2010

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Empfänger_innen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Solidarität organisieren
Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe unterstützt nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der BRD auf Grund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der Kampf gegen die Kriegsgefahr. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbote erhalten, vor Gericht gestellt oder zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion Verfolgten in allen Ländern der Erde. (*§2 der Satzung der Roten Hilfe*)

ROTE HILFE e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08
(Di. & Do. 15:00 –20:00 Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62
BIC: PBNKDEFF